

WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT

IM BUNDESLAND SALZBURG 2023



SALZBURG

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



Hohe Lebensqualität, aber drängende Probleme bleiben ungelöst

Seit der Veröffentlichung unseres zweiten Salzburger Wohlstands- und Lebensqualitätsberichts im Sommer 2021 haben sich die wirtschaftliche, soziale und geopolitische Lage deutlich verändert. Salzburg ist nach wie vor ein sehr lebenswertes Bundesland mit hoher Lebensqualität. Unsere Seen und Berge oder das vielfältige Kunst- und Kulturangebot locken nach der Corona-Krise wieder mehr Menschen an als je zuvor. Obwohl Salzburg in vielerlei Hinsicht vergleichsweise gut dasteht und zweifellos zu den lebenswertesten Regionen gehört, waren in den vergangenen beiden Jahren auch deutliche Rückschläge zu verzeichnen.

Das betrifft nicht nur die Folgen der Pandemie, sondern vor allem die massiven Preisanstiege. Dazu kommen hausgemachte Probleme, an deren Lösung die Politik nun seit Jahrzehnten scheitert, wie etwa die hohen Wohnkosten. Immer drängender wird die Aufgabe, die Klimakrise und ihre Folgen zu bekämpfen.

Unser mittlerweile dritter Salzburger Wohlstands- und Lebensqualitätsbericht soll erneut dazu beitragen, einen möglichst umfassenden Blick auf den Zustand Salzburgs und die Lebensverhältnisse seiner Bürger:innen zu werfen. Neben der ökonomischen Dimension berücksichtigen wir dabei unter anderem auch ökologische und soziale Aspekte in puncto Lebensqualität. Es reicht nicht aus, angesichts der größer werdenden Herausforderungen und Krisen den Blick vorrangig auf ein stetig steigendes Bruttoregionalprodukt zu richten und darin die Lösung aller Probleme zu erhoffen.

Fragen der Verteilung, ökologischen Nachhaltigkeit, Bildung, Mitbestimmung, Geschlechtergleichstellung und sind zentrale Bestandteile eines guten Lebens, finden aber nach wie vor in der Umsetzung zu wenig Beachtung.

Wir wünschen eine spannende Lektüre.

Mag.^a Cornelia Schmidjell
AK-Direktorin

Peter Eder
AK-Präsident
ÖGB-Landesvorsitzender

Impressum

Medieninhaber: Arbeiterkammer Salzburg, Markus-Sittikus-Straße 10,
5020 Salzburg, T: +43 (0)662 86 87, ak-salzburg.at
ISBN: 978-3-901817-65-6
Redaktion: Mag. Reinhard Hofbauer
Grafik: Gabriele Gallei
Titelfoto: LAONG / adobe.stock.com
Druck: Eigenvervielfältigung
Verlags- und Herstellungsort: Salzburg

Stand: September 2024

www.ak-salzburg.at



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT

IM BUNDESLAND SALZBURG 2023

Koordination: Reinhard Hofbauer

Autor:innen des Wohlstands- und Lebensqualitätsberichts der AK Salzburg 2023:

- Atzmanstorfer Edgar (Umwelt, Wohnen)
- Baldinger Bernhard (Umwelt, Wohnen)
- Laireiter Christian (Verkehr)
- Grössenberger Ines (Frauen, Gleichstellung, Vereinbarkeit)
- Preisig Florian (Arbeitsmarkt)
- Schmidt Michaela (Wirtschaft)
- Hofbauer Reinhard (Wirtschaft, Lebensqualität)
- Zafaurek Corrina (Bildung)
- Van Tijn Ingrid (Pflegevorsorge)
- Bogner Stefan (Arbeitsbedingungen)
- Fischer Michaela (Armut und Ausgrenzung)

August 2024

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1	Einleitung	6
1.1	Ergebnisse 2023	6
1.2	Die Messung von Wohlstand und Lebensqualität	9
1.3	Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals)	10
1.4	Regionale Berichte	12
1.5	Unsere Herangehensweise in diesem Bericht	13
Kapitel 2	Dimension 1: Fair verteilter materieller Wohlstand	15
2.1	Real verfügbare Einkommen	17
2.2	Vermögensverteilung	20
2.3	Gender-Pay-Gap	22
2.4	Einkommensverteilung	24
2.5	Vermeidung von Armut und Ausgrenzung	27
Kapitel 3	Dimension 2: Vollbeschäftigung und gute Arbeit	31
3.1	Erwerbstätigkeit	32
3.2	Normalarbeitsverhältnisse	35
3.3	Geschlechtergerechte Betreuungsarbeit	37
3.4	Gesunde Arbeitsplätze	40
3.5	Arbeitsproduktivität	42
3.6	Mitbestimmung	45
Kapitel 4	Dimension 3: Intakte Umwelt	48
4.1	Treibhausgasemissionen	49
4.2	Energetischer Endverbrauch	52
4.3	Flächeninanspruchnahme	54
4.4	Feinstaubbelastung	56
4.5	Verkehrslärm	58
4.6	Öffentlicher Verkehr	60

Kapitel 5	Dimension 4: Lebensqualität	64
5.1	Bildungsstand	66
5.2	Weiterbildungsbeteiligung	68
5.3	Lebenszufriedenheit	70
5.4	Pflegeversorgung	72
5.5	Wohnkostenüberbelastung	75
5.6	Physische Unsicherheit	78
5.7	Kinderbetreuung	80
Kapitel 6	Dimension 5: Ökonomische Nachhaltigkeit	83
6.1	Stabile Finanzmärkte	85
6.2	Stabile Staatstätigkeit	87
6.3	Innovationsanstrengungen	89
6.4	Stabile Investitionstätigkeit	92
6.5	Preisstabilität	94
Kapitel 7	Verzeichnis der Abbildungen	97

Kapitel 1

Einleitung

Mit dem Salzburger Bericht für Wohlstand und Lebensqualität leistet die Salzburger AK seit 2019 einen regelmäßigen Beitrag zur Analyse der Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen in Salzburg. Das Ziel ist, zu einem breiten Verständnis von nachhaltigem Wohlstand und Fortschritt beizutragen. Mit einer Vielzahl von Indikatoren liefern wir eine Grundlage für eine faktenorientierte öffentliche Debatte und evidenzbasierten Entscheidungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Auch im nunmehr dritten Bericht analysieren wir mit fünf übergeordneten Zielen („Dimensionen“) den gesellschaftlichen Fortschritt.

Diese Ziele sind:

- Fair verteilter materieller Wohlstand
- Vollbeschäftigung und gute Arbeit
- Lebensqualität
- Intakte Umwelt
- Ökonomische Stabilität

Bei den Zielen orientieren wir uns an etablierten Wohlstands-, Lebensqualitäts- und Nachhaltigkeitsberichten, wie sie im Lauf der letzten Jahrzehnte etwa von der OECD oder den UN entwickelt worden sind.

Jedem der fünf obenstehenden Ziele („Dimensionen“) weisen wir Teilziele zu, die wir anhand von klar nachvollziehbaren Indikatoren messen. Aus der Bewertung von insgesamt 29 Teilzielen leiten wir politische Empfehlungen für die nachhaltige Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen ab.

1.1 Ergebnisse 2023

Die Gesamtbetrachtung der Ergebnisse des Salzburger Wohlstands- und Lebensqualitätsberichts umfasst die Jahre 2022 und 2023 und zeigt gegenüber den Vorjahren Verschlechterungen in den Dimensionen „Fair verteilter Wohlstand“, „Ökonomische Nachhaltigkeit“, „Lebensqualität“ und „Intakte Umwelt“. In der Dimension „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“ sehen wir dagegen Verbesserungen. Die Ergebnisse spiegeln einerseits die Vielzahl von Herausforderungen wider, denen die Politik in den beiden Jahren gegenüberstand, andererseits die politischen Antworten und ihre Auswirkungen auf die sozioökonomische Lage der Salzburger Bevölkerung.

Die Folgen der russischen Invasion in die Ukraine und der daraus entstandenen Energie- und Teuerungskrise waren nach Überwindung der Covid-19-Pandemie in den Jahren 2022 und 2023 die prägendsten Ereignisse. Inflationsraten von 8,6 Prozent (2022) und 7,8 Prozent (2023) führten zu enormen Kaufkraftverlusten und haben die Lebenshaltungskosten der Salzburger:innen deutlich erhöht. Besonders in Bereichen, in denen es keine Ausweichmöglichkeiten gab (Energie, Wohnen, Lebensmittel), waren die Auswirkungen vor allem auf einkommensschwächere Schichten immens, auch weil die Politik vor allem mit Einmalzahlungen reagierte und die Preise gar nicht zu wenig oder zu spät reguliert hat. Viele Unternehmen haben ihre Preise über die entsprechenden Kostensteigerungen angehoben und so ihre Gewinnspanne erhöht. In einigen Bereichen (insbesondere Energieversorgung, Landwirtschaft und Bau) ist die über der Vorleistungskostensteigerung liegende Inflation fast zur Gänze auf die Gewinnentwicklung zurückzuführen.¹ Hinzu kommt die Mietpreis-Spirale, die den Vermieter:innen über die automatischen Anpassungen in Mietverträgen stark steigende Einnahmen – und damit überproportional steigende Gewinne – beschert. Die deutliche Verschlechterung beim Indikator Preisstabilität führt zusammen mit der schwächeren Investitionstätigkeit von Unternehmen auch zur verschlechterten Gesamtbewertung der Dimension „Ökonomische Nachhaltigkeit“. Zwischenzeitlich (im Sommer 2024) sind die Preissteigerungen zwar deutlich geringer, aber noch deutlich über dem Zielwert von 2 Prozent.

Die Realeinkommen sind im Beobachtungszeitraum (vor allem 2022) gesunken. Durch die in Österreich nachholenden Lohnrunden und hier vor allem durch die Verhandlungserfolge der Gewerkschaften, aber auch durch politische Maßnahmen (z. B. Ende der kalten Progression) wurden stärkere Verschlechterungen der Realeinkommen für die meisten Menschen in der Folge vermieden.

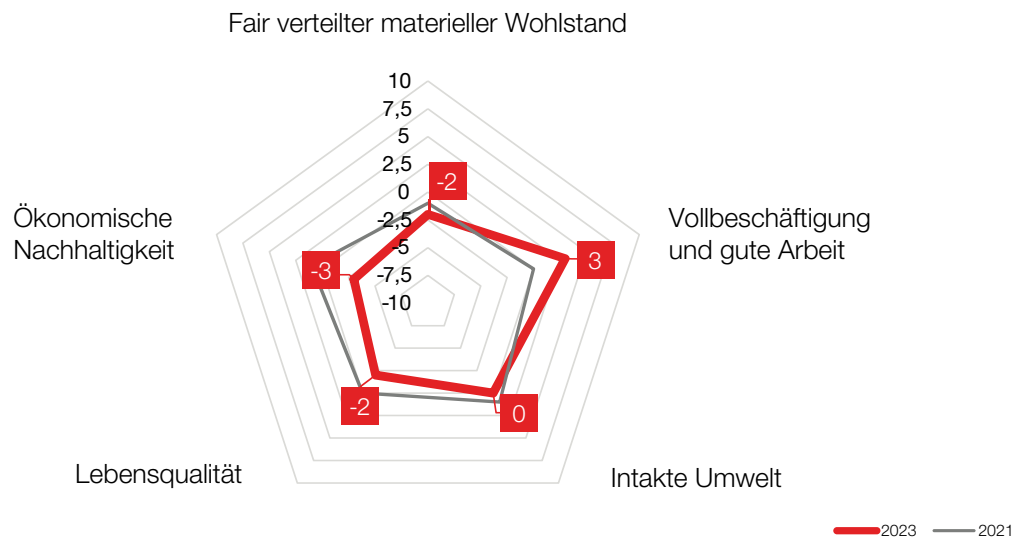
Vermieden werden konnte in den Lohnrunden auch eine sozial gefährliche Spreizung der Einkommen zwischen hohen und niedrigen Einkommen. Positiv trägt hier bei uns die hohe Beschäftigungsquote und die vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit bei, was maßgeblich zu einer verbesserten Bewertung der Dimension „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“ führt. Problematisch bleibt dagegen der hohe und weiter steigende Anteil an Beschäftigungsverhältnissen ohne existenzsichernde Einkommen (v. a. Teilzeit), die sich viel zu langsam schließende Einkommensschere zwischen Männern und Frauen und der unveränderte Anteil von Menschen mit Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung. Unverändert ist auch die (bei uns besonders) ungleiche Verteilung bei den Vermögen, deren Bedeutung für die Wirtschaft stetig wächst. Die Bewertung der Dimension „Fair verteilter materieller Wohlstand“ fällt daher etwas schlechter aus als im zweiten Salzburger Wohlstandsbericht.

Im Umweltbereich hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine den Bemühungen um die Energiewende einen zusätzlichen An Schub verliehen. Sowohl auf europäischer als auch auf österreichischer und salzburger Ebene wurden ambitionierte Ziele gesetzt, die einerseits die Energieeffizienz erhöhen und andererseits den Gesamtverbrauch senken sollen. Die Treibhausgasemissionen sinken in Salzburg seit 2018, bleiben aber deutlich von den Zielen entfernt. Ähnliches gilt für den energetischen Endverbrauch: auch er ist für die Erreichung der Klimaziele unerlässlich, der Verbrauch sinkt zwar im Jahr 2022, es ist aber unrealistisch, dass die Reduktionsziele erreicht werden. Auch bei Luftgüte oder Flächenverbrauch gibt es tendenzielle Fortschritte, die Zielwerte scheinen aber in weiter Ferne, so dass die Gesamtbewertung hier etwas schlechter ausfällt als beim letzten Mal.

¹ OeNB (2023): Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2023 bis 2025. Konjunkturbelebung nach Stagflationsphase. https://www.oenb.at/dam/jcr:ad24de59-09f5-4980-8ed8-04c1ca5e1176/OeNB-Prognose_Juni-2023.pdf

In unserer Dimension „Lebensqualität“ befinden sich Indikatoren mit großem Einfluss auf ein gutes Leben. Der Bogen reicht von Bildung über Pflege bis zum Wohnen, der Kinderbetreuung über die Selbsteinschätzung der Lebenszufriedenheit bis zur physischen Sicherheit. Die Gesamtbewertung fällt hier ebenfalls etwas schlechter aus. Ursächlich dafür ist die Lage bei der Pflegeversorgung, die wir angesichts des steigenden Bedarfs schlechter einschätzen, weil die Bemühungen nicht ausreichen. Verschlechtert hat sich auch der Indikator subjektives Sicherheitsgefühl. Zwar fühlen sich in Befragungen nicht mehr Menschen unsicher, aber es steigen Gewalt- und Eigentumsdelikte. Unverändert hoch ist die befragungsbasierte Zufriedenheit der Salzburger:innen mit ihrem Leben. Unverändert schlecht ist dagegen die bereits angesprochene Wohnkostenbelastung der Salzburger:innen. Bei den beiden Bildungsindikatoren stellen wir zwar leichte Verbesserungen fest, aber ebenso einen Rückstand gegenüber nationalen und internationalen Vergleichswerten. Die Bewertung bleibt daher unverändert. Ähnlich auch die Situation im Bereich der Kinderbildung und -betreuung: Hier hat sich in den letzten Jahren viel getan, dennoch sind wir teils noch beträchtlich von den Zielwerten entfernt.

Abbildung 1: Gesamtbewertung der fünf Dimensionen



1.2 Die Messung von Wohlstand und Lebensqualität

Wohlstand bzw. Wohlergehen ist der eigentliche Zweck des Wirtschaftens, materielle Ressourcen bilden dafür die Basis. Für ein gutes Leben braucht es neben ausreichenden Einkommen für alle weitere Voraussetzungen. Das betrifft neben Grundbedürfnissen wie Gesundheit, Sicherheit, Bildung und Wohnen auch die Versorgungssicherheit in den Bereichen Energie und Mobilität sowie eine intakte Umwelt. Eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge bilden eine Grundvoraussetzung für ein gutes Leben für alle.

Bei der Betrachtung des gesellschaftlichen Wohlstands und der Lebensqualität wäre im Kern darauf zu achten, wie diese erreicht werden (Arbeit, Konsum), wer in welchem Ausmaß davon profitiert (Verteilung) und wie nachhaltig sie gesichert sind (ökologisch und ökonomisch). Klar ist, dass klassische Wirtschaftsindikatoren, wie insbesondere die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zwar weiterhin wichtig sind, der Politik aber nicht ausreichend Orientierung geben können. Ist das Wirtschaftswachstum nicht mehr breit über die gesamte Bevölkerung verteilt oder mit negativen gesundheitlichen, sozialen und Umweltfolgen verbunden, dann schwindet der Beitrag, den es für ein besseres Leben aller leisten kann. Wie auch die Europäische Kommission festhält, misst das BIP „weder die Nachhaltigkeit im Umweltbereich noch die soziale Integration“.²

Auch wenn bisweilen noch immer reflexartig auf Wirtschaftswachstum als umfassender Problemlöser rekurriert wird, scheint der Stellenwert des Bruttoinlandsprodukts und seines Wachstums als zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren in der öffentlichen Diskussion etwas zu schwinden, aber noch gibt es keinen Ersatz für die „magic single number“, auf den man sich ernsthaft geeinigt hätte. Allerdings gab es in den letzten 20 Jahren weltweit zahlreiche Initiativen, Wohlstand und Wohlergehen neu zu definieren, entsprechende Ziele zu formulieren und es wurden Messgrößen vorgeschlagen.³

Den Anstoß zu den grundlegenden Debatten gab der Bericht der sogenannten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission im Auftrag der französischen Regierung im Jahr 2008. Bereits hier – und gerade auch vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise – wurde die Fokussierung auf das BIP in der wirtschaftlichen Entwicklung kritisiert und ein stärkerer Fokus auf Verteilungsfragen eingefordert.⁴ Die zentralen Erkenntnisse der Kommission wurden in der Folge von einer Vielzahl internationaler Organisationen wie der OECD und Eurostat aufgegriffen.

In Österreich hat sich die Statistik Austria mit dem Projekt „Wie geht's Österreich?“ frühzeitig in diese Diskussion eingebracht und wichtige Grundlagen geliefert. In einem jährlichen Bericht wurde der gesellschaftliche Fortschritt in Österreich von 2012 bis 2021 anhand eines Sets aus 30 Schlüsselindikatoren – sowie zahlreichen Subindikatoren nachvollziehbar dargestellt. Es war ein explizites Ziel einen „Beitrag zur evidenzbasierten Politikgestaltung [zu] leisten“⁵. Allerdings wurde zuletzt die Finanzierung nicht verlängert und das Projekt wurde eingestellt. Der letzte Bericht ist aus dem Jahr 2021.

² Europäische Kommission (2010): „Das BIP und mehr“, S.2

³ Siehe dazu die ausführlichen Berichte des Salzburger Wohlstandsberichts 2019 und 2021

⁴ <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/8131721/8131772/Stiglitz-Sen-Fitoussi-Commission-report.pdf>

⁵ https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wie_geht_s_OEsterreich__2021.pdf

1.3 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals)

Die Weiterentwicklung der Diskussion um ein gutes Leben für alle und ihre Messung ist in den letzten Jahren auch durch die Sustainable Development Goals (SDGs), den 17 Zielen nachhaltiger Entwicklung der „2030 Agenda for Sustainable Development“⁶ befördert worden. Im September 2015 ratifizierten die Staats- und Regierungschefs der Vereinten Nationen die Agenda 2030, deren Ziele sind die Armut zu beenden, Ungleichheit zu bekämpfen, den Planeten zu schützen, den Frieden zu fördern und Wohlstand für alle zu sichern. Auf politischer Ebene sollen diese als Leitlinien für eine sozial, ökonomisch und ökologisch ausgewogene Politik dienen.

Der offizielle UN-Vorschlag zur Messung der Umsetzung enthält insgesamt 169 Unterziele und noch deutlich mehr Indikatoren, die jedoch bei der nationalen Umsetzung mit der Relevanz der einzelnen Ziele im jeweiligen Kontext abgeglichen werden sollen. Dies gilt umso mehr für eine regionale Berichterstattung zu Wohlstand und Lebensqualität.

Abbildung 2: Nachhaltigkeitsziele in der Europäischen Union

SDG icon	SDG short name
	SDG 1: No poverty
	SDG 2: Zero hunger
	SDG 3: Good health and well-being
	SDG 4: Quality education
	SDG 5: Gender equality
	SDG 6: Clean water and sanitation
	SDG 7: Affordable and clean energy
	SDG 8: Decent work and economic growth
	SDG 9: Industry, innovation and infrastructure
	SDG 10: Reduced inequalities
	SDG 11: Sustainable cities and communities
	SDG 12: Responsible consumption and production
	SDG 13: Climate action
	SDG 14: Life below water
	SDG 15: Life on land
	SDG 16: Peace, justice and strong institutions
	SDG 17: Partnerships for the goals

6 UN – United Nations (2015): Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development, <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/21252030%20Agenda%20for%20Sustainable%20Development%20web.pdf>

Auf Ebene der EU liegt die Berichterstattung zu den SDG-Indikatoren bei Eurostat. Die europäische Statistikbehörde hat zu diesem Zweck ein eigenes 100 Indikatoren umfassendes Set erstellt, das zur Information der Öffentlichkeit interaktiv aufbereitet wird und in Form des jährlichen Fortschrittsberichts (zuletzt Eurostat 2023) eine Entscheidungsgrundlage für die Politik bieten soll. Eine der Stärken des Eurostat-Monitorings ist das übersichtliche Gesamtergebnis, das ein intuitiv schnell zu erfassendes Bild über den Fortschritt bei den einzelnen SDGs in der EU ermöglicht: Im Bericht 2023 zeigt sich, dass sich die EU im Fünf-Jahres-Zeitraum (in der Regel von 2016 bis 2021) 14 Zielen angenähert hat, wenngleich der Fortschritt in mehr als der Hälfte der Fälle nur moderat ausgefallen ist. Besorgniserregend ist jedoch das schlechte Abschneiden bei Ziel 13 „Climate Action“.

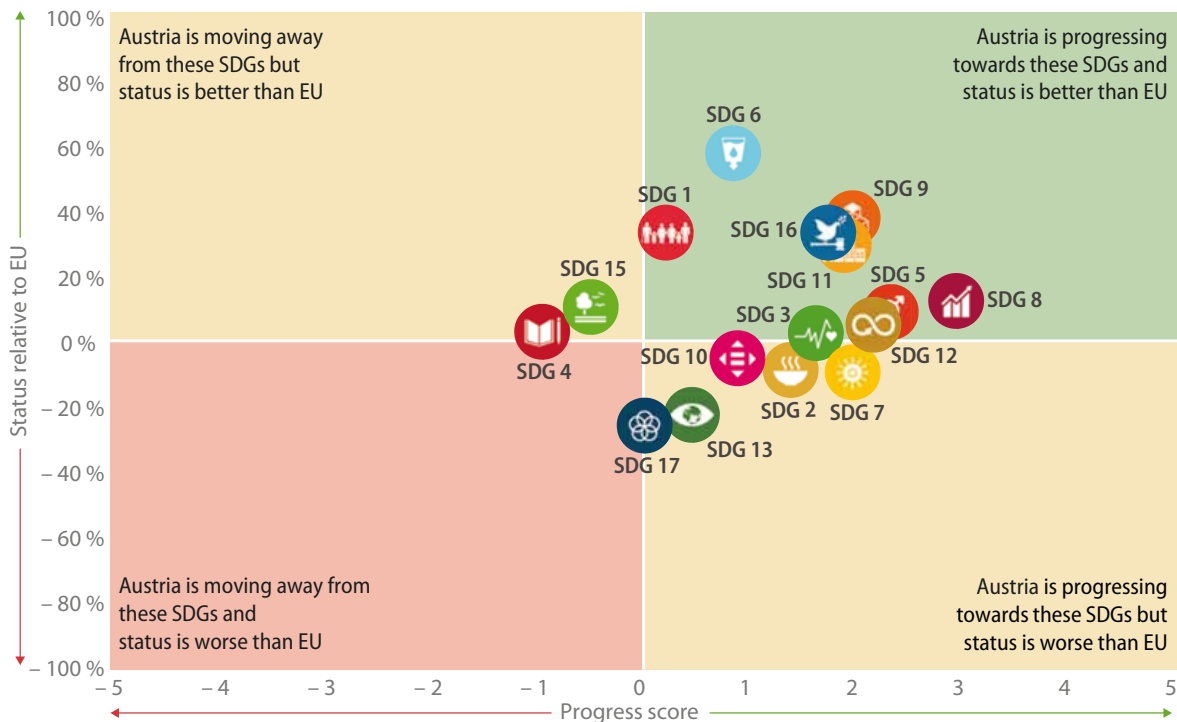
Abbildung 3: Fünf-Jahres-Fortschritt der EU-27 bei den SDGs 2023; Sustainable development in the European Union 2023 edition, Eurostat



Daneben sind im Eurostat-Bericht auch die Ergebnisse für die einzelnen Länder zu finden, dargestellt als Matrix, die zusätzlich die relative Position zu den anderen Mitgliedstaaten abbildet. Die Matrix für Österreich zeigt erneut ein durchwachsendes Bild: Bei einer Reihe von Indikatoren liegt Österreich besser als der Schnitt der EU-Staaten und vor allem: Österreich bewegt sich hin zu

den Nachhaltigkeitszielen. Es gibt aber auch eine Reihe von Indikatoren bei denen Österreich schlechter als der Schnitt der EU-Staaten abschneidet aber sich zu den Zielen hinbewegt. Und es gibt Indikatoren, bei denen sich Österreich weg von den Nachhaltigkeitszielen bewegt und auch schlechter als der EU-Schnitt abschneidet.

Abbildung 4: Österreichs Position bei den SDG-Zielen



Quelle: Eurostat

1.4 Regionale Berichte

Auch auf der Ebene von Regionen und Städten wurden in den letzten Jahren diverse Berichte über die Fortschritte bei der Erreichung von Nachhaltigkeitszielen erarbeitet. Im Fokus steht dabei eine verbesserte Analyse der Länder- und Regionalkontexte und die Erhöhung der politischen Relevanz der Ziele. Bekannt in diesem Zusammenhang sind vor allem die regionalen und subnationalen SDG-Indizes und Dashboards des Sustainable Development Solutions Network (SDSN).⁷

In Österreich ist eine umfassende regionale Berichterstattung zu Wohlstand und Lebensqualität weiterhin deutlich unterentwickelt. Vor allem existieren Berichte zu lebensqualitätsbezogenen Aspekten wie Gesundheit oder Umwelt. Mitunter wird die Relevanz und die Zweckmäßigkeit eines regionalen Monitorings von Wohlstands- und Nachhaltigkeitszielen infrage gestellt. Debatten um nachhaltige politische Lösungen verzetteln sich leicht in Auseinandersetzungen um die richtige und zielführende politische Ebene. Je weiter unter die Verantwortung angesiedelt ist, desto leichter werden die übergeordneten Ziele aus den Augen verloren und die Verantwortung für die Zielerreichung nach oben delegiert.

⁷ <https://eu-dashboards.sdgindex.org/downloads>

Verantwortung liegt schon deshalb auf der regionalen Ebene, weil die Folgen regional spürbar sind. Das gilt es nicht nur für Wirtschaft und Handel, das gilt für die Pandemie, für Energiekrisen und Inflation infolge eines Kriegs, für Fluchtbewegungen und es gilt für die Erderwärmung.

Die hier festgestellte Unterentwicklung gilt auch für das Bundesland Salzburg, wo trotz inzwischen schon länger zurückliegenden Absichtserklärungen des Landtags kein offizielles Monitoring von Wohlstands- und Lebensqualitätszielen existiert, und nach wie vor auch kein Konzept und auch kein Plan für eine regionale Berichterstattung. Ob das am Glauben liegt, dass gute wirtschaftliche Kennzahlen ohnehin ausreichen, es schlicht Desinteresse ist, oder die Angst, sich politisch an der Erreichung von formulierten Wohlstandszielen auch einmal messen lassen zu müssen, bleibt unklar.

So haben die beiden ersten regionalen Berichte zu Wohlstand und Lebensqualität im Bundesland Salzburg aus den Jahren 2019 und 2021 zwar viel Interesse und auch Anerkennung, aber keine weiteren Initiativen hervorgerufen. Ein regionaler Bericht sollte eigentlich durch die Landesregierung zentral koordiniert sein und von einem repräsentativ zusammengesetzten Gremium breit diskutiert und erstellt. Es wäre auch regional wichtig, dass, was ein gutes Leben ausmacht, gesamthaft in den Blick zu nehmen und anhand intersubjektiv überprüfbarer Indikatoren zu beschreiben. Damit werden Fortschritte und Rückschritte, aber auch Ziel- und Interessenkonflikte deutlicher sichtbar und politisches Handeln oder auch Nichthandeln wäre umfassender und transparenter zu beurteilen.

In Ermangelung eines solchen „offiziellen“ regionalen Wohlstandsberichts tritt die Salzburger Arbeiterkammer mit dem nunmehr dritten Salzburger Wohlstandsbericht ein weiteres Mal in Vorlage. Als gesetzliche Interessenvertretung der unselbstständig Beschäftigten als der großen sozialen Mehrheit haben wir dabei einen klaren Blick auf gesamtgesellschaftlichen Ausgleich. Vor allem aber soll der Salzburger Wohlstandsbericht die Debatte über die Förderung nachhaltigen gesellschaftlichen Fortschritts in Salzburg voranbringen und die Erkenntnisse sollen Niederschlag in der politischen Steuerung („Governance“) sowie in konkreten Maßnahmen finden.

1.5 Unsere Herangehensweise in diesem Bericht

„Was wir messen, beeinflusst, was wir tun.“⁸ Diese Feststellung der Sarkozy-Kommission zur Messung von Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt bringt zum Ausdruck, dass es in der Wohlstands- und Lebensqualitätsmessung vorrangig darum gehen muss, das zu messen, was wirklich relevant ist. Mitunter wird das gemessen, was einfach gemessen werden kann, weil schnell verfügbare (Sekundär-)Daten verfügbar sind. Das gilt besonders auf der regionalen Ebene.

Die grundlegenden methodischen Überlegungen und Zugänge zur Messung von Wohlstand und Lebensqualität haben wir in den ersten beiden regionalen Salzburger Wohlstandsberichten eingehend diskutiert⁹, so dass hier wenige Hinweise reichen sollen:

Wir bündeln unsere ausgewählten Indikatoren in 5 Bereiche („Dimensionen“). Diese entsprechen weitgehend den gängigen und etablierten Wohlstands- und Nachhaltigkeitsberichten. Die Auswahl der Indikatoren wurde anschließend um regional bedeutende Aspekte adaptiert.

8 Stiglitz, J. E./Sen, A./Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Executive Summary

9 Wohlstand und Lebensqualität im Bundesland Salzburg 2020/2021

In den fünf Dimensionen kommen unsere normativen Leitlinien der Nachhaltigkeit zum Ausdruck (Dimensionen „Intakte Umwelt“, „Ökonomische Nachhaltigkeit“). Das Prinzip der Sozialstaatlichkeit und der Teilhabechancen sowie der schon im Sarkozy-Bericht geforderte Fokus auf Verteilungs- und subjektive Lebensqualitätsaspekte finden sich in den Dimensionen „Fair verteilter materieller Wohlstand“ und „Lebensqualität“ wider. Zudem berücksichtigen wir als gesetzliche Interessenvertretung der Erwerbstätigen den Aspekt der Arbeit als zentralen wohlstandsschaffenden Faktor in unserer Gesellschaft (Dimension „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“).

Damit gliedert sich unser Salzburger Wohlstands- und Lebensqualitätsbericht in 5 Dimensionen und 29 Indikatoren. Die Beschränkung auf insgesamt 29 Indikatoren stellt einen Kompromiss zwischen den Anforderungen der Vielschichtigkeit und der Überschaubarkeit dar. Gegenüber dem Salzburger Wohlstandsbericht 2021 bleiben die Indikatoren unverändert.

Leider weisen manche offiziellen Statistiken auf die wir für unsere Indikatoren zurückgreifen, selbst für die Bundesebene erhebungsbedingte Schwächen auf. Dies trifft etwa für die Vermögensverteilung zu, wo vor allem der politische Wille fehlt, genauere Erhebungen in Auftrag zu geben.¹⁰ Andere Daten wiederum liegen nicht zeitnah vor. Andere Daten – die für Österreich erhoben werden – stehen auf Bundesländerebene nicht in statistisch ausreichender Qualität zur Verfügung. Wir haben daher für diese, vor allem auf Bevölkerungsbefragungen basierende, Indikatoren bei Statistik Austria Sonderauswertungen mit erhöhter Samplegröße genutzt bzw. beauftragt um die höchstmögliche Genauigkeit für Salzburg zu erreichen. Dennoch bleibt eine etwas größere Ungenauigkeit als bei den auf Gesamtösterreich bezogenen Originaldaten.

Wir eröffnen jede Dimension mit einer Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der jeweiligen Indikatoren. Die Darstellung der einzelnen Indikatoren ist in den Kapiteln klar gegliedert und transparent: Jeder Indikator wird mit einer Grafik oder einem Diagramm eröffnet, auf dem möglichst auf einen Blick die Entwicklung des Indikators ersichtlich ist. Anschließend wird der Indikator inhaltlich beschrieben und eine Begründung für den Zielwert gegeben. Es folgt eine Analyse der Dynamik und treibenden Faktoren des Indikators sowie die Bewertung selbst. Abschließend erfolgt eine Interpretation mit unseren Schlussfolgerungen. Zur schnellen Orientierung wird die Bewertung des Indikators auf einem Farbbalken angezeigt.

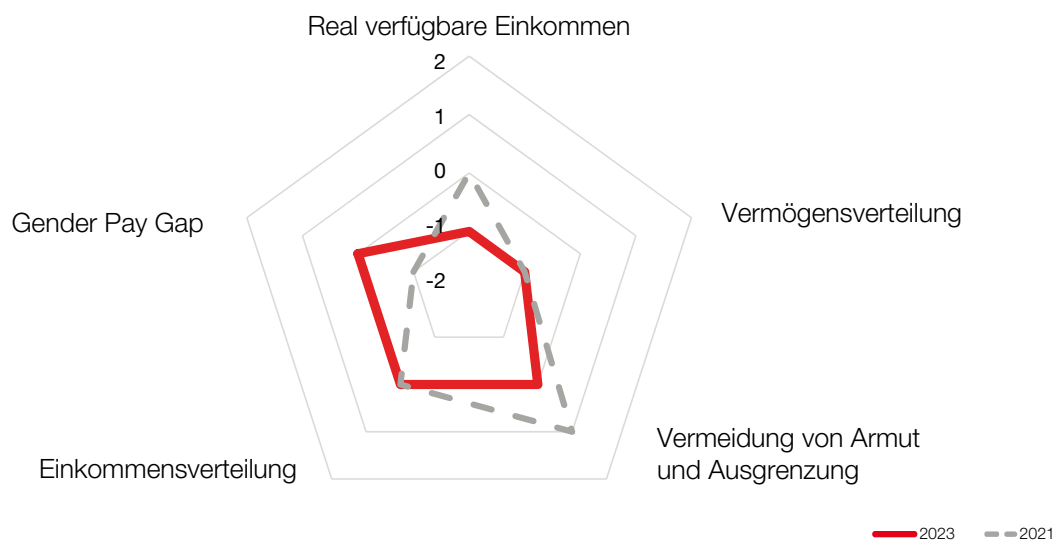
Wir bewerten jeden unserer 29 Indikatoren auf einer 5-teiligen numerischen Skala. Grundlage für unsere Bewertung sind möglichst intersubjektiv nachvollziehbare Punktwertungen von -2 (starke Abweichung vom Zielwert und negativer Trend) bis +2 (Ziel klar erreicht) für jeden der 29 Indikatoren. Die 5-teilige Skala ist nicht zu grob, womit auch kleinere Veränderungen abgebildet werden können, aber auch nicht zu detailliert um Scheingenauigkeiten vorzuspiegeln. Grundlage der Bewertung bilden die letztverfügbaren Daten. Für die Gesamtschau addieren wir die Summen der Indikatoren je Dimensionen.

Bei der Bewertung gehen wir wie folgt vor: Gibt es eine politisch legitimierte Zielvorgabe, orientiert sich die Bewertung daran. Das können nationale Ziele (z. B. die Reduktion der Quote der armutsgefährdeten Haushalte) oder internationale Ziele sein (bspw. das Reduktionsziel für Treibhausgasemissionen). Fehlt eine solche Vorgabe, versuchen wir ein sachlich gerechtfertigtes und konkret überprüfbares Ziel zu definieren (z. B. Gender-Pay-Gap, der langfristig geschlossen sein sollte). Letztlich wird zur Bewertung (wenn verfügbar) ein nationales Benchmark herangezogen. Die Bewertung der Teilziele selbst versteht sich weniger als ultimatives Urteil, sondern soll vielmehr dazu anregen, eine zielorientierte Diskussion über die (Hinter-)gründe und Rahmenbedingungen und die Wege für eine Verbesserung zu führen.

10 Statistik Austria erhebt keine Vermögensdaten, die österreichische Nationalbank verzichtet als erhebende Einrichtung des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) auf eine genauere Erfassung hoher Vermögen wie sie von vielen anderen europäischen Nationalbanken vorgenommen wird

Kapitel 2

Dimension 1: Fair verteilter materieller Wohlstand



Bereits Aristoteles ging davon aus, dass es für das übergeordnete Ziel eines guten Lebens einer soliden materiellen Grundlage bedarf. Auch wenn das Wohlstandsverständnis heute weit über materiellen Wohlstand hinausgeht, ist die Bedeutung (fair verteilter) materiellen Wohlstands politisch und gesellschaftlich kaum zu überschätzen. Ausgehend vom wegweisenden Bericht der Stiglitz-Kommission, der eine stärkere Fokussierung auf die tatsächlich verfügbaren Einkommen und Vermögen forderte und weniger auf Produktion und Wachstum, ist die Frage der fairen Verteilung in Wissenschaft und Politik in den vergangenen Jahren zunehmend in den Vordergrund gerückt. Die von uns verwendeten Indikatoren der Dimension „Fair verteilter materieller Wohlstand“ gehören zum Grundgerüst der Lebensqualitäts- und Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Beim übergeordneten Ziel eines fair verteilten materiellen Wohlstands sind Fortschritte gegenüber dem letzten Salzburger Wohlstandsbericht kaum zu erkennen. Zwar liegt Österreich im internationalen Vergleich bei den real verfügbaren Einkommen, der Einkommensverteilung und der Vermeidung von Armut und Ausgrenzung nach wie vor über dem Durchschnitt, aber es gibt keine wichtigen Fortschritte hin zu einer gleicheren Verteilung. Auch im internationalen Vergleich hoch sind die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sowie die Ungleichheit der Vermögen.

Die fiskalischen Spielräume der wirtschaftlichen Erholung 2021 und 2022 wurden nur in geringem Ausmaß für eine fairere Verteilung des materiellen Wohlstands genutzt. Immerhin haben die Maßnahmen der Covid-Krisenpolitik in Österreich schlimmere Wohlstandsverluste verhindert, wenn auch eine Reihe von Maßnahmen sozial und wirtschaftlich fragwürdig, klientelistisch und unnötig teuer waren.

Aufgrund der rapid steigenden Inflation ab Mitte 2022 sind die realen Nettoeinkommen der unselbstständig Beschäftigten im Bundesland Salzburg 2022 (letzter verfügbarer Wert) um 3,5 Prozent gesunken und damit ähnlich stark wie im österreichischen Durchschnitt. Auch auf der Haushaltsebene gab es bedingt durch den außergewöhnlich hohen Anstieg der Inflation 2022 österreichweit deutliche reale Einkommensverluste, auch sie sind erhebungsbedingt in Salzburg noch nicht sichtbar. Einmalzahlungen, die Anhebung mancher Sozialleistungen, die Abgeltung der kalten Progression und allen voran die Nachholeffekte der Lohnrunden 2023 und 2024 bei sinkender Inflation haben die realen Einkommensverluste begrenzt und wirken nun positiv auf die verfügbaren Realeinkommen ein.

Hinsichtlich der Vermögensverteilung zeigt sich seit Jahren keine wesentliche Veränderung. Die obersten 20 Prozent halten die Hälfte des gesamten Vermögens, während die unteren 20 Prozent über gar kein Nettovermögen verfügen. Gegenüber dem zweiten Salzburger Wohlstandsbericht gibt es Anzeichen dafür, dass die vermögendsten Haushalte die Zeit der Niedrigzinsen genutzt haben um weiteres Immobilienvermögen zu akkumulieren. Sie haben in der Folge von der realen Entschuldung durch die hohe Inflation in besonderem Ausmaß profitiert. Aber auch das öffentliche Vermögen (die öffentlichen Pensions-, Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrssysteme sowie der öffentliche und genossenschaftliche Wohnbausektor) – das Vermögen der Vielen – hat sich kaum verändert.

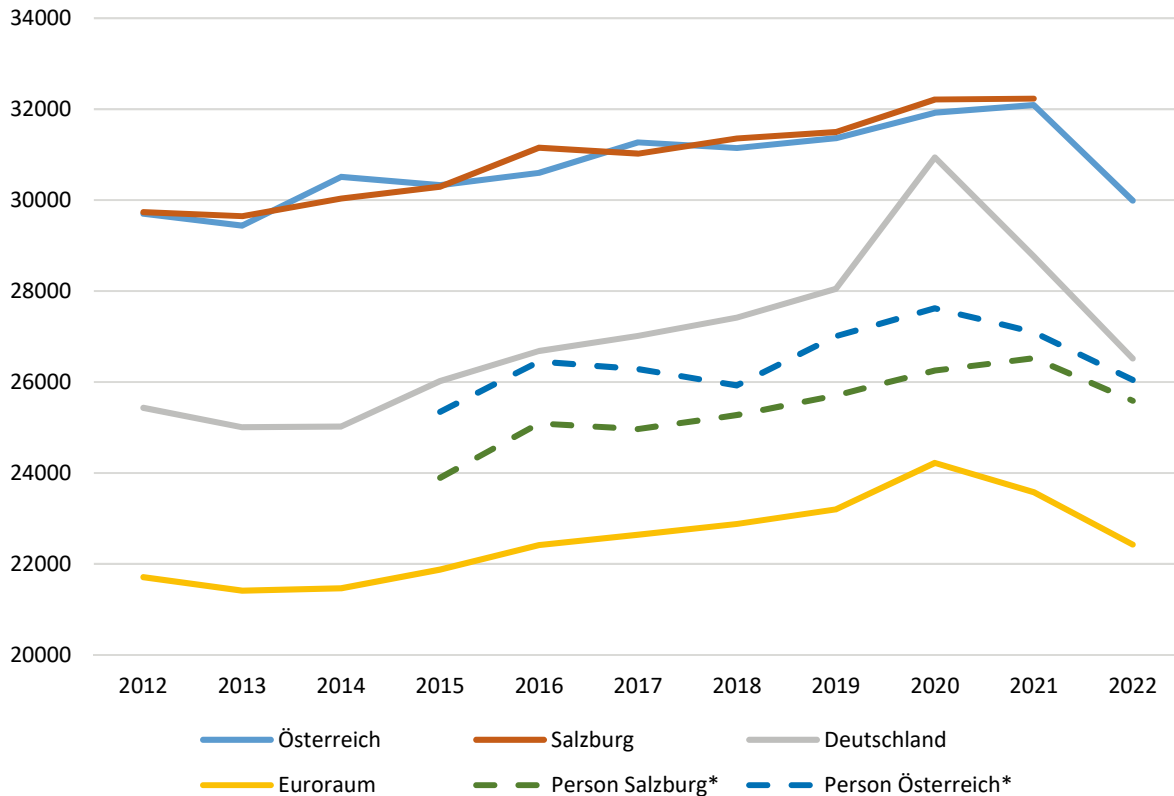
Ähnliches gilt für die Einkommensverteilung. In Salzburg betragen die verfügbaren Haushaltseinkommen des oberen Einkommensfünftels im Jahr 2022 das 3,7-fache des unteren Einkommensfünftels. Die Einkommensungleichheit ist damit so hoch wie im Jahr 2010. Positiv beeinflusst wird dieser vergleichsweise niedere Wert durch die hohe Beschäftigungsquote und die niedrige Arbeitslosigkeit im Land. Der zuletzt für Österreich belegte Anstieg der Einkommensungleichheit ist in den regionalen Daten für Salzburg (noch?) nicht sichtbar.

Mit dem Gender-Pay-Gap wird die gesellschaftliche Gleichstellung von Männern und Frauen in den Blick genommen. Der Gender-Pay-Gap ganzjährig Vollzeitbeschäftigter liegt im Bundesland Salzburg im Jahr 2021 bei 19,3 Prozent und hat sich in der Längsschnittbetrachtung nur geringfügig geändert (2006: 28,3 Prozent). Im Bundesländervergleich reiht sich Salzburg damit in der Mitte ein, im Vergleich zum Österreichschnitt weist Salzburg einen um gut 2 Prozentpunkte höheren Gender-Pay-Gap auf und dies konstant über den Beobachtungszeitraum.

Der Anteil der nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen ist ebenfalls konstant. Er beträgt im Bundesland Salzburg rd. 11 Prozent und Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung ist damit auch in Salzburg definitiv kein randständiges Phänomen. Auch bei diesem Indikator gilt allerdings, dass erhebungsbedingt die massive Teuerung ab dem Jahr 2022 noch nicht in den Gefährdungszahlen abgebildet ist.

2.1 Real verfügbare Einkommen

Abbildung 5: Reales medianes Haushalts- und Personeneinkommen in Euro



Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, EU-SILC, Eurostat

Beschreibung

Für unseren Indikator reales Netto-Einkommen ziehen wir zwei Quellen zu den Einkommen heran und ergänzen diese um Beobachtungen zum regionalen Preisniveau. Einerseits berücksichtigen wir die Löhne der unselbstständig Beschäftigten im Bundesland Salzburg als die mit Abstand größte Gruppe der Einkommensbezieher. Diese Markteinkommen, die auf einen Blick auf dem Lohnzettel sichtbar sind, bewerten wir auf Basis der Lohnsteuerstatistik „real“, also unter Berücksichtigung der Teuerung.

Die realen (also inflationsbereinigten) Erwerbseinkommen sind für die meisten Haushalte in Österreich nicht die einzige Einkommensquelle. In vielen Haushalten ergänzen vor allem monetäre Sozialleistungen die Löhne und führen zu den tatsächlich verfügbaren Gesamteinkommen im Haushalt. Erst diese bestimmen zusammen mit den Preisen ganz wesentlich die Möglichkeiten der Lebensführung und des Lebensstandards. Zum zweiten ziehen wir daher die tatsächlich verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte heran, die die Konsummöglichkeiten von Haushalten wesentlich bestimmen. Wir verwenden dafür das Berechnungsverfahren von Eurostat, weil es als einzige Datenquelle eine nach der Haushaltsgröße differenzierte Betrachtung des Gesamteinkommens eines Haushalts ermöglicht. Beim tatsächlich verfügbaren Haushaltseinkommen werden zu den Erwerbseinkommen der Haushaltsmitglieder auch staatliche Geldleistungen wie Pensionen oder Kinderbeihilfen dazugerechnet. Das sog. Äquivalenz-Haushaltseinkommen wird in mehreren

Schritten berechnet: Die Ausgangsbasis bilden alle Einkommen, die dem Haushalt in einem Jahr zufließen: Einkommen aus Erwerbsarbeit, Pensionen, Sozialleistungen (z. B. Kinderbeihilfen). Die verfügbaren Haushaltseinkommen werden dann bedarfsgewichtet (erste Person mit Gewicht von 1, jede weitere Person ab 15 Jahren mit 0,5 und Kinder bis 14 Jahren mit je 0,3) auf Köpfe umgerechnet. Das äquivalisierte Haushaltseinkommen wird jeder Person des Haushalts zugeschrieben und entspricht jenem Lebensstandard, den ein Einpersonenhaushalt mit diesem Einkommen erzielen kann. Auch hier bereinigen wir die nominellen Beträge um die Preisentwicklung (Basis HVPI 2015). Für Salzburg liegen für 2023 noch keine statistisch robusten Jahreswerte vor.

Zielwert

Steigende Einkommen sind nicht nur unmittelbare Ziele einer an Wohlstand und Lebensqualität orientierten Politik, auch individuelles Wohlbefinden steht in klarem Zusammenhang mit der Höhe des Einkommens. Das Ziel für die real verfügbaren Einkommen sehen wir dann erreicht, wenn dieses in den letzten Jahren im Ausmaß des langfristigen gesellschaftlichen Produktivitätsfortschritts pro Kopf steigt. In Salzburg betrug der mittlere Produktivitätsfortschritt 1,5 Prozent pro Jahr im Zeitraum zwischen 2000 und 2022 und war damit deutlich höher als der gesamtösterreichische Wert mit rd. 1 Prozent.

Anzumerken ist freilich, dass Wohlstand nicht nur vom verfügbaren Einkommen, sondern auch vom Umfang und der Qualität sozialer Sachleistungen (z. B. in der Gesundheitsversorgung) abhängt. Es ist daher stets zu überprüfen, ob ein Zuwachs des verfügbaren Einkommens (etwa durch die Reduktion von Steuern und Abgaben) nicht durch geringere oder schlechtere sozialstaatliche Leistungen erkaufte wird.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die realen Nettoeinkommen der unselbstständig Beschäftigten sind im Bundesland Salzburg 2022 (letzter verfügbarer Wert) um 3,5 Prozent gesunken (Österreich: -3,6%). Auch mittelfristig gab es einen Kaufkraftverlust: Seit 2019 sanken die Reallöhne in Salzburg um 0,5 Prozent, in Österreich um 1,4 Prozent. Erst in der längerfristigen Betrachtung zeigt sich ein Kaufkraftzuwachs der Löhne. Zwischen 2015 und 2022 stiegen die Reallöhne aller Beschäftigten im Bundesland Salzburg um 7,1 Prozent (Österreich: +5%). Der Einkommensunterschied zwischen den Realeinkommen auf Personenebene zwischen Salzburg und Österreich ist über 450 Euro im Jahr nach wie vor gegeben, allerdings im Zeitverlauf rückläufig (2015: -1451 Euro). Die wesentlichen Ursachen für die geringeren Personen-Einkommen Salzburgs liegen im hohen Dienstleistungsanteil der Salzburger Wirtschaft und der hohen Frauenerwerbsquote.

Bei den äquivalisierten Haushaltseinkommen ist zunächst das hohe Niveau des verfügbaren Einkommens in Österreich wie in Salzburg in der Mitte der Gesellschaft bemerkenswert. Der Vorsprung gegenüber Deutschland und der Eurozone ist hier deutlich größer als etwa bei der durchschnittlichen Pro-Kopf-Produktivität. Das ist auf den deutlich besser ausgebauten Sozialstaat (mit seinen Geldleistungen) und das intakte Kollektivvertragssystem zurückzuführen.

Trotz temporärer Lockdowns war das Jahr 2021 noch von einer kräftigen wirtschaftlichen Erholungsphase geprägt. Die COVID-bedingten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen wie Kurzarbeit oder diverse Einmalzahlungen konnten große soziale Verwerfungen verhindern. Der kräftige Inflationsanstieg im Jahr 2022 auf +8,6 Prozent im Jahresdurchschnitt hat die preisbereinigten Einkommen aber deutlich geschwächt. Arbeitnehmer:innen mussten daher 2022 deutliche tempo-

räre Reallohnverluste und materielle Wohlstandseinbußen hinnehmen (Glocker/Scheiblecker 2023). Diese Einbußen an materiellem Wohlstand zeigen sich auch auf der Haushaltsebene in Österreich. Für Salzburg liegt dazu zwar noch kein statistisch stabiler Jahreswert für die Haushaltseinkommen im Jahr 2022 vor, die Entwicklung dürfte aber ähnlich wie im Österreichvergleich ausfallen.

Für die Jahre 2023 und 2024 wirken vor allem die Nachholeffekte der Lohnverhandlungen bei gleichzeitigem Rückgang der Inflation und die vergleichsweise moderate Arbeitslosigkeit positiv auf die Entwicklung des mittleren verfügbaren Einkommens, aber auch die Abgeltung der kalten Progression sowie ferner die Valorisierung mancher Sozialleistungen (z. B. der Familienbeihilfe).

Die Entwicklung der Reallöhne auf der Haushaltsebene ist 2022 weit hinter das Wachstumsziel zurückgefallen. Aufgrund der im Wesentlichen positiven nachholenden Entwicklung durch die Lohnrunden 2023 bewerten wir das Teilziel auf unserer 5-teiligen Skala von -2 bis +2 mit -1.



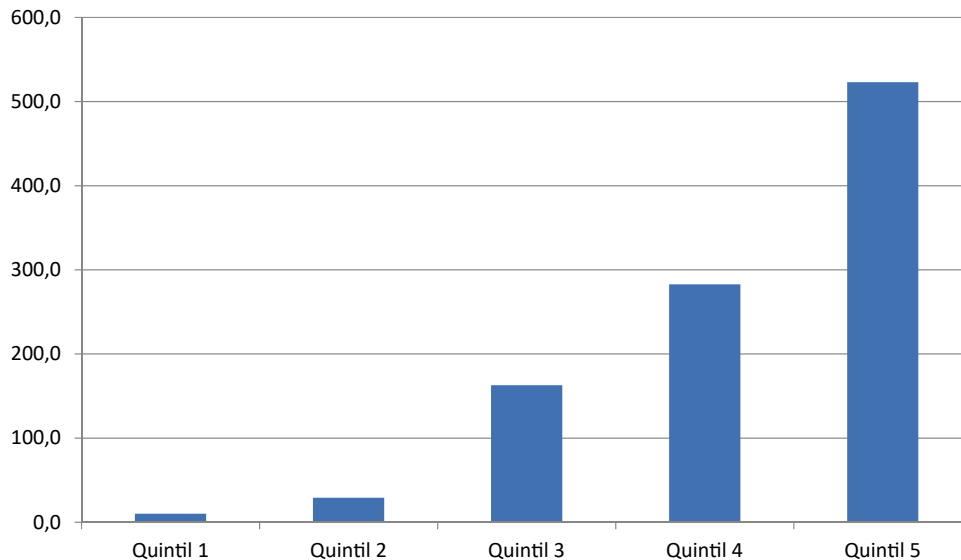
Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Gute kollektivvertragliche Lohnabschlüsse sind für die mittleren verfügbaren Einkommen zentral. Der hohe Abdeckungsgrad der Kollektivverträge in Österreich muss dafür beibehalten werden. Eine Steuerstrukturreform, mit der Arbeitseinkommen geringer und Vermögenseinkommen stärker besteuert werden, ist ebenso gefragt zur Eindämmung der Inflation wie die verstärkte Nutzung von Instrumenten der Preiskontrolle und von direkten Preiseingriffen.

Angemerkt muss zur Kaufkraft in Salzburg werden, dass diese höher sein könnte, wenn die Preise niedriger wären. Zwar existiert unterhalb des österreichischen nationalen Verbraucherpreisindex kein Instrument zur verlässlichen und umfassenden regionalen Preismessung, dennoch zeigen wiederholte Studien und regelmäßige Preiserhebungen durch die AK immer wieder, dass die Preise nicht nur für Mieten in Salzburg besonders hoch sind. Auch für Lebensmittel oder Drogeriewaren sind in Salzburg unverändert höhere Preise zu zahlen als im benachbarten deutschen Grenzgebiet.

2.2 Vermögensverteilung

Abbildung 6: Median des Nettovermögens in Tausend Euro



Beschreibung

Mangels steuerlicher Erfassung von Vermögen in Österreich sind Haushaltserhebungen die verlässlichste Quelle, um einen Eindruck von der Verteilung des Vermögens zu bekommen. In mittlerweile vier Wellen hat die Europäische Zentralbank mit dem „Household Finance and Consumption Survey (HFCS)“ in den Euroländern eine harmonisierte Stichprobenerhebung durchgeführt. Das Nettovermögen ist die Summe der Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten. Stichprobenbedingt wählen wir die Quintilsverteilung des Nettovermögens, die zeigt, über welchen Anteil am Gesamtvermögen die obersten 20 Prozent verfügen.

Eine wichtige Einschränkung ist, dass extrem reiche Haushalte in freiwilligen Erhebungen nur mit sehr großem Aufwand erreicht und zur Teilnahme bewegt werden können und deshalb in den Daten untererfasst sind. Bei der Hinzuschätzung dieser sehr reichen Haushalte wäre die Vermögenskonzentration noch höher als in den hier verwendeten Rohdaten des HFCS.

Zielwert

Wie bei der Einkommensungleichheit gibt es für die Vermögensverteilung keinen eindeutig zu bestimmendem Zielwert. Großer Reichtum wird oft über Generationen hinweg vererbt und untergräbt damit die Chancengleichheit in der Gesellschaft. Eine kräftige Reduktion der Konzentration privater Vermögen ist somit eine zentrale Maßnahme für Demokratie, Klimaschutz, ökonomische Stabilität und soziale Gerechtigkeit.

Vermögenskonzentration bei den Reichsten ermöglicht politische Einflussnahme über große Parteispenden, Lobbying, Denkfabriken oder Massenmedien. Überreiche verschaffen sich für ihre Interessen mehr Gehör in der Politik, etwa bei Arbeitszeitregelungen, Handelsabkommen oder in Steuerfragen. Diese Machtungleichgewichte gefährden den sozialen Zusammenhalt und unter-

graben das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie (Schürz 2019). Zum anderen hat Überreichtum in der Vergangenheit immer wieder zur Spekulation und Blasenbildung an den Finanz-, Rohstoff- und Immobilienmärkten geführt.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Statistisch gesehen erklären Erbschaften und Schenkungen die ungleiche Vermögenslage weit stärker als Alter, Bildung oder Erwerbseinkommen. Einkommen aus Arbeit konnte mit Vermögenseinkommen nicht Schritt halten. Weil Arbeit stärker besteuert ist als Vermögenseinkommen musste die Ungleichheit zugunsten der sehr Wohlhabenden zunehmen. Vermögen sind seit den 1980er Jahren nahezu überall schneller gewachsen (rd. 5% jährlich) als das Wirtschaftswachstum (rd. 2% jährlich).

Die Vermögenskonzentration wurde befördert durch politische Maßnahmen wie Unternehmenssteuersenkungen, Privatisierungen, Duldung von Steueroasen und Finanzliberalisierungen.

Eine im Auftrag der AK Salzburg durchgeführte Sonderauswertung der HFCS-Rohdaten nach Vermögensfünfteln für Salzburg zeigt, dass die obersten 20 Prozent der Haushalte rd. 48 Prozent des gesamten Vermögens halten, etwas weniger als in Gesamtösterreich. Die untersten 20 Prozent der Haushalte besitzen in Salzburg gar kein Nettovermögen, in Österreich besitzen sie 1 Prozent.

Nach wie vor sind sehr reiche Haushalte im HFCS untererfasst. Schätzt man ihre Vermögen statistisch nachvollziehbar hinzu, ergibt sich bei den reichsten 5 Prozent der Haushalte ein Vermögensanteil von etwa 55 Prozent, also mehr Vermögen als die restlichen 95 Prozent der Bevölkerung zusammen (Heck et al. 2020).

In der Sonderauswertung der Haushaltsbefragung für Salzburg zeigt sich seit vielen Jahren keine wesentliche Veränderung. Es gibt im Gegenteil Anzeichen dafür, dass die vermögendsten Haushalte die Zeit der Niedrigstzinsen genutzt haben, um weiteres Immobilienvermögen zu akkumulieren. Sie haben in der Folge von der realen Entschuldung durch die hohe Inflation in besonderem Ausmaß profitiert.¹¹

Ein hohes Vermögen vieler Menschen ist nicht gleichbedeutend mit einem guten Leben für alle in der Gesellschaft, denn ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat reduziert die Notwendigkeit, privates Vermögen anzusparen. Bei europäischen Vergleichen von Vermögensungleichheit muss daher die unterschiedliche Ausgestaltung der Sozialsysteme berücksichtigt werden. Die öffentlichen Pensions-, Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrssysteme sorgen in Österreich dafür, dass ein gutes Leben auch ohne großes privates Vermögen möglich ist. Ein breiter öffentlicher und genossenschaftlicher Wohnbausektor führt zu einer im Vergleich niedrigen Eigentumsquote. Der Sozialstaat kann somit als Vermögen der breiten Mittelschicht gesehen werden. Aufgrund der in Österreich auch im internationalen Vergleich sehr hohen Vermögenskonzentration bewerten den Indikator auf unserer Skala wie schon 2021 mit -1.



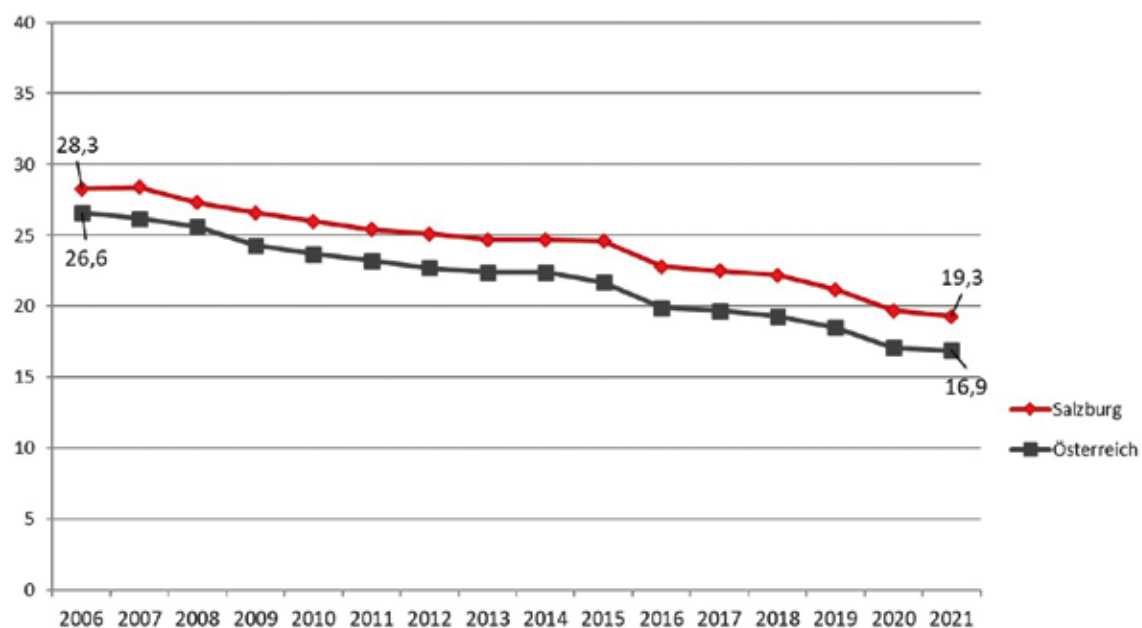
¹¹ Fessler, P.; Schürz, M. (2024), Privateigentum und Zugang zu Ressourcen: Wege zu einer egalitären Gesellschaft in Österreich, in: BMSGPK 2024, Sozialbericht 2024, Sozialpolitische Analysen

Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

- Ein Ausbau des öffentlichen Vermögens dient der breiten Bevölkerung, die auf kein großes privates Vermögen zurückgreifen kann. Das bedeutet einen starken Sozialstaat mit Infrastruktur für alle wichtigen Lebensbereiche, von Bildung über Wohnen und Mobilität bis Gesundheit. Er reduziert die Notwendigkeit, große private Vermögen für die Sicherung des Lebensstandards bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Ruhestand ansparen zu müssen.
- Nahezu alle westeuropäischen Länder haben eine Erbschafts- und Schenkungssteuer. Österreich ist seit 2008 die Ausnahme, obwohl die Vermögenskonzentration hierzulande so hoch ist wie kaum woanders in Europa. Aufgrund der demografischen Entwicklung steigt das Erbvolumen in den nächsten Jahrzehnten massiv an. Weil Erben ein leistungsfreier Vermögenszuwachs ist, der Anteil von Erbschaften am bestehenden Volksvermögen mehr als 50 Prozent beträgt und die Ungleichheit nicht nur zementiert, sondern noch vergrößert, ist eine Erbschaftssteuer zweckmäßig zur Finanzierung von Sozialausgaben wie auch zur Begrenzung ökonomischer Ungleichheit.
- Bisher wird die Vermögensverteilung in Österreich anhand von Haushaltsbefragungen untersucht. Wirklich Reiche nehmen daran aber meist nicht teil oder verweigern die Antwort auf die Höhe ihres Vermögens. Eine bessere statistische Erfassung (oversampling) der Reichen oder ein Vermögensregister würde Datenlage verbessern und verlässliche Grundlagen für eine faktenbasierte Politik liefern.

2.3 Gender-Pay-Gap

Abbildung 7: Gender-Pay-Gap (Ganzjährig Vollzeitbeschäftigte)



Quelle: Lohnsteuerstatistik, eigene Berechnungen

Beschreibung

Der Gender-Pay-Gap misst den Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Fraueneinkommen in Relation zum durchschnittlichen Männereinkommen, ausgedrückt in Prozent. Ein solcher Indikator wird weithin verwendet, um die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt und ihre ökonomische Stellung zu messen. Für die ganz überwiegende Zahl der Menschen ist das Arbeitseinkommen die Grundlage ihrer Existenz, deswegen eignet sich dieser Ansatzpunkt bestens, um die Frage der wirtschaftlichen Gleichstellung der Geschlechter zu beleuchten. Als Datenbasis werden die durchschnittlichen Einkommen ganzjährig vollzeitbeschäftigter Frauen und Männern herangezogen (Lohnsteuerstatistik), um einen möglichst genauen Vergleich zu ermöglichen.

Der Gender-Pay-Gap ist das Produkt einer Vielzahl von strukturellen Benachteiligungen, die zum Teil dem Arbeitsmarkt vorgelagert sind (Bildungssystem, unbezahlte Arbeit) und zum Teil am Arbeitsmarkt selbst stattfinden (Arbeitsbewertung, Aufstiegschancen, Einkommensdiskriminierung). Alle diese Elemente beeinflussen die Wohlfahrt der Betroffenen, werden aber mit anderen Indikatoren des AK-Wohlstandsberichts abgedeckt. Ebenso wird die Problematik, dass der Gender-Pay-Gap auch dann kleiner wird, wenn die Einkommen der Männer sinken und sich damit die Wohlfahrt verringert, durch die Einbettung des Indikators in das Set aufgefangen.

Zielwert

Der Zielwert beträgt bei diesem Indikator 0. Auch wenn die Erreichung dieses Werts nicht in greifbarer Nähe liegt, bleibt die gesamtgesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern ein Ziel, auf das sich wohlfstandsorientierte Politik hinbewegen muss. Dieser Wert würde dem Bestwert der Skala des Wohlstandsberichts von +2 Punkten entsprechen.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Der Gender-Pay-Gap ganzjährig Vollzeitbeschäftigter liegt im Bundesland Salzburg im Jahr 2021 bei 19,3 Prozent und hat sich in der Längsschnittbetrachtung nur geringfügig geändert (2006: 28,3 Prozent). Im Bundesländervergleich reiht sich Salzburg damit in der Mitte ein, im Vergleich zum Österreichschnitt weist Salzburg einen um gut 2 Prozentpunkte höheren Gender-Pay-Gap auf und dies konstant über den Beobachtungszeitraum.

Obwohl Frauen mittlerweile im Schnitt höhere Abschlüsse vorweisen, können sie diese oftmals nicht in gleicher Weise verwerten wie Männer. Familiär bedingte Unterbrechungen wegen Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen treffen nach wie vor überwiegend auf Frauen zu. Dies lässt in vielen Fällen das Einkommen stagnieren, fehlende Betreuungseinrichtungen oder stark eingeschränkte Öffnungszeiten sind zusätzliche Hemmnisse, die es Frauen erschweren, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen. Die starke dienstleistungsorientierte Branchenstruktur Salzburgs, in welcher überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten, weist ein durchwegs niedrigeres Lohnniveau auf als männlich dominierte Branchen. Insbesondere bei der Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung zeigt sich Salzburg im Österreichvergleich eher zurückhaltend (siehe Indikator „Geschlechtergerechte Betreuungsarbeit“). Diese Aspekte wirken sich maßgeblich auf die Einkommenshöhe und den Gender-Pay-Gap aus. Bei anderen gibt es ebenfalls kaum Bewegung, etwa bei Frauen in Führungspositionen oder der atypischen Berufsausbildung. Auch bei Einbeziehung aller Variablen, mit welchen man den Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern zu erklären versucht, bleibt ein Restbetrag über, welcher auf eine reine Einkommensdiskriminierung

aufgrund des Geschlechts zurückzuführen ist. Insgesamt bewerten wir die Entwicklung – trotz eines positiven Trends – mit der Note 0, da das Niveau sowohl absolut als auch relativ im Vergleich zum Bund, aber auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern extrem hoch ist und nur sehr langsam sinkt. Das Ziel einer gleichen Bezahlung ist in weiter Ferne, und selbst ein Rückgang auf ein ohnehin hohes europäisches Durchschnittsniveau ist innerhalb des Analysezeitraums – ohne derzeit nicht zu erkennende zusätzliche Maßnahmen – nicht möglich.

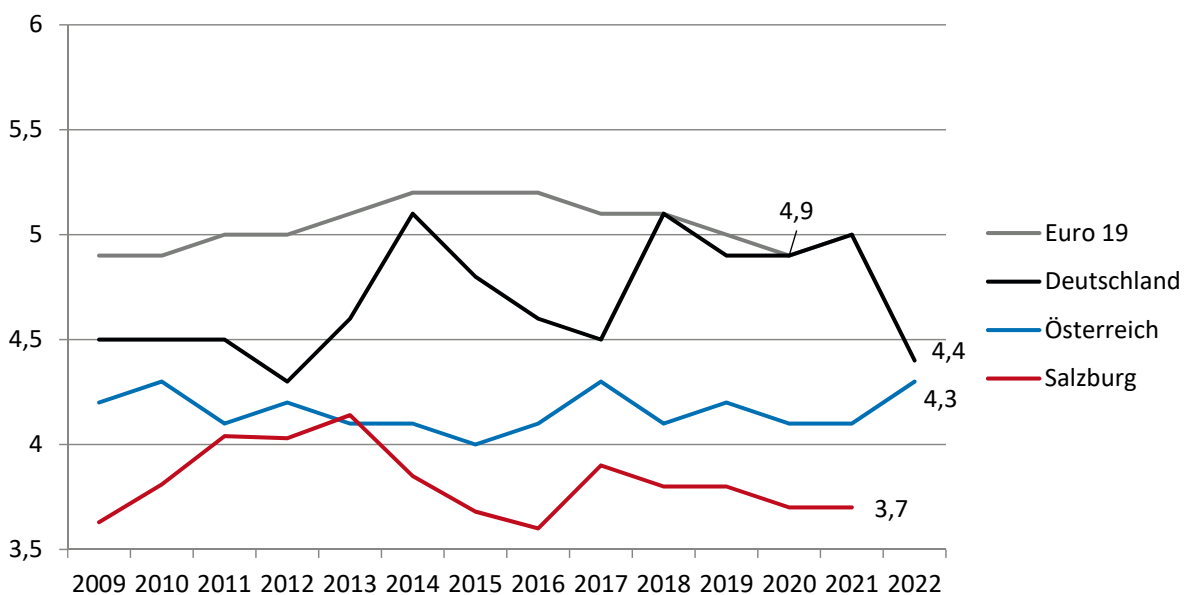


Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Wie ausgeführt, hat der Gender-Pay-Gap eine Fülle von Ursachen, dementsprechend braucht es eine ganze Reihe von Ansätzen, um ihn zu reduzieren: Mehr Transparenz bei Einkommen, Stellenbesetzungen und Beförderungen sowie eine bessere Bewertung weiblich dominierter Berufe wie Pflege, Elementarbildung, Reinigung etc. Zudem braucht es flächendeckende, leistbare und qualitätsvolle elementare Kinderbildungs- und -betreuungsplätze, ein Steuer- und Sozialsystem, das partnerschaftliche Teilung fördert, jegliche Förderung für junge Menschen, die sich für einen für ihr Geschlecht untypischen Beruf interessieren und eine Arbeitszeitpolitik, die zuallererst die überlangen Arbeitszeiten ins Visier nimmt und auch über eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit nachdenkt.

2.4 Einkommensverteilung

Abbildung 8: S80/S20: Verhältnis zwischen oberstem und untersten Einkommensfünftel



Beschreibung

Ein hohes Maß an Ungleichheit hat negative Folgen für den Lebensstandard und den sozialen Zusammenhalt in der Bevölkerung. S80/S20 ist ein international gebräuchliches Einkommensverteilungsmaß. Dabei werden die Haushalte nach der Höhe ihres Einkommens gereiht und in Fünftel (Quintile) eingeteilt. Die Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil, dividiert durch die Summe der Einkommen aus dem untersten Quintil, ergibt dann den Wert für das S80/S20-Verhältnis.

Die Interpretation ist recht einfach: Der Wert gibt an, um wieviel mehr Einkommen das einkommensstärkste Fünftel der Bevölkerung als das einkommensschwächste Fünftel der Bevölkerung zur Verfügung hat. Steigt dieses Verhältnis, nimmt die Ungleichheit der Verteilung zu, sinkt das Verhältnis nimmt die Einkommensungleichheit ab. Unter Einkommen wird das äquivalisierte (also bedarfsgewichtete) verfügbare Netto-Haushaltseinkommen (inkl. monetärer Sozialtransfers) verstanden. Die Datenbasis für die Haushaltseinkommen ist die europaweit harmonisierte Erhebung EU-SILC. Für Salzburg wurden die Wellen der Jahre 2020, 2021, 2022 zur Verbreiterung der Stichprobengröße zusammengezogen und gemittelt um zuverlässige Werte zu erhalten.

Wie beim oft benützten Gini-Koeffizienten muss auch beim S80/S20-Indikator angemerkt werden, dass er die Ungleichheit tendenziell unterschätzt, weil die zugrundeliegenden Daten vor allem die einkommensreichsten Haushalte nur unzureichend abdecken. Dennoch bietet der S80/S20-Indikator aus EU-SILC die beste Möglichkeit, die Einkommens- und Ungleichheitsentwicklung auch im internationalen Vergleich nachzuzeichnen.

Zielwert

Über einen Zielwert für die optimale Verteilung von Haushaltseinkommen gibt es in der wissenschaftlichen Literatur kein Einvernehmen. Lediglich eine extrem hohe Einkommensungleichheit sowie eine totale Einkommensgleichverteilung wird von den meisten Wissenschaftler:innen abgelehnt.

Während wirtschaftsliberale Ökonom:innen Einkommensungleichheit als Leistungsanreiz und Produktivitätsmotor rechtfertigen, sehen viele Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler:innen die Gefahren von zu hoher Ungleichheit. Dies wird auch von zahlreiche empirische Studien bestätigt, die Einkommensungleichheit als eine wichtige Ursache vieler gesellschaftlicher sowie wirtschaftlicher Probleme identifizieren: sinkende Lebenszufriedenheit, zunehmende Armutsgefährdung, höhere Suizidraten, steigende Kriminalität, u.v.m.; aber auch ökonomische Nachteile wie mangelnde Konsumnachfrage oder erhöhte Spekulation wie im Vorfeld der Wirtschaftskrise 2008 sind eine Folge zu hoher Einkommensungleichheit. Das Ziel für diesen Indikator sollte somit ein sinkender Wert sein, bei dem sich die unteren Einkommen den oberen angleichen.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Werden die Verteilungsmaße für die verfügbaren Haushaltseinkommen in Europa verglichen, zählt Österreich zu jenen Ländern mit einer relativ niedrigen Ungleichheit. Diese Beobachtung gilt nicht nur für das S80/S20-Verhältnis, sondern auch für andere Indikatoren wie den gebräuchlichen Gini-Koeffizienten.

Der Grund dafür ist in erster Linie das Sozialsystem, das über progressive Lohn- bzw. Einkommensteuern die Ungleichheit bei den Markteinkommen deutlich reduziert. Vor allem die Sozialausgaben haben dabei eine unterstützende Wirkung bei Niedrigeinkommen – auch wenn diese nicht ausreichend vor Armutsgefährdung schützen. Ohne Sozialstaat – insbesondere ohne öffentliche Pensionen – wäre die Armut in Österreich drei Mal so hoch. Das Steuersystem trägt hingegen unter Berücksichtigung aller Abgaben (Einkommenssteuern, Sozialversicherungsabgaben, Konsumsteuern etc.) weniger zur direkten Umverteilung bei.

Die Spreizung der verfügbaren Haushaltseinkommen gemessen am S80/S20-Verhältnis ist mit einigen Schwankungen seit Jahren recht stabil, allerdings im langfristigen Vergleich mit den 1970er-Jahren deutlich höher. Auch zuletzt wurde in Österreich wieder ein kleiner Anstieg verzeichnet, der in Salzburg aufgrund der Datenbasis (noch) nicht sichtbar ist. Die neuesten Einkommensdaten des EU-SILC 2022 basieren allerdings auf dem Vorjahr 2021. Das heißt, dass der damit gemessene Anstieg der Ungleichheit wohl noch eine Folge der COVID-19-Krise sein dürfte und Veränderungen durch die Teuerung in den Daten noch nicht sichtbar sind. Eine noch drastischere Spreizung der Einkommensschere wurde durch kaufkraftsichernde Lohn- und Gehaltsabschlüsse, das rasche Ausrollen von Kurzarbeit sowie durch temporäre Entlastungen für einkommensschwache Haushalte verhindert.

In Salzburg betragen die verfügbaren Haushaltseinkommen des oberen Einkommensfünftels im Jahr 2022 das 3,7-fache des unteren Einkommensfünftels. Die Einkommensungleichheit ist damit so hoch wie im Jahr 2010. Dehnt man den Beobachtungszeitraum allerdings bis in die 1970er Jahre aus, ist ein spürbarer Anstieg der Einkommensungleichheit zu erkennen. Vor allem die Spitze der Einkommensverteilung hat heute einen deutlich höheren Anteil am Gesamteinkommen als noch vor 40 Jahren.

Im Vergleich liegt die Einkommensungleichheit in Salzburg unterhalb des gesamtösterreichischen Werts von 4,3 oder der Ungleichheit in Deutschland, wo das obere Fünftel über das 4,4-fache der Einkommen des unteren Einkommensfünftels verfügt. Im Euro-19 Raum liegt die Einkommensungleichheit mit 4,9 noch etwas höher. Im nationalen und internationalen Vergleich ist die Einkommensungleichheit damit in Salzburg unverändert niedrig. Ursächlich für den vergleichsweise guten Salzburger Wert sind vor allem die niedrige Quote bei der Unterbeschäftigung (siehe Indikator Unterbeschäftigung) und die höhere Erwerbsquote (siehe Indikator Erwerbsquote).

Während die sozialen Folgen der Pandemie durch bestehende soziale Sicherungsnetze und rasche Hilfsmaßnahmen einigermaßen abgefedert werden konnten, fehlt der Politik die Entschlossenheit, die hohe Inflation nachhaltig zu bekämpfen. Eingriffe in die Preisbildung und stärkere Regulierungen, wie es andere europäische Länder wie Spanien vorzeigen, fehlen in Österreich. Stattdessen setzte die Politik v.a. auf Einmalzahlungen an Haushalte und schiebt die Verantwortung für die Kaufkraftsicherung auf die Kollektivvertragsverhandlungen der Sozialpartner, warnt aber gleichzeitig vor einer Lohn-Preis-Spirale.

Im langfristigen Trend ist die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen in Salzburg nicht zurückgegangen aber auch nicht gestiegen. Im nationalen und internationalen Vergleich liegt Salzburg besser. Wir bewerten den Indikator daher auf der 5-teiligen Skala mit 0.

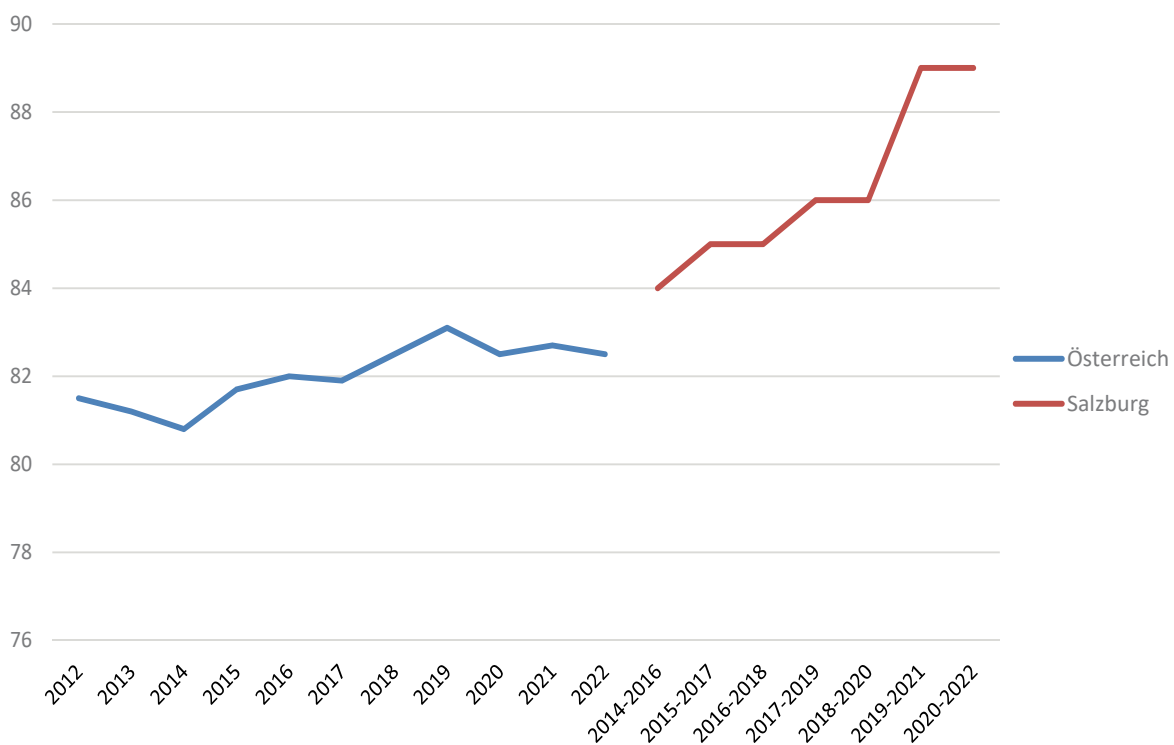


Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Die hohe Armutsgefährdungsquote von 15 Prozent sowie mangelnde finanzielle Unterstützung in schwierigen Lebensphasen, etwa bei Arbeitslosigkeit, sind in Österreich weiterhin ein akuter Missstand. Diese vulnerablen Gruppen werden von der Teuerung hart getroffen und benötigen im Sinne einer wohlstandsorientierten Politik eine entschlossene und nachhaltige Inflationsbekämpfung. Eine ausgewogene Einkommensverteilung erfordert zusätzlich Maßnahmen gegen Lohndumping, scharfe Sanktionen bei Ausbeutungspraktiken und Lohnbetrug sowie die Bekämpfung des Niedriglohnsektors, der Praxis temporärer Kündigungen und der Erwerbsarmut. Zudem sind der Anstieg atypischer Beschäftigung auf der einen Seite und exorbitante Manager:innengehälter auf der anderen Seite im Sinne einer wohlstandsorientierten Politik zu begrenzen.

2.5 Vermeidung von Armut und Ausgrenzung

Abbildung 9: Anteil der nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen



Quelle: Statistik Austria EU-SILC 2022 bzw. Sonderauswertung

Beschreibung

Der Indikator „armuts- oder ausgrenzungsgefährdet“ („AAG“) kombiniert die relative Kennzahl „Armutsgefährdung“ mit einer Kennzahl für absolute Armutskriterien („erhebliche materielle und soziale Deprivation“) sowie der Kennzahl „keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität im Haushalt“.

Als „armutsgefährdet“ gelten Personen, deren Haushaltseinkommen¹² unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens liegt. Als „erheblich materiell depriviert“ gelten Personen in Haushalten, die sich grundlegende Dinge, wie z. B. ein angemessenes Warmhalten der Wohnung, einen jährlichen Urlaub, einen PKW, einen Fernseher nicht leisten können oder Zahlungsrückstände bei Miete, Strom oder Kreditraten haben.

Die Dimension „Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität“ bezeichnet Haushalte, in denen weniger als 20 Prozent des Erwerbspotenzials des Haushaltes von Personen zwischen 18 und 64 Jahren ausgeschöpft wird. Es zählen weder Haushaltsmitglieder in Ausbildung noch jene, die in Pension sind, dazu.

Eine Umkehrung des Indikators „armuts- oder ausgrenzungsgefährdet“ („AGG“) in den Indikator „nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdet“ („nAAG“) ergibt eine politisch erstrebenswerte Zielsetzung für eine – gemessen an der ökonomischen Leistungsfähigkeit – sehr wohlhabenden Region vor.

Zielwert

Der wünschenswerte Zielwert beim Indikator „nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdet“ beträgt 100 Prozent.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Das Bundesland Salzburg befindet sich im Vergleich zu Österreich (genauso wie Österreich im europäischen Vergleich) in einer durchwegs guten Ausgangsposition. Der Dreijahresdurchschnittswert aus den Erhebungen EU-SILC 2020-2022 zeigt, dass die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdungsquote im Bundesland Salzburg 11 Prozent betrug und in den letzten Jahren in etwa gleichgeblieben ist. Somit waren 89 Prozent im Jahr 2022 nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. In Österreich lag der entsprechende Anteil mit 82,5 Prozent unter jenem im Bundesland Salzburg, der Wert der Euro-27-Länder lag 2022 bei 83,5 Prozent.¹³

Es ist jedoch anzumerken, dass die Armutszahlen 2022 aus einer Erhebung 2021 bis Frühjahr 2022 stammen und somit die massive Teuerung, die seit dem Jahr 2022 herrscht, noch nicht entsprechend abgebildet ist.

Die wissenschaftliche Armutsforschung hat gezeigt, dass vor allem ein zu geringes Einkommen (Stichwort: „Working Poor“) sowie zu geringe Transferleistungen einen Anstieg des Indikators „AAG“ verursachen können. Ohne Sozialleistungen wären 25 Prozent der österreichischen Bevölkerung im Jahr 2022 armutsgefährdet. Dieser Wert ist durch Sozialtransfers auf 15 Prozent gesunken.¹⁴

¹² = äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen: Einkommen eines Haushaltes nach Steuern und Transfers. Zur besseren Vergleichbarkeit werden die Haushaltseinkommen nach der Anzahl der Haushaltsmitglieder gewichtet: Die erste erwachsene Person im Haushalt bekommt ein Gewicht von 1, jede weitere erwachsene Person im Haushalt 0,5 und jedes Kind 0,3 als Gewicht. Geteilt durch die Summe der Gewichte, so ergibt sich das äquivalisierte Haushaltseinkommen.

¹³ Eurostat, Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen in den Ländern der EU im Jahr 2022.

¹⁴ Statistik Austria, Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers nach soziodemographischen Merkmalen 2022.

Salzburg weist zwar einen besseren Wert als der Österreichschnitt auf, dennoch stellt eine Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung mit 11 Prozent der Salzburger Bevölkerung definitiv kein Randphänomen dar und die massive Teuerung ab dem Jahr 2022 hat in den Daten noch keine entsprechende Berücksichtigung gefunden. Daher bewerten wir die aktuelle Entwicklung auf unserer 5-teiligen Skala (von -2 bis +2) mit 0.



Aus unserer Sicht sind bereits die 63.000 im Bundesland Salzburg von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen¹⁵ um 63.000 zu viel.

Hinzukommt die massive Teuerung ab dem Jahr 2022, die eine noch höhere Ausgrenzungsgefährdung vermuten lässt, denn laut den laufenden Erhebungen der Statistik Austria zu den sozialen Krisenfolgen¹⁶ gaben im 4. Quartal 2022 39 Prozent der Befragten in Salzburg an, Einkommensverluste erlitten zu haben, 20,8 Prozent erwarteten in den kommenden 3 Monaten Zahlungsschwierigkeiten bei den Wohnkosten und für 11,4 Prozent der Befragten Salzburger:innen stellten ihre Wohnkosten eine schwere finanzielle Belastung dar. Unterwartete Ausgaben in Höhe von 1.300 Euro zu tätigen konnten sich 19,8 Prozent der Befragten nicht leisten. 30,9 Prozent fehlten die finanziellen Mittel, um einmal jährlich auf Urlaub zu fahren. 14,8 Prozent konnten abgenutzte Möbel nicht ersetzen und 8,4 Prozent waren nicht in der Lage, die Wohnung angemessen warm zu halten.

Indikatorspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Oberste Priorität muss es sein, das nationale Europa 2030-Ziel einer Reduktion der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung um 204.000 Personen zu erreichen, wofür es auch aus dem Bundesland Salzburg einen entsprechenden Beitrag braucht. Die wichtigste Vorsorge gegen Armut ist eine Beschäftigung, von der man gut leben kann. Es muss daher einer Prekarisierung am Arbeitsmarkt, der Entwicklung eines Niedriglohnssektors und der Ausweitung des Phänomens der „Working Poor“ entgegengewirkt werden.

Ein Ausbau des erweiterten Arbeitsmarktes ist notwendig, weil es für bestimmte Personengruppen immer schwieriger wird, eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden und langfristig zu behalten. Die AK Salzburg hat dazu in einer Expertise¹⁷ konkrete Maßnahmen für 100 neue gute Arbeitsplätze vorgeschlagen.

Beim letzten sozialen Netz der Sozialhilfe ist eine Neuverhandlung samt Harmonisierung auf armutsfestem Niveau anzustreben. Denn durch die Ablöse der Mindestsicherung durch die Sozialhilfe hat dieses Netz große Löcher bekommen. Das neue System widerspricht klar dem Zweck des „Armenwesens“. Statt Armut wirksam zu bekämpfen, wird Ausgrenzung gefördert. Vor allem die Corona-Pandemie hat vor Augen geführt, wie wichtig das letzte soziale Netz ist.

15 Tabellenband EU-SILC 2022, Tabelle 3b: Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers.

16 Statistik Austria: „So geht’s uns heute“: Die Befragung startete 2021 in zehn EU-Ländern inkl. Österreich, alle drei Monate werden Veränderungen der Lebensbedingungen, des Einkommens und des Wohlergehens der Privathaushalte in der Europäischen Union erfasst. Hauptthemen im Fragebogen sind Haushaltseinkommen, finanzielle Aufwendungen und Verpflichtungen des Haushalts, Auskommen mit dem Einkommen, Zahlungsschwierigkeiten und Lebenszufriedenheit.

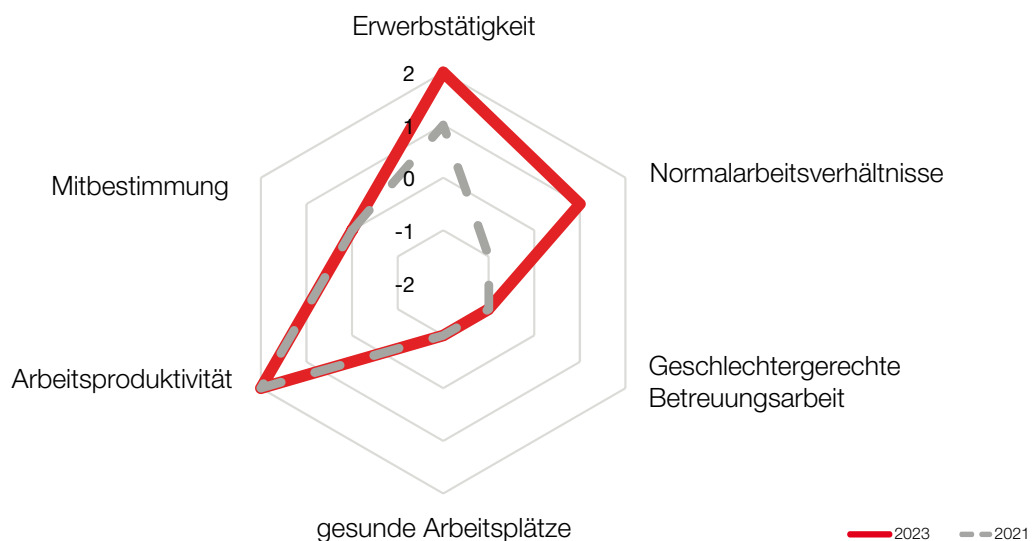
17 Prekäre Arbeit im Bundesland Salzburg, Entwicklungen und Handlungsempfehlungen, AK Salzburg im November 2017.

Notwendig ist außerdem ein Ausbau der Arbeitslosenversicherung in Form einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes und Notstandshilfe auf 70 Prozent sowie eine Verlängerung des Bezuges von Arbeitslosengeld. Wir sprechen uns klar gegen eine degressive Ausgestaltung des Arbeitslosengeldes und eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen aus.

Letztlich braucht es auch verbesserte Bildungschancen gerade für Kinder aus armutsgefährdeten Familien, denn auch in Salzburg wird Armutsgefährdung oft vererbt und beginnt häufig schon im Elternhaus.

Kapitel 3

Dimension 2: Vollbeschäftigung und gute Arbeit



Arbeit vermittelt über Beziehungen, Sinn und Anerkennung auch wichtige nichtmaterielle Beiträge zu hoher Lebensqualität. Die Zufriedenheit mit dem Arbeitsleben gilt nicht zuletzt als wichtige Determinante der gesamten Lebenszufriedenheit.¹⁸

Wir verwenden sechs Indikatoren für die Dimension „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“.

Der Indikator „Normalarbeitsverhältnisse“ zeigt an, inwieweit Beschäftigungsverhältnisse ein nachhaltiges Einkommen und sozialen Schutz sicherstellen und bildet damit gleichsam die „Atypisierung“ der Arbeitswelt ab. Corona bedingt ist der Anteil dieser Normalarbeitsverhältnisse gestiegen, um 2022 wieder auf den langfristigen Abwärtstrend einzuschwenken.

Die Quote der Erwerbstätigkeit bildet ab, inwieweit es dem Wirtschaftssystem gelingt, Beschäftigung und damit Einkommen für alle zu schaffen. Sie gibt jedoch keinen Aufschluss über die Qualität der Arbeit. Die Erwerbsquote steigt in Salzburg kontinuierlich an und liegt 2022 bei 80,7 Prozent. Der Wert liegt deutlich über dem österreichischen Wert und zeigt, dass Salzburg auch gut durch die Covid-19 Pandemie gekommen ist.

¹⁸ Loscocco, K., & Roschelle, A. (1991): Influences on the quality of work and nonwork life: Two decades in review. *Journal of Vocational Behavior* 39, 182–225. Weiters: Argyle, M., & Martin, M. (1991): The psychological causes of happiness. In Strack, F., Argyle, M., & Schwartz, N. (Hrsg.): *Subjective Well-being: an interdisciplinary perspective*. Oxford: Pergamon Pres, 77–100

Der Indikator gesunde Arbeitsplätze zeichnet auf der Grundlage des bewährten Arbeitsklima-Index arbeitsbedingte Belastungen ab. Sowohl physischer psychischer Stress als auch bei dem durch technologische Veränderungen bedingten Stress zeigen sich erhöhte Belastungen.

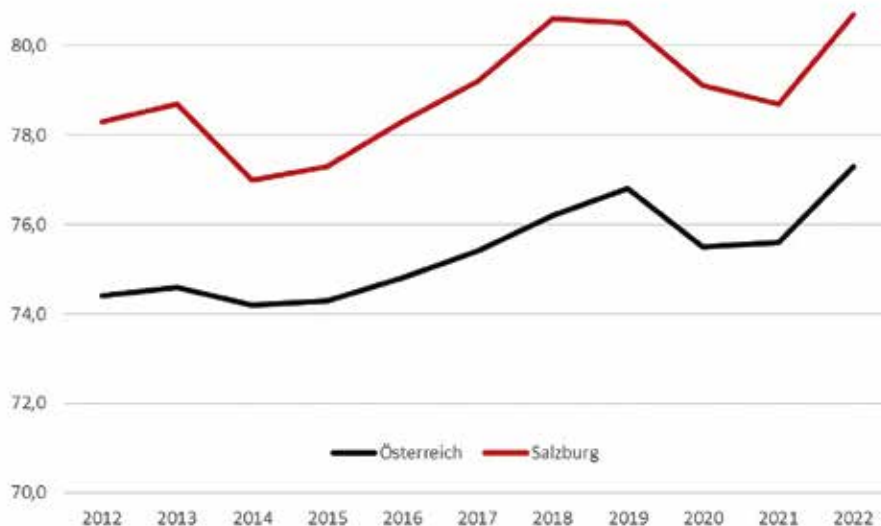
Mitbestimmung am Arbeitsplatz ergänzt die unternehmerische Orientierung an der Profitmaximierung durch die Berücksichtigung von Arbeitnehmer:inneninteressen. Wir messen anhand des Indikators gewerkschaftlicher Organisationsgrad. Langfristig sinkt der gewerkschaftliche Organisationsgrad auch in Salzburg, in den letzten Jahren ist die Entwicklung jedoch annähernd stabil.

Die Arbeitsproduktivität als Maß für die Effizienz des Arbeitseinsatzes rundet die Dimension ab. Der mittlere jährliche Zuwachs der Arbeitsproduktivität liegt in den vergangenen 20 Jahren mit 1,5 Prozent über dem schon guten österreichischen Wert. Seit der Corona-Pandemie hat sich der Produktivitätsvorsprung Salzburgs gegenüber dem Österreich-Schnitt nochmals vergrößert.

Mit dem Indikator „Geschlechtergerechte Betreuungsarbeit“ nehmen wir das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter (d. h. von Produktions- und Reproduktions-) Arbeit in den Blick, da der alleinige Fokus auf die Erwerbsarbeit einen großen Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit (Hausarbeit, Betreuungsarbeit ...) ausblendet.

3.1 Erwerbstätigkeit

Abbildung 10: Erwerbstätigenquote



Quelle: Eurostat

Beschreibung

Die Erwerbstätigenquote ist nicht nur ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Dynamik eines Wirtschaftsraums und erleichtert die Finanzierung (sozial-) staatlicher Ziele, sie ist auch eine zentrale Komponente für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglicht eine Einschätzung darüber, inwieweit es dem Wirtschaftssystem gelingt, Beschäftigung und damit Einkommen für alle zu schaffen.

Die Erwerbstätigenquote (oder Beschäftigungsquote) misst den Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung in einem bestimmten Alter an der Wohnbevölkerung. Die Erwerbsquote gibt jedoch keinen Aufschluss über die Qualität der Arbeit, das Ausmaß der Arbeitsstunden pro Person, das Einkommen oder über Beschäftigungsverhältnisse, denen keine vertraglich geregelte Erwerbstätigkeit zugrunde liegt. Unentgeltliche Tätigkeiten (die vorwiegend von Frauen erledigt werden) wie Kindererziehung und Pflege, Haushaltsarbeit und Tätigkeiten in Vereinen werden von der Quote nicht erfasst, bilden aber dennoch ein Fundament marktwirtschaftlicher Gesellschaftsformen. Die Erwerbsquote hängt einerseits stark von der zugrundeliegenden Definition und Erhebungsmethode der Erwerbslosen ab, andererseits von demografischen und konjunkturellen Entwicklungen sowie der Arbeitsmarkt(förder)politik ab.

Bei der Erfassung der Erwerbslosen ist zu berücksichtigen, dass sich die Eurostat-Daten wesentlich von den österreichischen AMS-Daten unterscheiden. Die Eurostat-Daten entstammen einer repräsentativen Umfrage unter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Österreich (dem „Labour Force Survey“¹⁹ und bilden eine Befragungsrealität ab. Sie tragen den definitorischen Empfehlungen der International Labour Organisation (ILO) Rechnung. Als erwerbstätig gelten alle Personen, die in der Bezugswoche zumindest eine Stunde gearbeitet haben. Die AMS-Daten resultieren hingegen aus allen beim AMS erfassten Personen und bilden eine Verwaltungsrealität ab. Als erwerbslos gelten auch Personen, die unter der Geringfügigkeitsgrenze beschäftigt sind.

Für eine grobe Einschätzung der Fähigkeit des Wirtschaftssystems Beschäftigung zu schaffen und um der steigenden Bedeutung von Bildung Rechnung zu tragen (die Ausbildungszeit von Jugendlichen hat sich in den vergangenen Jahren tendenziell verlängert), verwenden wir die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen von Eurostat.

Zielwert

Vollbeschäftigung und gute Arbeit sind unmittelbare Ziele einer an Wohlstand und Lebensqualität orientierten Politik. Erwerbsarbeit bestimmt, für fast alle Menschen, die materiellen Möglichkeiten der Lebensführung und bestimmt, wie kaum ein anderer Faktor, das persönliche Wohlbefinden. Eine Erwerbstätigenquote von 100 Prozent ist unrealistisch und würde verbieten, dass es Menschen gibt, die sich in Ausbildung oder in Frühpension befinden oder sich freiwillig dazu entscheiden, keiner Erwerbsarbeit nachzugehen.

Die Zielvorgabe muss somit demografischen Entwicklungen und unterschiedlichen Karrieren (Ausbildungszeiten, Ruhezeiten) Rechnung tragen und dennoch eine ambitionierte und realistische Zielvorgabe an das Wirtschaftssystem richten. Österreich hat seinen nationalen Zielwert im Rahmen der Europa-2020-Strategie mit 78 Prozent festgelegt. 2015 hat sich Österreich beim Gipfeltreffen der Vereinten Nationen zu den Sustainable Development Goals (SDGs) bekannt und will bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen. Für uns ist das Ziel dann erfüllt, wenn die Erwerbstätigenquote deutlich und stetig steigt und sich die Frauenerwerbsquote jener der Männer angleicht.

19 <https://ec.europa.eu/eurostat/web/microdata/european-union-labour-force-survey>

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die Erwerbsquote steigt in Salzburg wie in Österreich seit Jahrzehnten kontinuierlich an. Das zeigt, dass langfristig immer mehr Menschen in das Beschäftigungssystem integriert werden. Seit 2012 ist die Erwerbstätigenquote in Salzburg von 78,3 Prozent auf 80,7 Prozent im Jahr 2022 gestiegen. Aufgrund des Beschäftigungseinbruch im Zuge der Covid-19 Pandemie sank die Quote in Salzburg auf 78,7 Prozent.

Salzburg liegt damit immer noch deutlich über dem österreichischen Durchschnitt und den Durchschnittswerten der Eurozone. So zeigt sich anhand der Erwerbsquote, dass sowohl Österreich als auch Salzburg vergleichsweise gut durch die große Rezession nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/08 gekommen sind. Der nationale Zielwert im Rahmen der „Europa 2020-Strategie“ von 78 Prozent wird in Salzburg bereits seit 2016 erreicht und 2022 lag die Erwerbsquote deutlich über diesem Zielwert.

Die Erwerbstätigenquote von Frauen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, liegt aber weiterhin deutlich unter jener von Männern. Frauen waren von der Corona Krise deutlich stärker betroffen, trotzdem kam es 2021 nur zu einem geringen Rückgang der Erwerbstätigenquote. Bereits im Jahr 2022 kam es wieder zu einem deutlichen Anstieg und das 78 Prozent-Ziel wurde fast erreicht.

Die aktuelle Situation bewerten wir mit +2 Punkten.



Indikatoren spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

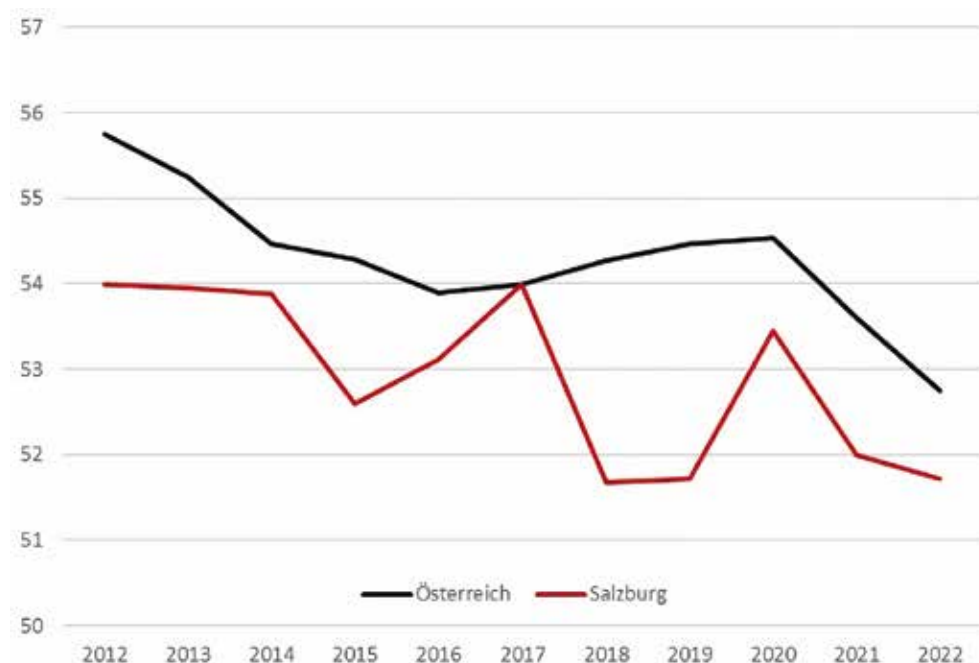
Um die Beschäftigungsquote in Zukunft weiter zu erhöhen und dem Ziel von Vollbeschäftigung und guter Arbeit näher zu kommen bedarf es, neben Maßnahmen zur Stärkung der Konjunktur, auch pro-aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und die Arbeitslosigkeit weiterhin zu senken. Durch innovative Arbeitszeitverkürzung bei möglichst gleicher Entlohnung und Personalausgleich ließe sich die Beschäftigungsquote, in Einklang mit anderen Zielen wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik, deutlich erhöhen.

Die Erwerbstätigenquote von Frauen liegt weiterhin um rd. 6 Prozentpunkte unter jener der Männer. Der Ausbau von institutioneller Kinderbetreuung ist ein zentraler Schlüssel um das Beschäftigungspotential von Frauen und Männer weiter zu heben.

Erwerbslose, die aufgrund ihres Alters oder aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen nur schwer in den Arbeitsmarkt integriert werden können, benötigen spezielle Förderungen und in manchen Fällen Beschäftigungsangebote, die nicht vom Markt geschaffen werden. Durch gezielte Gleichstellungspolitik müssen Genderunterschiede in der Erwerbstätigkeit reduziert werden. Dazu gehören Maßnahmen wie der Ausbau von Kinderbetreuungsstätten und Väterkarenz ebenso, wie Maßnahmen zur Verringerung der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen.

3.2 Normalarbeitsverhältnisse

Abbildung 11: Anteil von Normalarbeitsverhältnissen in Prozent (unselbstständig Beschäftigte)



Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus

Beschreibung

In engem Zusammenhang mit der kontinuierlich steigenden Frauenerwerbsbeteiligung und dem Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft seit den 1970er Jahren ist eine Vielzahl neuer, sehr unterschiedlicher Arbeitsverhältnisse („atypische Arbeitsverhältnisse“) entstanden, die teilweise schwer voneinander abgrenzbar und teils auch schwer zu quantifizieren sind, vielfach aber große soziale Nachteile gegenüber herkömmlichen Normalarbeitsverhältnissen aufweisen. Gleichzeitig entwickeln sich in einigen Branchen Arbeitsplätze, die formal der „Selbstständigkeit“ zuzurechnen sind, in denen allerdings problematische/fehlende Rahmenbedingungen vorherrschen und die eigentlich aufgrund des Tätigkeitsprofils der unselbstständigen Arbeit zuzurechnen sind.

Der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse (nachhaltiger Arbeitsverhältnisse) an allen Erwerbspersonen dient als ein Indikator für den Grad der Atypisierung der Arbeitswelt. Der Indikator zeigt den Anteil der Personen in einem Arbeitsverhältnis, das mehr als 36 Stunden in der Woche umfasst, weder befristet ist noch bei einem Arbeitskräfteüberlasser besteht. Beim Großteil der atypischen Beschäftigungsverhältnisse handelt es sich um Teilzeitarbeitsplätze. Für die Bewertung des Indikators spielt der Grund, warum Teilzeit gearbeitet wird, keine Rolle. Es zeigt sich über die vergangenen Jahre, dass in Salzburg rund ein Fünftel der Beschäftigten keine Vollzeitbeschäftigung wünscht und rund jeder Zehnte keine Vollzeitstelle findet. Weitere 10 Prozent befinden sich in schulischer und beruflicher Fortbildung. Ein Drittel der Teilzeitbeschäftigten kann wegen Betreuungspflichten von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen keine Vollzeitbeschäftigung aufnehmen.

Die Herausforderung von flexiblen Arbeitszeiten liegt darin, sich nicht nur dem Druck einer Arbeitgeber:innen bezogenen Flexibilität unterzuordnen: Hier stehen ökonomische Rhythmen im Vordergrund, die sich mit den Flexibilisierungswünschen der Arbeitnehmer:innen vielfach nicht decken. Teilzeitbeschäftigung soll hingegen eine Flexibilisierung im Sinne der Arbeitnehmer:innen darstellen.

Hinsichtlich der Erfassung der Beschäftigten haben wir uns für die Mikrozensus-Daten entschieden, die sich von den Daten der Sozialversicherung unterscheiden. Die Mikrozensus-Daten entstammen einer repräsentativen Umfrage und bilden daher eine Befragungsrealität ab. Sie bieten allerdings den Vorteil, auch qualitative Aussagen über die Arbeitssituation treffen zu können.

Zielwert

Nach wie vor steht die soziale Absicherung gegen Risiken des Lebens wie Unfall, Krankheit oder Arbeitslosigkeit in engem Zusammenhang mit einer vollversicherten Erwerbsarbeit. Durch die Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen steigt auch die Gefahr eines „Prekariats auf Aufschub“ (Altersarmut), daher sollte eine Erhöhung des Anteils der Normalarbeitsverhältnisse angestrebt werden.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

In Salzburg ist der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse an allen Erwerbstätigen seit 2010 von 54,0 Prozent auf 51,7 Prozent im Jahr 2019 gesunken. Corona bedingt ist der Anteil wieder fast auf den Wert des Jahres 2010 gestiegen (53,6 Prozent). Allerdings ist die Erhöhung des Anteils der Normalarbeitsverhältnisse nicht auf eine qualitative Verbesserung der Situation der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zurückzuführen gewesen, sondern auf ein massives Sinken der Beschäftigung in den von der Pandemie besonders betroffenen Wirtschaftssektoren. Vor allem in der Beherbergung und Gastronomie mit vielen „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen hat der Ausfall der Wintersaison die Beschäftigung deutlich sinken lassen. Das führte zu einem höheren Anteil von Normalarbeitsverhältnissen, ohne dass sich substantiell etwas verbessert hat. Mit der einsetzenden Erholung ist der Anteil bereits wieder auf das Vorkrisenniveau gesunken.

Der Anteil liegt in Salzburg, bis auf einen Ausreißer 2017, recht konstant rund 2 Prozentpunkte unter dem gesamtösterreichischen Anteil. Die aktuelle Situation bewerten wir mit 1 Punkt.

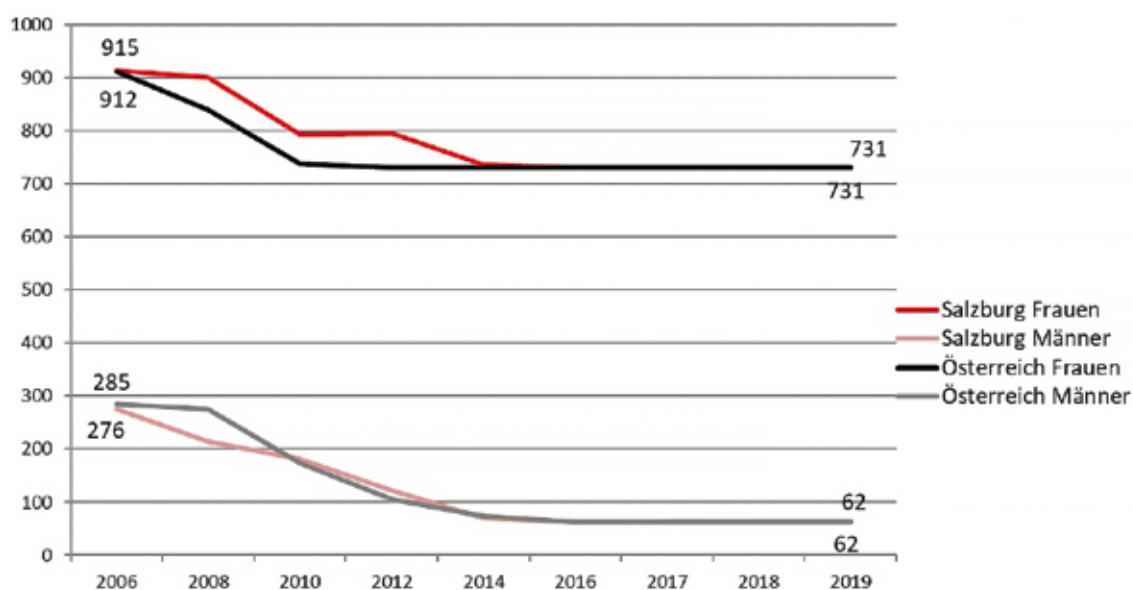


Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

- Ein moderner, die Prekariatsrisiken minimierender Arbeitsmarkt braucht das Recht für Arbeitnehmer:innen, von Vollzeit auf Teilzeit und wieder zurück wechseln zu können.
- Das weitere Aufbrechen angestammter Familien- und Geschlechterrollen bleibt zentral: Frauen verrichten noch immer den Großteil der Haus-, Pflege- und Familienarbeit und favorisieren daher oft eine Teilzeitbeschäftigung. Wegen der hohen Belastung durch unbezahlte Arbeit, in Verbindung mit schlechten Kinderbetreuungsstrukturen, führt dies zu einer hohen Teilzeitbeschäftigung. Ein verstärkter Ausbau von qualitativ hochwertigen und kostenlosen Kinderbetreuungsmöglichkeiten ist notwendig.
- Volle arbeits- und sozialrechtliche Absicherung.
- Teilzeitbeschäftigung muss die gleichen arbeits- und sozialrechtlichen Absicherungen haben wie eine Vollzeitbeschäftigung. Österreich ist hier besonders nach einigen gesetzlichen Änderungen im Jahr 2007 recht gut aufgestellt.
- Abbau von befristeten Verträgen und Beschränkung von All-In-Verträgen.
- Eine generelle Arbeitszeitverkürzung sowie eine subventionierte Arbeitszeitverkürzung wie zum Beispiel das Solidaritätsprämienmodell. Im Rahmen des Solidaritätsprämienmodell können die Stunden im Betrieb für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen reduziert werden, und dafür Menschen aus der Arbeitslosigkeit holen.
- Es zeigt sich, dass gerade die Kombination verschiedener atypischer Beschäftigungsverhältnisse zu prekären Situationen führt. Zur daher notwendigen Reduktion von temporären Verträgen sollten befristete Beschäftigte bevorzugte Rechte bei der innerbetrieblichen Ausschreibung und Besetzung von Jobs bekommen. Der Kampf gegen eine weitere Ausdehnung von Leih- und Zeitarbeit spielt hier auch eine zentrale Rolle.

3.3 Geschlechtergerechte Betreuungsarbeit

Abbildung 12: Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wegen Kinderbetreuung in Tagen



Quelle: Wiedereinstiegsmonitoring Österreich und Salzburg, 2006 bis 2021. Arbeiterkammer Wien und L&R Sozialforschung. 2023. Wien

Beschreibung

Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit, auch Hausarbeit, Pflege- oder Betreuungsarbeit sind für ein gutes Leben notwendig und sichern erst den Wohlstand unserer Gesellschaft. Noch immer ist die Nicht-Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen ungleich verteilt. So gehen etwa nach wie vor weit überwiegend Frauen in Kinderauszeit und steigen meist mit einem reduzierten Stundenausmaß wieder in ihre Erwerbstätigkeit ein, um familiäre Verpflichtungen und Erwerbsarbeit vereinbaren zu können. Das ist mit starken und längerfristig wirkenden wohlfahrtsmindernden Einkommensverlusten verbunden, die sich dann in einer niedrigen und oftmals nicht existenzsichernden Pension widerspiegeln. Für einen gelingenden Wiedereinstieg in die Arbeitswelt und der damit einhergehenden Möglichkeit einer eigenständigen und unabhängigen Existenzsicherung spielt – neben ausreichenden und qualitativ hochwertigen Kinderbildungs- und Betreuungsplätzen – die Beteiligung der Männer bei der Kinderbetreuung und anderen unbezahlten Tätigkeiten eine wichtige Rolle.

Als Indikator für die ungleiche Verteilung der Betreuungsaufgaben wählen wir das Geschlechterverhältnis bei der Unterbrechungsdauer der Erwerbstätigkeit für den Bezug von Kinderbetreuungsgeld in Tagen.

Als Datengrundlage für diesen Indikator dient das Wiedereinstiegsmonitoring, das von L&R Sozialforschung gemeinsam mit der AK Wien im Jahr 2013 entwickelt wurde. Es handelt sich um eine Vollerhebung für ganz Österreich (und die Bundesländer).

Zielwert

Zielwert dieses Indikators ist eine Unterbrechungsdauer der Erwerbstätigkeit aufgrund von Kinderbetreuungspflichten beider Geschlechter im Verhältnis 50 zu 50. Der Zielwert ist erreicht, wenn die Unterbrechungsdauer je 50 Prozent erreicht.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Seit Erhebungsbeginn hat sich der Anteil der Männer, welche Kinderbetreuungsgeld beziehen, mehr als verdoppelt (2006: 6,3 Prozent, 2021: 15,3 Prozent). Das Bundesland Salzburg zählt allerdings zu jenen Bundesländern, das unter dem Österreichschnitt von 16,7 Prozent (2021) liegt und in welchem in 83,3 Prozent der Fälle die Mutter die alleinige Bezieherin des Kinderbetreuungsgeldes ist.

Zwar beteiligen sich immer mehr Männer an der Kinderbetreuung, doch 34,9 Prozent der Männer unterbrechen ihre Berufstätigkeit nicht während des KBG-Bezugs. 47 Prozent der Männer unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit nur für bis zu 3 Monate. Nur mehr 10,1 Prozent unterbrechen 3 bis 6 Monate und 8 Prozent über 6 Monate. Das Wiedereinstiegsmonitoring zeigt aber, dass es vor allem die längeren Bezugsdauern (über 6 Monate) der Partner sind, die den erfolgreichen Wiedereinstieg von Frauen maßgeblich fördern. Tendenziell zeigt sich ein Anstieg bei der Anzahl von Männern, die ihre Berufstätigkeit nicht während des Bezugs von KBG unterbrechen sowie ein Trend zu immer kürzeren Unterbrechungen vonseiten der Männer ab.

Frauen unterbrechen sowohl in Salzburg als auch auf Bundesebene ihre Erwerbstätigkeit für die Kinderbetreuung deutlich länger. Schaut man auf die 2019 in Salzburg geborenen Kinder, dann lag die mittlere Unterbrechung der Erwerbstätigkeit bei Frauen für den Bezug des Kinderbetreuungsgelds bei 731 Tagen²⁰ (rund 2 Jahre), während Männer ihre Erwerbstätigkeit nur 62 Tage (rund 2 Monate) unterbrochen haben. Der Anteil der Männer liegt in Salzburg bei 7,8 Prozent an der gesamten Unterbrechungsdauer und ist damit nicht nur ungleich verteilt (Frauen: 92,2 Prozent), sondern auch weiter rückläufig (2014: 9,5 Prozent). Die Unterbrechungsdauer der Salzburger Männer hat sich der kürzeren Unterbrechungsdauer im Österreichsschnitt angepasst – was insgesamt eine eher negative Entwicklung für eine gleichwertige Aufteilung der Kinderbetreuungszeiten ist. Eine 50:50-Aufteilung der Unterbrechungsdauer zwischen den Geschlechtern ist sowohl in Salzburg – als auch im Bundesschnitt – noch in weiter Ferne. Aufgrund des leichten Anstiegs der Männerbeteiligung insgesamt aber des nach wie vor großen Unterschiedes bei der Unterbrechungsdauer, bleibt die Bewertung dieses Indikators bei der Note -1.



Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Um die gleiche Beteiligung bei der Sorgearbeit zu fördern, braucht es mehrere Ansätze: Den Ausbau qualitätsvoller und flächendeckender Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen sowie den Ausbau ganztägiger Schulformen mit Öffnungszeiten, die den elterlichen Arbeitszeiten entsprechend angepasst werden.

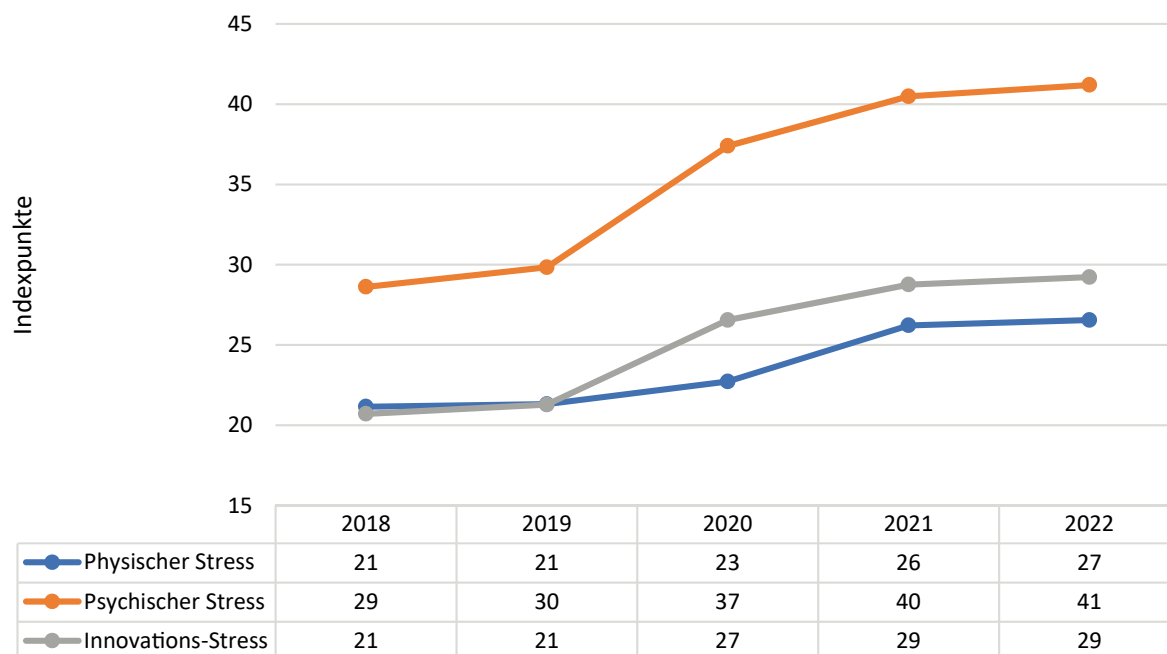
Zudem zeigt sich, dass eine entsprechende Väterbeteiligung bei den Kinderbetreuungspflichten positiven Einfluss auf den erfolgreichen und frühzeitigen Wiedereinstieg von Frauen hat. Maßgeblich ist hier auch die Bereitschaft der Arbeitgeber:innen, ihren männlichen Beschäftigten die Möglichkeit einzuräumen, sich in die Familie und Kinderbetreuung einzubringen und damit die Frauen zu unterstützen, früher und in einem existenzsichernden Ausmaß wieder in das bezahlte Erwerbsleben einsteigen zu können. Insbesondere die Covid-19-Krise brachte Retraditionalisierungstendenzen der Geschlechterrollen mit sich, die sich u. a. in einer weiter rückläufigen Unterbrechungsdauer der Männer widerspiegeln.

Darüber hinaus müssen sowohl das Steuer- und Abgabensystem wie auch die Familienförderung so gestaltet werden, dass eine partnerschaftliche Teilung der unbezahlten Arbeit und der Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern gefördert wird bzw. negative Anreize (Alleinverdienerabsetzbetrag) beseitigt werden.

20 Bis 2016 wurde der Median der Unterbrechungsdauer bei Rückkehr während Aufzeichnung exklusive der Fälle ohne Erwerbsunterbrechung erhoben. Danach änderte sich die Erhebungssystematik, indem der Median der Unterbrechungsdauer bei Rückkehr während der Aufzeichnung innerhalb von 24 Monaten exklusive der Fälle ohne Erwerbsunterbrechung erhoben wurde. Aufgrund dieser Umstellung kommt es zu einer Veränderung der Zeitreihenwerte, die aber insgesamt keinen Einfluss auf die geschlechtsspezifische Verteilung der Unterbrechungsdauer hat.

3.4 Gesunde Arbeitsplätze

Abbildung 13: Unterschiedliche Dimensionen arbeitsbedingter Belastungen



Beschreibung

Im aktuellen Arbeitsklima Index²¹ – einer jährlich stattfindenden quantitativen Befragung zur Lage und Situation unselbstständig Beschäftigter werden die arbeitsbedingten Belastungen der Beschäftigten anhand der Indizes für „physischen Stress“, „psychischen Stress“ sowie „Innovationsstress“ bewertet. „Innovationsstress“ meint dabei Stress durch (meist technologisch angetriebene) veränderte Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ziel

Arbeits- wie Lebensqualität werden wesentlich durch bestehende Arbeitsbedingungen bestimmt. Gute Arbeit ist auf gesundheitserhaltende Arbeitstätigkeiten angewiesen. Vor dem Hintergrund zunehmender Produktivität sowie potenziell arbeitserleichternder Technologien und Verfahrensweisen sind übermäßige psychische und körperliche Arbeitsbelastungen gesellschaftlich nicht tolerierbar. Gesundheitserhaltende Arbeit – eine Arbeit, die nicht krank macht – ist eine notwendige Bedingung vernünftiger gesellschaftlicher Organisation. Ziel ist demnach ein nachhaltig sehr niedriges Niveau an Arbeitsbelastungen.

21 Siehe AK Salzburg (2023): Arbeitsklima Index 2022. Salzburg

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Bewertet man die drei oben genannten Indizes in der Gesamtsicht, so können Aussagen darüber getroffen werden, wie hoch das Stresslevel ist. Anhand der Ergebnisse des Arbeitsklima Index für Salzburg wird deutlich das nachhaltig niedrige Arbeitsbelastungsniveaus und somit das Ziel gesundheitserhaltender Arbeitsplätze weiterhin verfehlt wird.

Die Arbeitsbedingungen im Bundesland können allgemein als belastend bezeichnet werden, es sind praktisch alle Beschäftigtengruppen betroffen. In den letzten Jahren haben alle 3 Formen von arbeitsbedingtem Stress zugenommen:

So ist etwa der Indikator für arbeitsbedingten psychischen Stress seit 2018 um insgesamt 12 Prozentpunkte von 29 auf 41 Indexpunkte gestiegen. Bei einem Blick auf die einzelnen Indikatoren, die dem psychischen Stresserleben zu Grund liegen, sehen wir, dass es allen voran der Zeitdruck sowie der Arbeitsdruck sind, die für das Stresserleben ausschlaggebend sind. Knapp jede:r Dritte (31 Prozent) leidet (sehr) unter Zeitdruck, jeweils rund ein Viertel spricht davon, dass sie ihre Arbeit psychisch aufreibt (24 Prozent) und dass sie auf Grund ständigen Arbeitsdrucks keine Zeit haben, zu verschlafen (25 Prozent).

Auch beim durch technologische Veränderungen verursachten Stress („Innovationsstress“) sehen wir eine klare Steigerungstendenz, wenngleich die aktuellen Werte (für 2022) mit 29 Punkten auf dem Vorjahresniveau liegen.

Zeit- und Arbeitsdruck, psychisch aufreibende Arbeit, häufig wechselnde Anforderungen und Arbeitsabläufe, technische und organisatorische Veränderungen – allesamt zentrale Eckpfeiler der heutigen Arbeitswelt – sind durch die Corona-Krise befeuert worden. Jedoch ist anzumerken, dass diese Veränderungen in ihrer Qualität nicht ausschließlich auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sind, sondern Ausdruck langfristiger arbeitsweltlicher Tendenzen sind, die durch die Pandemie befeuert wurden. Aus der Sicht der Beschäftigten stellt sich die Frage nach den Auswirkungen dieser Verstärkung. Technische und organisatorische Veränderungen konfrontieren Arbeitende meist mit erhöhten Anforderungen an ihre Arbeitskraft. Um die Arbeitsfähigkeit zu erhalten, müssen sie zunehmend Kompetenzen (etwa „digital skills“) erwerben und aktualisieren – was sich häufig in Stress bzw. psychischen Belastungen niederschlägt.

Angesichts der Gesamtschau der Ergebnisse bewerten wir die Entwicklung mit -1.



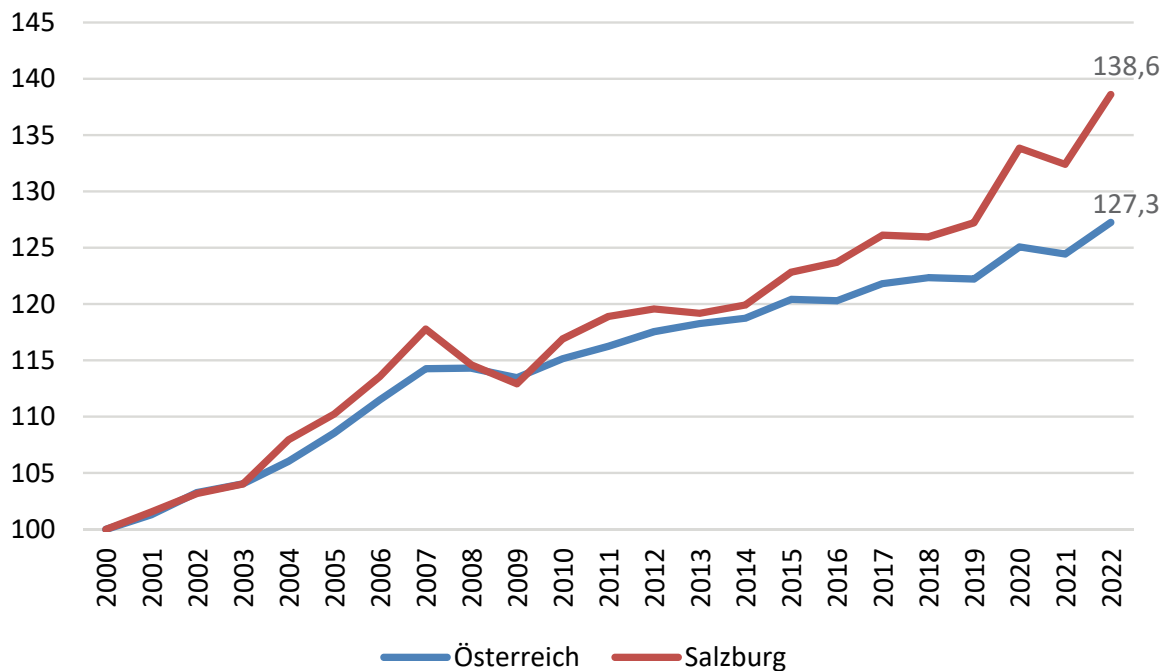
Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Gemäß Daten des aktuellen Arbeitsklima Indexes hält es jede:r dritte Beschäftigte (33 Prozent der weiblichen und 36 Prozent der männlichen Beschäftigten – Unterschiede nicht signifikant) für (eher bzw. sehr) unwahrscheinlich, gesundheitlich bis zur Pension durchhalten zu können. Gegenüber dem Jahr 2021 hat sich der Anteil der Beschäftigten mit einer pessimistischen Gesundheitsperspektive um 18 Prozent erhöht.

Der Hauptgrund dafür wird von den Beschäftigten selbst in den Arbeitsbelastungen gesehen. Geht es nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ist klar, welche Maßnahmen es braucht, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern: Neben höheren Einkommen sind es kürzere Arbeitszeiten, eine Verringerung der Stressfaktoren, also weniger psychische Belastung und gesundheitsfördernde Maßnahmen, um die Belastungen zu reduzieren. Insgesamt geht es um Ansätze einer De-Intensivierung von Arbeit, d. h. Maßnahmen, die der hohen Arbeitsverdichtung, dem hohen Arbeitsdruck und Stress entgegenwirken sowie Vereinbarkeitsprobleme von Job und familiärer Lebenswelt senken. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung (bei vollem Lohnausgleich) stellt hierfür ein essenzielles Instrument dar, da sie als Schlüssel zu einer anderen Verteilung und Gestaltung von Arbeitsvolumen angesehen werden kann.

3.5 Arbeitsproduktivität

Abbildung 14: Entwicklung der realen Arbeitsproduktivität je Stunde 2000-2022



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, eigene Darstellung

Beschreibung

Niveau und Entwicklung der Arbeitsproduktivität bilden wichtige Determinanten der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung und besonders auch von Löhnen. Das materielle Wohlstandsniveau ist oft dort hoch, wo auch die Arbeitsproduktivität hoch ist. Die Arbeitsproduktivität misst das Verhältnis der Produktion materieller Güter und Dienstleistungen und der für diese Produktion notwendigen Arbeit. Sie stellt damit ein Maß für die Effizienz des Arbeitseinsatzes dar und ist vielfach durch den Technologieeinsatz bestimmt. Unterschiede der Arbeitsproduktivität im internationalen Vergleich sind wesentlich durch die Produktionsstruktur bestimmt. Die Arbeitsproduktivität wird oft pro Einwohner oder je Erwerbstätigen ausgewiesen. Dabei wird aber vernachlässigt, dass

sich – etwa, wenn die Erwerbstätigen im Nenner stehen – die Arbeitszeiten ändern, weil sich die Arbeit auf mehr Beschäftigte aufteilt. Wir verwenden daher als Maß für die Arbeitsproduktivität die Arbeitsproduktivität pro Arbeitsstunde.

Zielwert

Ein Anstieg der Arbeitsproduktivität ist positiv zu sehen, zumindest dann, wenn kein gleichzeitiger Anstieg der Arbeitslosigkeit gegeben ist, denn er ermöglicht einen Anstieg der Löhne. Ein Anstieg der Arbeitsproduktivität ist damit ein wesentliches Element steigenden materiellen Wohlstands. Die mittelfristige Entwicklung werden wir dann als positiv einschätzen, wenn sie über die letzten Jahre einen kontinuierlichen stetigen Anstieg im Mittel der langfristigen Entwicklung aufweist.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die Arbeitsproduktivität ist das Ergebnis Angebots- und nachfrageseitiger Einflussfaktoren. Qualifikation und Erfahrung der Arbeitskräfte haben wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsproduktivität. Diese ist allerdings nicht nur durch die Leistung des Faktors Arbeit bestimmt, sondern auch Ergebnis der technologischen Entwicklung: Intensiverer Maschinen- und Technologieeinsatz erhöht die gemessene Arbeitsproduktivität.

Konjunktur und gesamtwirtschaftliche Nachfrage haben wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsproduktivität. Höhere gesamtwirtschaftliche Nachfrage führt über zunehmende Arbeitsteilung und wachsende Skalenerträge zu höherer Arbeitsproduktivität. Untersuchungen des WIFO für Österreich belegen diesen Zusammenhang erneut (Ederer/ Schiman 2018): Ein Anstieg des Wirtschaftswachstums um 1 Prozent zieht einen Anstieg der Arbeitsproduktivität um 0,5 Prozent nach sich.

Der langfristige Trend der Arbeitsproduktivität weist klar nach oben: Pro Arbeitsstunde liegt die Arbeitsproduktivität in Salzburg heute um mehr als ein Drittel über der des Jahres 2000.

Mit einem mittleren jährlichen Zuwachs von 1,5 Prozent im Zeitraum 2000 bis 2022 liegt der Zuwachs der realen Arbeitsproduktivität auch deutlich über dem gesamtösterreichischen Schnitt von 1,1 Prozent. In den vergangenen 10 Jahren hat sich das Wachstum der gesamten Arbeitsproduktivität in Salzburg sogar geringfügig auf 1,6 Prozent im Jahr beschleunigt, während das Wachstum in Gesamtösterreich mit 0,9 Prozent etwas rückläufig war. Salzburg liegt 2022 mit einer realen Stundenproduktivität von 51,8 Euro (Preisbasis 2010) über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt mit 47,9 Euro und der Abstand hat sich seit Beginn der Covid-19-Krise nochmals deutlich vergrößert. Seit 2019 liegt der Zuwachs der Arbeitsproduktivität im Bundesland Salzburg bei 9 Prozent gegenüber 4,1 Prozent im gesamtösterreichischen Durchschnitt und damit auch deutlich über unserem Zielwert.

Der langfristige Trend der Arbeitsproduktivität zeigt erhebliche konjunkturelle Schwankungen: Die Arbeitsproduktivität steigt in der Hochkonjunktur deutlich, verringert sich aber oft in Rezessionen wie 2009 oder 2021. Während der Covid-19-Krise wurde der dämpfende Effekt durch Kurzarbeit sowie höhere Arbeitslosigkeit v. a. in den Dienstleistungsbereichen konterkariert, wodurch die der Einbruch der Arbeitsproduktivität moderater ausfiel. Mit dem Wegfall der einschränkenden Corona-Maßnahmen folgte eine kräftige konjunkturelle Aufholphase, die sich deutlich positiv auf das Arbeitsproduktivitätswachstum ausgewirkt hat. Mit dem Übergang von der Hochkonjunktur in eine wirtschaftliche Stagnationsphase und milde Rezession 2023/2024 wird sich das Produktivitätswachstum verlangsamen.

Im EU-Vergleich ist das Niveau der Arbeitsproduktivität in Österreich hoch. Diese hohe Arbeitsproduktivität ist ein weiterer Beleg für das im europäischen Vergleich hohe wirtschaftliche Niveau und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Österreich und vor allem in Salzburg und stellen so eine gute Ausgangsbasis für gute Einkommen und hohes Maß an sozialer Absicherung sicher.

Angeichts der im nationalen und europäischen Vergleich guten lang- und mittelfristigen Entwicklung in Salzburg bewerten wir – unbeschadet der aktuell schwächeren Entwicklung – den Indikator auf der 5-teiligen Skala von -2 bis +2 mit 2 Punkten.



Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Wirtschaftspolitisch bilden die Verbesserung des Aus- und Weiterbildungssystems, Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen und die technologische Weiterentwicklung wichtige Determinanten der Produktivität. Angebotsorientierte Produktivitätspolitik ist allgemein akzeptiert, während nachfrageseitige Maßnahmen der Produktivitätspolitik in ihrer Bedeutung stark unterschätzt und wirtschaftspolitisch zu wenig berücksichtigt werden (Mazzucato 2014). Aktive Konjunktur- und Nachfragepolitik sind wichtige Maßnahmen für eine langfristig positive Produktivitätsentwicklung, weil sie deren Einbruch in der Rezession begrenzen und ihren Anstieg bei guter Wirtschaftslage unterstützen.

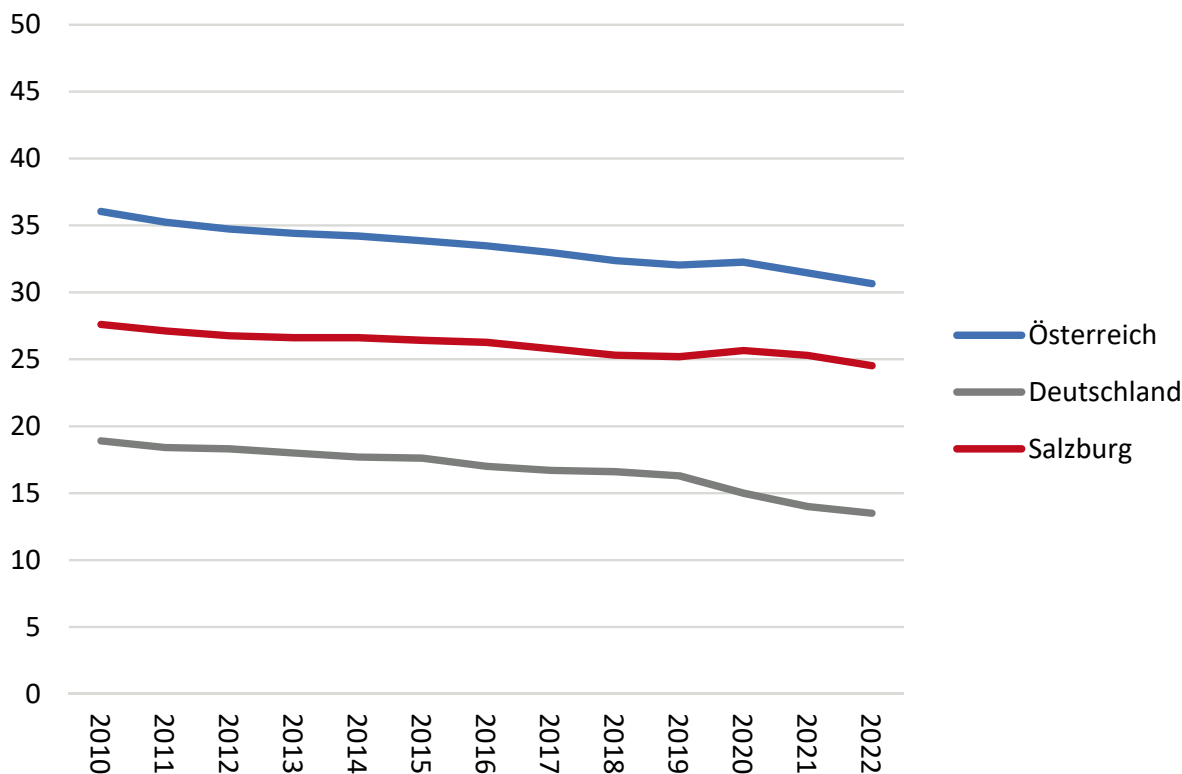
Wirtschaftspolitisch ergeben sich zwei wichtige Schlussfolgerungen im Hinblick auf Lohnentwicklung und Arbeitszeit im Sinne einer wohlstandsorientierten Politik:

Ein Anstieg der Arbeitsproduktivität ermöglicht einen entsprechenden Anstieg der Reallöhne, die in Salzburg nur unterdurchschnittlich sind. Dieser Zusammenhang spiegelt sich in der „Benya-Formel“ der österreichischen Lohnpolitik wider, die als Leitlinie eine nominelle Lohn- und Gehaltserhöhung im Ausmaß des mittelfristigen Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Produktivität plus der rollierenden Inflationsrate der letzten zwölf Monate vorsieht.

Bei hohem Wohlstands- und Einkommensniveau gewinnt die Frage an Bedeutung, inwieweit das Produktivitätswachstum für die einzelne Arbeitskraft in Form von Reallohnsteigerung oder Arbeitszeitverkürzung umgesetzt wird. So würde ein Anstieg der Arbeitsproduktivität um 1 Prozent pro Jahr jedes Jahr eine Erhöhung des Urlaubsanspruchs im Ausmaß von 2,5 Arbeitstagen ermöglichen (bei real konstantem Lohnniveau), in Salzburg mit seinem langfristigen Produktivitätswachstum im Mittel von 1,6 Prozent eine jährliche Erhöhung im Ausmaß von 4 Arbeitstagen.

3.6 Mitbestimmung

Abbildung 15: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad



Quelle: unselbständig Beschäftigte; regionale ÖGB-Mitgliederstatistik; eigene Berechnungen

Beschreibung

Mitbestimmung ist ein wichtiges Instrument für gesellschaftlichen Wohlstand und Lebensqualität. Sie lässt sich allgemein durch das Demokratieprinzip und die Menschenwürde begründen. Umfassend ausgebauten Formen der Mitbestimmung wirken sich auch positiv auf die Demokratie und das gesellschaftliche Miteinander aus. Wir fokussieren auf die Möglichkeiten von Menschen, in ihrer Arbeitnehmer:innenrolle als wirtschaftlich Abhängige ihre Arbeitswelt aktiv mitzugestalten.

Aus der Sicht von Arbeitnehmer:innen und ihrer Vertretung hat Mitbestimmung die unternehmerische Orientierung an der Gewinnmaximierung durch explizite Berücksichtigung von Arbeitnehmer:inneninteressen zu ergänzen und soll langfristige Beschäftigungssicherheit, humane Arbeitsbedingungen, die Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg und die Kontrolle wirtschaftlicher Macht sicherstellen. Starke Gewerkschaften als überbetriebliche, gesellschaftspolitische Akteur:innen sind für die Mitbestimmung von Arbeitnehmer:innen essenziell. Dementsprechend ist auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad ein wichtiger, aber bei Weitem nicht der einzige Indikator für den Grad der Mitbestimmung in der Arbeitswelt. Kollektivvertragsabdeckung oder Rechte und Dichte von Betriebsrät:innen sind andere wichtige Instrumente.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad misst den Anteil der Gewerkschaftsmitglieder der aktiv Beschäftigten an der Gesamtheit der unselbstständig Beschäftigten. Die wichtigste Quelle dafür ist ICTWS (Database on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Inter-

vention and Social Pacts). Da die ICTWS jedoch keine aktuellen Daten und zudem nur auf Ebene der Nationalstaaten ausweist, berechnen wir den gewerkschaftlichen Organisationsgrad alternativ als Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der Zahl der unselbstständig Beschäftigten. Durch diese Bruttoberechnung ist der Wert zwar höher, der Trend ist jedoch der Gleiche.

Ziel

Wie eine britische Studie (Blanchflower et al. 2022) zeigt, geht ein hohes Ausmaß an Mitbestimmung im Allgemeinen mit einer höheren Arbeitsplatz-, aber auch generell einer höheren Lebenszufriedenheit von Beschäftigten einher. Das Ziel ist eine konstante Steigerung des gewerkschaftlichen Organisationsgrads.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad nimmt in den meisten EU-28-Ländern kontinuierlich ab. Im europäischen Vergleich liegt Österreich über dem Durchschnittswert für die EU-28. In Deutschland liegt der Organisationsgrad deutlich unter jenem in Österreich – er sank von rund 19 Prozent (2010) auf 13,5 Prozent (2022).

Auch in Österreich ging der gewerkschaftliche Organisationsgrad von 2010 bis 2020 von rund 36 Prozent auf rund 31 Prozent zurück. In den letzten Jahren verzeichneten die Gewerkschaften in absoluten Zahlen (mit Ausnahme der Corona-Jahre 2020 und 2022) zwar leichte Mitgliederzuwächse, die Zahl der unselbstständig Erwerbstätigen stieg jedoch schneller.

Ähnlich verlief die Entwicklung im Bundesland Salzburg: Gewerkschaften verzeichneten teils absolute Mitgliederzuwächse, dennoch sank der Organisationsgrad von 27,6 Prozent im Jahr 2010 auf 24,4 Prozent im Jahr 2023. Seit 2018 verläuft die Entwicklung jedoch annähernd stabil.

Angesichts des in den letzten Jahren nahezu gleichbleibenden gewerkschaftlichen Organisationsgrads bei steigenden Beschäftigtenzahlen in Salzburg sowie der vergleichsweise aktiven und wichtigen Rolle der Gewerkschaften (nicht zuletzt in der Corona-Krise sowie bei den Kollektivvertragsverhandlungen), der hohen Kollektivvertragsabdeckung sowie der betrieblichen Mitbestimmung bewerten wir den Indikator auf der Skala von -2 bis +2 mit 0.



Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

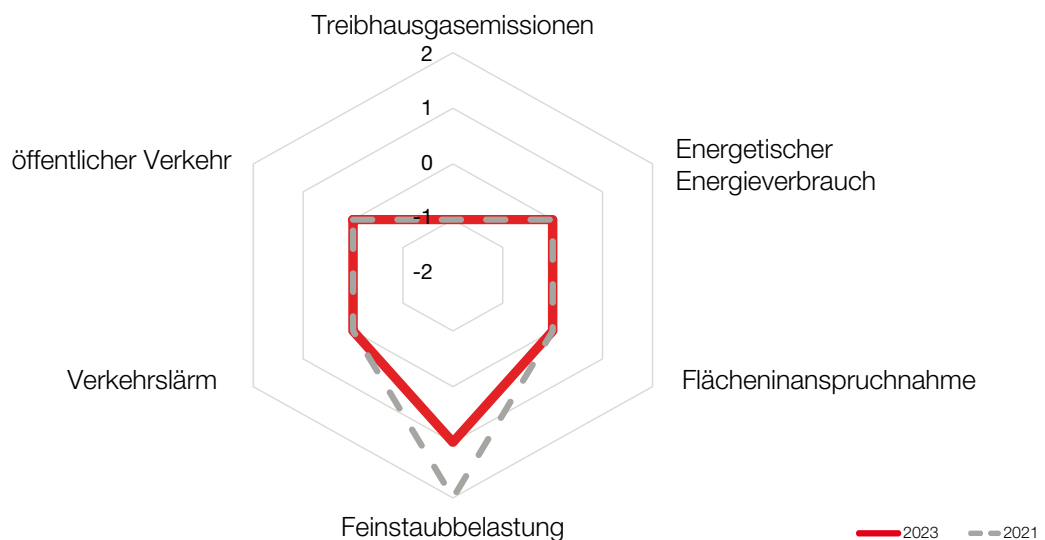
Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen (Inflation, Digitalisierung, Umbau auf klimaneutrales Wirtschaften) sind gut ausgebaute Formen der Mitbestimmung von zentraler Bedeutung für die Gestaltung und Akzeptanz des Wandels. Aktuell werden die Weichen für die nötige sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft gestellt. Dafür braucht es weiterhin unterstützende Rahmenbedingungen für Betriebsrät:innen und Gewerkschaften sowie für die Tätigkeiten der (über) betrieblichen Arbeitnehmer:innenvertretungen.

Um auch in Zukunft effektive Mitbestimmungsmöglichkeiten sicherzustellen, gilt es, unterstützende rechtliche Rahmenbedingungen für Betriebsrät:innen und Gewerkschaften aufrechtzuerhalten.

Die Pflichtmitgliedschaft in den Wirtschafts- und Arbeiterkammern ist unverzichtbar um ein inklusives Kollektivvertragssystem zu gewährleisten, das (fast) die Gesamtheit der Beschäftigten umfasst. Ebenso wichtig sind Maßnahmen der Gewerkschaften zur Mitgliedergewinnung und -partizipation, um ihren Organisationsgrad zu steigern und somit an Einflussmöglichkeiten dazuzugewinnen. Auch ein weiterer Ausbau von Betriebsratskörperschaften ist nötig, um der wachsenden betrieblichen Vertretungslücke in vielen Unternehmen etwas entgegenzusetzen.

Kapitel 4

Dimension 3: Intakte Umwelt



Eine intakte und lebenswerte Umwelt ist sowohl kurz- als auch langfristig eine Voraussetzung für Wohlstand. Kurzfristig tragen gute Umweltbedingungen unmittelbar zu individuellem Wohlergehen und Lebensqualität bei. Langfristig kann Wohlstand nur gesichert werden, wenn die Menschheit die Belastungsgrenzen des Planeten nicht überschreitet.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat den Bemühungen im Bereich der Energiewende einen zusätzlichen An Schub verliehen. Sowohl auf europäischer als auch auf österreichischer und Salzburger Ebene hat man sich ambitionierte Ziele gesetzt, die einerseits die Energieeffizienz erhöhen und andererseits den Gesamtverbrauch senken sollen.

Das Ziel einer intakten Umwelt umfasst gleichermaßen Teilziele zu ökologischer Nachhaltigkeit wie zu Aspekten einer lebenswerten Umwelt. In beiden Fällen sind mit der Sicherstellung einer intakten Umwelt auch Fragen sozialer Ungleichheit verbunden.

Gegenüber dem letzten Wohlstands- und Lebensqualitätsbericht 2021 hat sich die Gesamtbewertung leicht verschlechtert.

Die Treibhausgasemissionen in Salzburg sinken seit 2018, was wesentlich auf sinkende Emissionen im Verkehr, aber auch in den Sektoren Energie und Gebäude zurückzuführen ist. Allerdings ist Salzburg von den im Masterplan Klima + Energie 2023 selbst gesteckten Zielen weit entfernt, weshalb die Bewertung weiterhin negativ ausfällt.

Die Flächeninanspruchnahme entwickelt sich seit Jahren viel dynamischer als das Bevölkerungswachstum, sinkt in Salzburg aber. Der Versiegelungsgrad steigt dagegen weiter an. Unsere Bewertung bleibt damit unverändert.

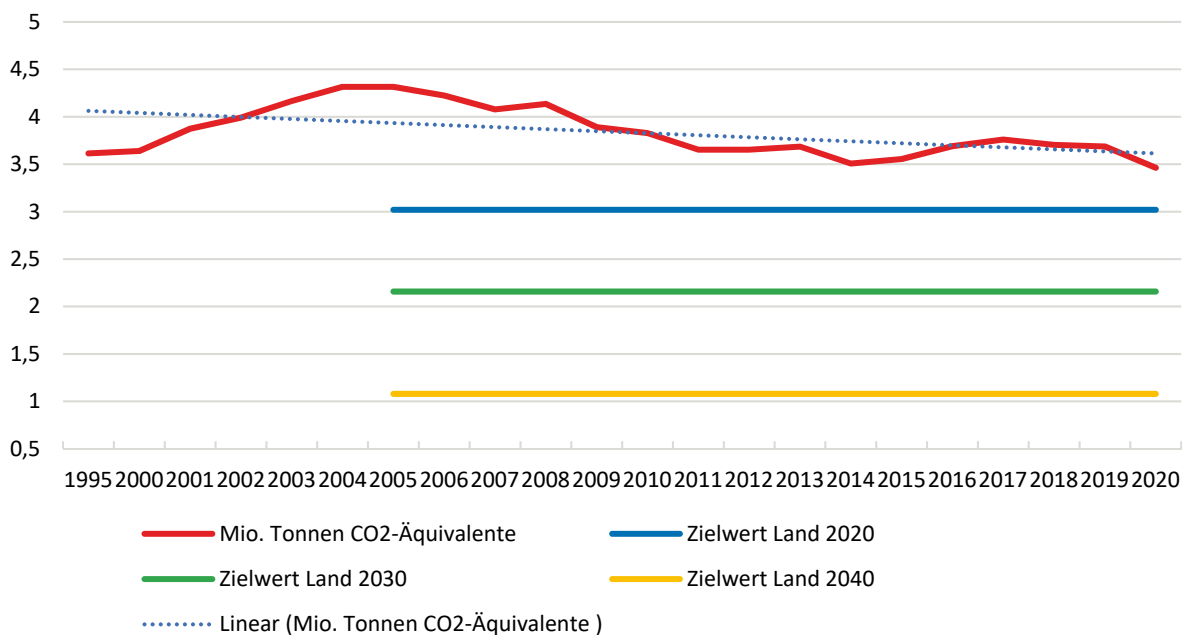
Verkehrslärm ist unverändert eine große Belastung. 2023 wohnen allein in Salzburg fast 55.000 Menschen an Orten, wo der Schwellenwert für Straßenlärm überschritten wird. Eine Verbesserung der Situation scheitert sowohl an zersplitterten Kompetenzen als auch an fehlenden Betroffenen-Rechten.

Bei der Luftqualität hat Salzburg in den vergangenen 20 Jahren enorme Fortschritte erzielt. Den aktuellen WHO-Richtwert erreicht Salzburg allerdings genauso wenig wie Österreich, weshalb die Bewertung etwas schlechter ausfällt als im zweiten Salzburger Wohlstandsbericht. Als Motor verbesserter Luftgüte erweisen sich immer mehr die EU-Rechtsvorschriften, eine Vorreiterrolle als Umweltmusterland hat Österreich nicht mehr.

Zur Erreichung der klima- und energiepolitischen Ziele ist eine deutliche Reduktion des energetischen Endverbrauchs – nicht zuletzt durch eine Steigerung der Energieeffizienz – unabdingbar. In Salzburg sank der energetische Endverbrauch 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 5,33 Prozent auf 61,1 Petajoule (PJ). Trotz dieses Sinkens ist es unrealistisch, dass die Reduktionsziele erreicht werden. Im Bundesland Salzburg fehlen zudem konkrete Zielvorgaben im Masterplan Klima + Energie 2030. Wir bewerten den Indikator mit 0.

4.1 Treibhausgasemissionen

Abbildung 16: Treibhausgasemissionen in Salzburg



Beschreibung

Die Treibhausgasemissionen (THG) sind die gewichtete Summe der Emissionen von Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Lachgas (N₂O), sowie bestimmten fluorierten technischen Gasen. Die Gewichtung erfolgt mit dem „Treibhausgaspotenzial“ (Global Warming Potential, GWP). Für CO₂ beträgt sie definitionsgemäß 1. Für die anderen Gase gibt das GWP an, um wieviel stärker eine Tonne des Gases zur Erderwärmung beiträgt als eine Tonne CO₂. Daher werden die Emissionen in „Tonnen CO₂-Äquivalten“ gemessen.

Im Wesentlichen werden dabei diejenigen Emissionen erfasst, die im betrachteten Staat freigesetzt werden. Nicht berücksichtigt werden Emissionen aus der Verbrennung von Biomasse, da gleichzeitig stattfindende Bindungsprozesse (Pflanzenwachstum) diese Emissionen kompensieren. Der größte Anteil an den Emissionen besteht aus Kohlendioxid, wovon der größte Teil aus der Nutzung fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas zur Stromerzeugung, zum Heizen, zum Autofahren ...) stammt. Daneben spielen Emissionen aus der Zement- und Stahlerzeugung eine Rolle; Methan und Lachgas stammen zu wesentlichen Teilen aus der Landwirtschaft.

Zielwert

Die EU hat sich das Ziel gesetzt, die THG-Emissionen in der EU bis 2030 um 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Bis 2050 soll „Klimaneutralität“ erreicht werden, d. h., dass nicht mehr THG emittiert werden, als durch Bindungsprozesse der Atmosphäre entzogen werden. Um diese Ziele zu erreichen, wurde etwa das System des Europäischen Emissionshandels (EU ETS) verschärft. Für die Reduzierung der Emissionen von THG, die nicht vom EU ETS erfasst werden, sind die einzelnen Mitgliedsstaaten verantwortlich. Österreich wird, verglichen mit den Emissionen im Jahr 2005, die THG in diesem Bereich – vor allem Verkehr, Gebäudeenergie und Landwirtschaft – bis 2030 um 48 Prozent reduzieren müssen. Angesichts der bisherigen Erfolgslosigkeit eine Mammutaufgabe.

In Salzburg hat die Landesregierung im Masterplan Klima + Energie 2030, der eine Fortschreibung des Masterplan Klima + Energie 2020 ist, eigene Zielwerte festgelegt. Diese sehen vor, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent im Vergleich zu 2005 zu reduzieren. Bis 2040 sollen die Treibhausgase um 75 Prozent sinken. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll bis 2030 auf 65 Prozent und bis 2040 auf 80 Prozent steigen. Im Jahr 2050 soll Salzburg klimaneutral und energieautonom sein.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die THG-Emissionen in Österreich blieben zwischen 1990 und 2000 etwa konstant, steigen dann bis 2005 relativ stark an und sanken bis 2014 tendenziell. Von 2014 bis 2019 stiegen sie wieder an. Wie in praktisch allen Staaten sanken die Emissionen im ersten Corona-Jahr 2020 deutlich. Dadurch gelang entgegen früheren Erwartungen die Einhaltung der Klimaziele 2020. 2021 gingen die Emissionen wieder deutlich nach oben, sanken aber nach vorläufigen Daten des Umweltbundesamtes (2023) im Jahr 2022 um 6,4 Prozent. Dies war vor allem auf die hohen Energiepreise und den milden Winter zurückzuführen.

In Salzburg erreichten die Treibhausgasemissionen 2005 mit 4,36 Mio. Tonnen den Höchstwert und sanken bis 2014. Von 2015 bis 2017 kam es zu einer Zunahme der Emissionen, die seit 2018 wieder sinken. Dies ist im Wesentlichen auf sinkende Emissionen im Verkehr zurückzuführen, aber auch in den Sektoren Energie und Gebäude. Aufgrund der Corona-Pandemie verzeichnete man im Jahr 2020 die größte Emissionsabnahme im Vergleich zum Vorjahr. Den größten Rückgang verzeichnete hier der Verkehr mit minus 14 Prozent sowie die Industrie mit minus 5,1 Prozent. Die im Masterplan Klima + Energie 2020 von der Landesregierung gesetzten Ziele verfehlte man dennoch klar.

Die Bundesregierung hat mit Blick auf das Ziel für 2030 einige ambitionierte Projekte in die Wege geleitet. Gleichzeitig stellt die Energiekrise infolge des Krieges in der Ukraine eine seit Jahrzehnten nicht da gewesene Herausforderung dar. Hinzu kommen die hohen Energiekosten, die insbesondere arme Haushalte stark belasten und einen bedeutenden Treiber für die hohe Inflation der letzten zwei Jahre darstellen. Die österreichische Klimapolitik steht damit vor der doppelten Herausforderung, rasch wirksame Maßnahmen zur Emissionsreduktion umzusetzen und gleichzeitig besonders genau auf die Verteilungswirkungen der Maßnahmen zu achten. In Salzburg bleibt das Erreichen der im Masterplan Klima + Energie 2030 gesetzten Ziele eine Mammutaufgabe und die Einhaltung der Ziele erscheint unrealistisch.

Die aktuelle Situation bewerten wir weiterhin mit -1.

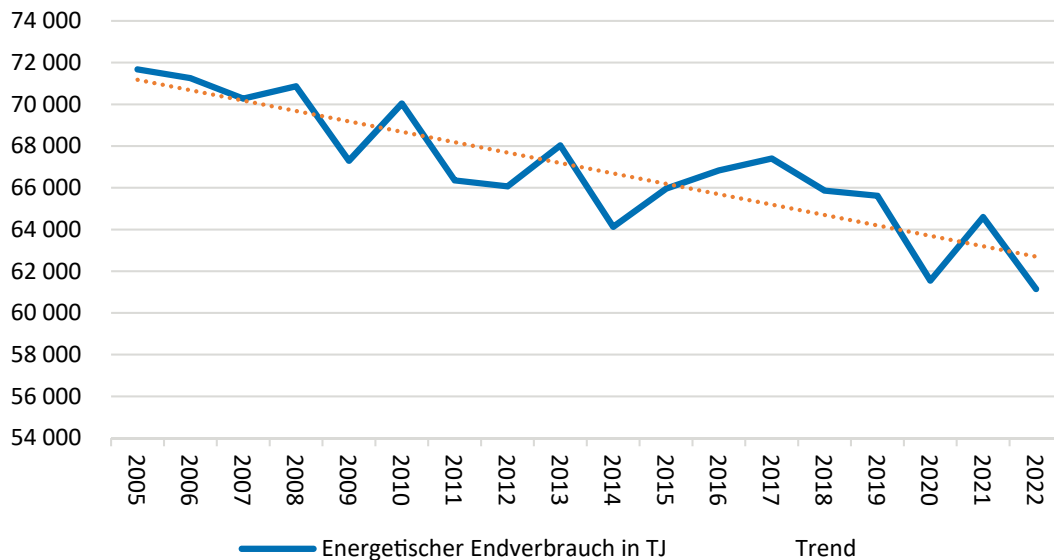


Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik.

Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern bringt einen grundlegenden Wandel der österreichischen Wirtschaft mit sich. Unmittelbar spürbar sind jedoch die Preissteigerungen, die derzeit bei Energie und – in der Folge – bei zahlreichen Gütern und Dienstleistungen zu beobachten sind, was zu insgesamt hohen Inflationsraten führt. Dadurch sind die Interessen der Beschäftigten und Konsumenten umfassend betroffen. Um die Transformation zu gestalten und ihre soziale Konsequenz abzufedern, müssen die Verteilungs- und Beschäftigungswirkungen klimapolitischer Maßnahmen stets berücksichtigt werden. Es ist notwendig, zielgerichtete Ansätze in den Bereichen Industrie-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu entwickeln. Für das Bundesland Salzburg sind die Emissionsziele des Masterplans Klima + Energie 2030 nicht ausreichend durch Maßnahmen abgesichert.

4.2 Energetischer Endverbrauch

Abbildung 17: Energetischer Endverbrauch in Salzburg



Beschreibung

Der energetische Endverbrauch ist die zentrale Größe zur Messung des Energieverbrauchs einer Volkswirtschaft. Er stellt den Gesamtenergieverbrauch aller Endnutzer:innen²² – in der Regel eingeteilt in private Haushalte, Verkehr, Sachgüterproduktion, Dienstleistungen und Landwirtschaft – dar.

Im Rahmen der Energie- und Klimapolitik kommt der Reduktion des Energieverbrauchs bzw. der Steigerung der Energieeffizienz eine zentrale Rolle zu; bedeutet dies doch nicht nur einen geringeren CO₂-Ausstoß, sondern auch ein Verringern der Importabhängigkeit und damit eine Erhöhung der Versorgungssicherheit. Dies zeigt sich vor allem seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine. Ein effizienter Energieeinsatz führt zu geringeren Energiekosten für private Haushalte und Unternehmen, was für die energieintensive Industrie sowie für einkommensschwache Haushalte von besonderer Bedeutung ist. Energieeffizienzmaßnahmen reduzieren die Energiekosten und stärken so die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Gleichzeitig lösen sie die Nachfrage nach adäquaten technischen Lösungen und Dienstleistungen aus, was auf der Angebotsseite zu Innovationen führt.

Zielwert

Österreich hat sich zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele der EU bekannt. Mit dem „Fit for 55“-Paket des „European Green Deal“ hat die EU-Kommission im Sommer 2021 höhere Einsparungsziele vorgeschlagen, um das THG-Reduktionsziel der EU bis 2030 um 55 zu erreichen. Im Juli 2023 hat der Rat der EU die neue Energieeffizienz-Richtlinie angenommen, die

²² Nicht umfasst ist jene Energie, die von der Energiewirtschaft oder der Industrie zur Umwandlung in Energie verwendet werden (Stromproduktion), da dies einer Doppelzählung gleichkommen würde.

eine Senkung des EU-weiten Energieverbrauchs um 11,7 Prozent bis 2030 im Vergleich zum Jahr 2020 vorschlägt. In Österreich wurden die Ziele im Juni 2023 im Bundes-Energieeffizienzgesetz beschlossen. Demnach soll im Jahr 2030 der energetische Endverbrauch 920 Petajoule (PJ) nicht überschreiten (das entspricht etwa 83 Prozent des Niveaus von 2005).

Im Gegensatz zum Salzburger Masterplan Klima + Energie 2020 legt der aktuelle Salzburger Masterplan Klima + Energie 2030 kein Einsparungsziel für den Endenergieverbrauch fest.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die höchsten absoluten Energieverbräuche weisen seit Jahren die Sektoren Verkehr und Industrie auf, gefolgt von den privaten Haushalten. Durch die Sondersituation des Ukrainekrieges konnte im Vorjahr der energetische Endverbrauch in Österreich um 5 Prozent auf 1.059 PJ stark reduziert werden. Interessant ist dabei, dass im Jahr 2022 die beiden erstgenannten Sektoren am wenigsten Energie eingespart haben, während die privaten Haushalte am meisten eingespart haben (- 11 Prozent).

In Salzburg sank der energetische Endverbrauch im Vergleich zum Vorjahr sogar um 5,33 Prozent auf 61,1 PJ und lag damit auch unter dem energetischen Endverbrauch vom Corona-Jahr 2020. Die Einsparungen basierten auch in Salzburg vor allem im Bereich der privaten Haushalte (-14,4 Prozent), in der Landwirtschaft (-9,25 Prozent) sowie im Verkehr (-5,16 Prozent). Im Bereich der Sachgüterproduktion kam es hingegen zu einer Zunahme um 3,66 Prozent. Der Anteil der erneuerbaren Energien im Bundesland Salzburg lag 2021 bei 52,7 Prozent.

Die aktuelle Entwicklung bewerten wir mit 0. Zwar zeigt der Trend einen Rückgang des energetischen Endverbrauchs. Allerdings sind die ambitionierten Ziele der EU und Österreichs ohne hinterlegte konkrete Maßnahmen weiterhin unrealistisch. Im Bundesland Salzburg fehlen konkrete Zielvorgaben im Masterplan Klima + Energie 2030 gänzlich.

Die langfristige und nachhaltige Implementierung von Energieeffizienzmaßnahmen ist aufgrund des zahnlosen Bundes-Energieeffizienzgesetzes weiterhin nicht in Sicht. Gerade der Ukrainekrieg zeigt, wie wichtig langfristige Energieeinsparungen sind, um unsere Energieversorgung unabhängig von russischem Erdgas zu machen.

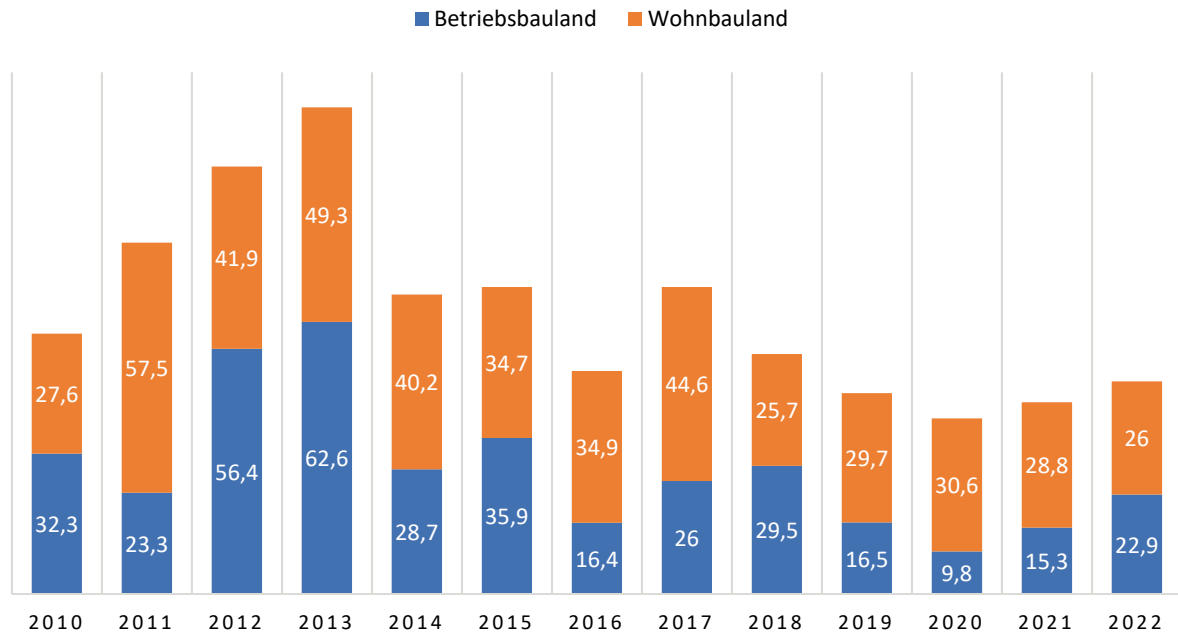


Schlussfolgerung für eine wohlstandsorientierte Politik

Zur Erreichung der klima- und energiepolitischen Ziele ist eine deutliche Reduktion des Endverbrauchs – nicht zuletzt durch eine Steigerung der Energieeffizienz – unabdingbar. Zudem hat gerade das letzte Jahr gezeigt, wie wichtig es ist, Energiesparmaßnahmen möglichst rasch umzusetzen, um unabhängig vom russischen Gas zu werden. Neben Förderungen für die thermische Sanierung und die Dekarbonisierung der Raumwärmeerzeugung für private Haushalte braucht es vor allem Maßnahmen im Verkehr und in der Industrie. Wichtig sind zudem energiepreisdämpfende Maßnahmen wie eine Deckelung der Heizkosten oder eine EU-weite Deckelung des Gaspreises für jene „preissetzenden Gaskraftwerke“, die den Strompreis massiv in die Höhe treiben.

4.3 Flächeninanspruchnahme

Abbildung 18: Baulandausweisung im Bundesland Salzburg in HA



Beschreibung

Der „Verbrauch“ der Ressource Boden wird mit der Flächeninanspruchnahme als Bau-, Verkehrs-, Freizeit- oder Abbaufäche gemessen. Aus Umweltperspektive besonders problematisch ist dabei ein hoher Anteil versiegelter Flächen, da dies zu einer permanenten Abdeckung des Bodens mit einer wasserundurchlässigen Schicht führt. Statistik Austria verwendete daher die Flächenversiegelung als Anteil am Dauersiedlungsraum, zuletzt als Schlüsselindikator im Rahmen von „Wie geht's Österreich?“ (Statistik Austria 2021).

Salzburg liegt mit einer versiegelten Fläche von 246 m²/EW etwas besser als der österreichische Durchschnitt von 268 m²/EW. Die ausgewiesene Baulandfläche ist von 255,4 m²/EW im Jahr 2019 auf 258,7 m²/EW im Jahr 2023 leicht gestiegen.

Zielwert

Konkrete Zielvorgaben können für eine Flächen sparende Raum- und Bodenpolitik sinnvoll sein.

Für Österreich wurde in der Nachhaltigkeitsstrategie aus 2002 für die Flächeninanspruchnahme ein Zielwert von 2,5 Hektar pro Tag festgelegt. Das Regierungsprogramm 2020 – 2024 hat diesen Wert bestätigt, der Zuwachs soll demnach bis 2030 auf 2,5 Hektar pro Tag bzw. 9 km² pro Jahr sinken. Im Entwurf der ÖROK-Bodenstrategie wird ebenfalls 2,5 Hektar pro Tag als Zielwert angegeben. Auf EU-Ebene gibt die EU-Bodenstrategie ein Netto-Null Ziel bis 2050 vor.

Für Salzburg gibt es keinen eigenen Zielwert. Aus Sicht der AK Salzburg ist eine Abflachung des Trends bei der Flächeninanspruchnahme zielführend.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die Flächeninanspruchnahme entwickelt sich seit Jahren viel dynamischer als das Bevölkerungswachstum. Aktuelle Daten aus dem Umweltbundesamt zeigen, dass im Durchschnitt der Drei-Jahres-Periode 2019 – 2021 der Bodenverbrauch bei 11,3 Hektar pro Tag liegt – in Salzburg bei 0,5 ha. Der Versiegelungsgrad liegt in Salzburg bei 58 Prozent und ist damit deutlich höher als im Vergleich mit den Vorjahren, wo er knapp über 40 Prozent lag. Während die Flächeninanspruchnahme weiter sinkt, steigt der Versiegelungsgrad an. Man ist weit von den Zielwerten der Bundesregierung oder der EU-Kommission entfernt.

Der EU-Kommission ist das Thema Bodenverbrauch und Flächeninanspruchnahme wichtig. Mit der EU-Bodenstrategie 2023 veröffentlicht sie Maßnahmen und Ziele, um die Bodenversiegelung einzudämmen (Europäische Kommission 2021). Zwischen 2012 und 2018 wurden EU-weit jährlich 400 km² – oder 109,5 ha pro Tag – an Fläche verbraucht. Österreich liegt bei der Flächeninanspruchnahme im europäischen Mittelfeld.²³

Boden ist eine wichtige Ressource für leistbaren Wohnraum. Das starke Bevölkerungswachstum – insbesondere in den Städten – sorgt für große Nachfrage nach Flächen. Gleichzeitig steigen die Preise für Wohnraum – insbesondere in Salzburg – stetig an.

Der Salzburger Immobilienindex SIX weist für die Stadt Salzburg und Umgebung eine Steigerung von 106 Prozent zwischen 2012 und 2022 aus. Die Erhebungen der AK Salzburg belegen einen Mietpreisanstieg von 83,5 Prozent seit 2000. Eine zentrale Frage ist, wie zukünftig die Bereitstellung der erforderlichen Flächen für die Deckung des Wohnbedarfs einer wachsenden Bevölkerung und gleichzeitig ein sparsamer Umgang mit den vorhandenen Flächen sichergestellt werden kann.

Bei Würdigung des positiven Trends in Salzburg hinsichtlich des Bodenverbrauchs der letzten Jahre, aber gleichzeitiger Skepsis, dass durch das starke Bevölkerungswachstum die Zielwerte erreicht werden, bewerten wir den Indikator auf der 5-teiligen Skala mit 0.



Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsentwicklung werden auch in Zukunft zusätzliche Flächen erfordern. Eine Verknappung der Ressource Boden führt unweigerlich zu Preissteigerungen. Um zukünftig einen sparsamen Umgang mit Flächen sowie die Bereitstellung von erforderlichen Flächen für leistbaren Wohnraum sicherzustellen, braucht es eine aktive Bodenschutz- und Raumordnungspolitik, die beide Interessen berücksichtigt. Bodenverbrauch kann aktiv reduziert werden, indem bereits erschlossene Flächen im Ortskern besser genutzt werden, bevor neues Bauland am Ortsrand ausgewiesen wird, indem der Neubau von Chaletdörfern untersagt wird oder indem Zersiedelung durch effektivere Raumplanung vermieden wird. Zudem stehen viele Wohnungen und Häuser leer. Wird Wohnraum knapper, dann steigen auch die Mieten stärker. Eine wirkungsvolle Leerstandsabgabe sowie ein verpflichtender Mindestanteil von Vorbehaltsflächen für den geförderten Mietwohnbau wären weitere wichtige Maßnahmen. Die Kompetenzen bei der Raumplanung als auch beim Bodenschutz liegen bei den Bundesländern. Eine nachhaltige Siedlungs-

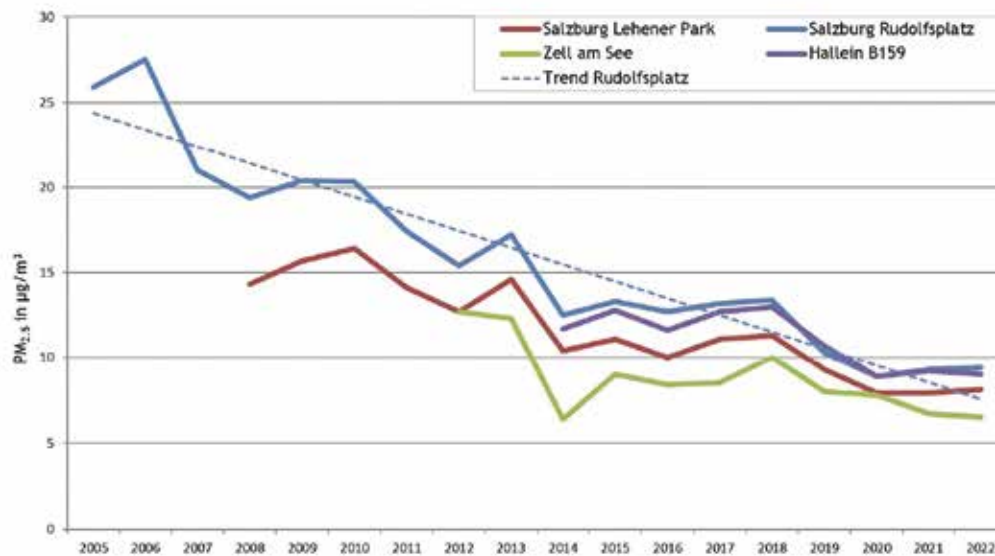
²³ EEA – European Environment Agency (2017): Landscapes in transition. An account of 25 years of land cover change in Europe, EEA Report No 10/2017, online unter <https://www.eea.europa.eu/publications/landscapes-in-transition>

politik mit einer verringerten Inanspruchnahme von zusätzlichen Baulandflächen stößt allerdings mangels Länderkompetenz für den hoheitlichen Zugriff auf nicht genutzte Baulandflächen an rechtliche Grenzen.

4.4 Feinstaubbelastung

Abbildung 19: Luftgüte in Salzburg

Trend von PM_{2.5}



Quelle: Land Salzburg Luftgütebericht 2022

Der Grenzwert von 25 µg/m³ (als JMW) für PM 2.5 wird seit dem Jahr 2007 an allen Standorten im Land Salzburg eingehalten.

Beschreibung

Luft ist ein „Lebensmittel“, ihre Verschmutzung hat daher negative Folgen für die Gesundheit und die Lebensqualität von Menschen. Luftverschmutzung ist der größte Risikofaktor für unsere Gesundheit. Kurzfristige Belastungsspitzen bei erhöhten Schafstoff-Konzentrationen verschärfen bereits bestehende Krankheiten, während lang andauernde Belastungen das Risiko einer Erkrankung erhöhen. Besonders betroffen von Luftverschmutzung sind Kinder, ältere Menschen und – vor allem im globalen Süden – Menschen aus Haushalten mit einem niedrigen Einkommen. Zahlreiche Untersuchungen zu COVID-19 zeigen einen Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und einer stärkeren Betroffenheit auf.

Bei Luftverschmutzung ist zwar stets von einem „Cocktail“ an verschiedenen Luftschadstoffen (Feinstaub, Stickoxiden, Ozon, Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid) auszugehen. Dennoch hat sich Feinstaub (PM₁₀ und PM_{2,5}) als wichtigster Indikator zur Beurteilung gesundheitlich unbedenklicher Umgebungsluft durchgesetzt (EEA, WHO, OECD).

Feinstaub besteht aus Teilchen mit einem Durchmesser von weniger als 10 µm (PM10) bzw. von 2,5 µm (PM2,5), die bis tief in die Lunge gelangen. Diese Feinstaubfraktionen belasten die menschliche Gesundheit mehr als jeder andere Luftschadstoff (Herz- und Lungenkrankheiten, Krebs). Laut EEA gehen in Österreich 4.480 vorzeitige Todesfälle auf Luftverschmutzung zurück, davon 3.200 auf PM2,5, da der WHO-Richtwert überschritten wird. Für die EU-27 wird die Zahl der vorzeitigen Todesfälle aufgrund der PM2,5-Belastung mit 275.000 veranschlagt (EEA 2022). Obwohl von einem Rückgang der vorzeitigen Todesfälle aufgrund abnehmender Luftverschmutzung auszugehen ist, werden die Folgen lang andauernder Luftverschmutzung (z. B. Lungenfunktionsstörungen im Kindesalter und Spätfolgen bei Erwachsenen) auch nach Erreichen des WHO-Jahresmittelwerts weiterhin spürbar sein.

Die Jahresmittelwerte für PM2,5 werden als Indikatoren für gesunde Umgebungsluft auch von den Vereinten Nationen (UN) für die SDGs herangezogen (zusammen mit PM10), ebenso vom Better- Life-Index der OECD. Bei der Vergleichbarkeit der Länder ergeben sich jedoch Probleme, da auf UN-Ebene und bei der Europäischen Umweltagentur PM-Datensätze nur für städtische Ballungsräume ausgewiesen werden, während das österreichische Umweltbundesamt auf die Gesamtbevölkerung abstellt (wobei auch die Berechnung für städtische Ballungsräume technisch möglich wäre).

Zielwert

Zielwert für den Indikator Feinstaub ist die Empfehlung der WHO für den Jahresmittelwert von PM2,5. Im Gegensatz zu rechtlich verbindlichen Grenzwerten zielen die Empfehlungen der WHO ausschließlich darauf ab, dass die Gesundheit der Bevölkerung nicht signifikant gefährdet wird. Andere Kriterien (z. B. wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Überlegungen, politische Wertentscheidungen) spielen hier keine Rolle. Dementsprechend setzt die WHO-Empfehlung den Jahresmittelwert bei PM2,5 sehr anspruchsvoll mit 5 µg/m³ fest, während der EU-Grenzwert bei 25 µg/m³ liegt. Zu beachten ist, dass die Europäische Kommission einen Jahresmittelwert von 10 µg/m³ für das Jahr 2030 plant.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Österreich und Salzburg haben seit 2005 enorme Fortschritte bei der Luftqualität erzielt. Der neue WHO-Richtwert wird allerdings weder in Österreich noch in Salzburg erreicht. Wesentlicher Politiktreiber bei der Reduktion der Luftverschmutzung sind einschlägige EU-Rechtsvorschriften. Nationale Alleingänge („Umweltmusterland Österreich“), die noch in den 1980er und 1990er Jahren unternommen wurden (z. B. Katalysator bei Pkw), erfolgen dagegen nicht mehr. Neben sektoriellen EU-Abgasregelungen (z. B. industrielle Anlagen, Kfz) sind die RL-Umgebungsluft (RL 2008/50/EG) sowie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (RL EU/2016/2284) Ausgangspunkt für Bund, Länder, Städte und Gemeinden, Verbesserungen bei der Luftqualität zu unternehmen. Wertvolle Impulse waren auch im letzten Jahrzehnt die Enthüllung von Defiziten öffentlicher Behörden („Diesel-Pkw-Skandal“) sowie die Bewertung wissenschaftlicher Erkenntnisse (z. B. Einstufung von Dieselruß als eindeutig krebserregend durch die internationale Krebsagentur im Jahr 2012).

Trotz der positiven Entwicklungen in den letzten Jahren bewerten wir aufgrund der neuen WHO-Vorgaben den Indikator mit +1.



Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Der Green Deal und der EU-Nullschadstoff-Aktionsplan sollten positive Auswirkungen auf die Luftreinhaltung entfalten. Allerdings stocken wichtige Vorhaben (z. B. Euro-7-Verordnung) bzw. sind konkrete Verbesserungen (z. B. EU-Industrieemissionsrichtlinie) noch nicht absehbar. Zu kritisieren ist die fehlende Verminderung von Ammoniak-Emissionen, die von den EU-Mitgliedstaaten aufgrund der Richtlinie (EU) 2016/2284 („NEC-RL“) vorgenommen werden muss. Die Ammoniak-Belastung wird fast ausschließlich in der Landwirtschaft verursacht, wirksame Maßnahmen wurden und werden bis dato von der Landwirtschaftslobby verhindert. Die Kommission²⁴ hat im Jänner 2023 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich eingeleitet, weil die Emissionshöchstmenge für 2020 nicht erfüllt wurde und eine Einhaltung für 2030 unwahrscheinlich ist. In Österreich gibt es außerdem noch keine kohärente Strategie dafür, wie beim klimapolitisch gewünschten Umstieg auf Biomasseheizungen negative Auswirkungen auf die Luftqualität vermieden werden sollen.

4.5 Verkehrslärm

Abbildung 20: Lärmbetroffene in Salzburg und Österreich 2022 über den Schwellenwerten für die Aktionsplanung

Straßenverkehr*	Tag-Abend-Nachtzeitraum Lden > 60 dB	Nachtzeitraum Lnight > 50 dB
Salzburg	35.100	39.100
Österreich	1.097.500	1.183.600
Eisenbahnen**	Tag-Abend-Nachtzeitraum Lden > 70 dB	Nachtzeitraum Lnight > 60 dB
Salzburg	1.200	1.600
Österreich	24.100	56.000
Flughäfen	Tag-Abend-Nachtzeitraum Lden > 65 dB	Nachtzeitraum Lnight > 55 dB
Salzburg	–	–
Österreich	–	200

* Hauptverkehrsstraßen mit mehr als 3 Mio. Kfz pro Jahr außerhalb von Ballungsräumen

** Haupteisenbahnstrecken mit mehr als 30.000 Zügen pro Jahr außerhalb von Ballungsräumen

Quelle: Umgebungslärm Österreich 2022, Zusammenfassende Betroffenenauswertung, Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie 2023, eigene Berechnungen

Beschreibung

Lärm ist unerwünschter, störender und belastigender Schall. Die Verkehrslärmbetroffenen sind im Rahmen der Aktionsplanung gemäß EU-Umgebungslärmrichtlinie (END) erstmals 2007, dann 2012 und 2017 erhoben worden und künftig im Fünfjahresrhythmus zu erheben. Seit 2009 sind so erstmals Daten zur objektiven Lärmbelastung öffentlich verfügbar. Ihr grundsätzlicher Vorteil liegt

24 Europäische Kommission (2020): Report on the progress made on the implementation of Directive (EU) 2016/2284 on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants. COM (2020) 266 final. https://ec.europa.eu/environment/air/pdf/reduction_napcp/1_EN_ACT_part1_v7.pdf (10.9.2020).

darin, dass sie prinzipiell örtlich genau auswertbar sind. Daten zur subjektiv empfundenen Belästigung aus Befragungen – wie sie die Statistik Austria seit 1970 wiederkehrend im Rahmen des Mikrozensus „Umweltbedingungen des Wohnens“ erhebt – sind lokal nicht zuordenbar.

Verkehrslärm ist gemäß Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nach der Luftverschmutzung das Umweltproblem mit den zweitstärksten Auswirkungen auf die Gesundheit in Europa. Die Europäer:innen verlieren jedes Jahr mindestens eine Million gesunde Lebensjahre durch die Auswirkungen von Umgebungslärm (WHO 2011). Gemäß END werden einerseits der Tag- Abend-Nacht-Lärmindex Lden („den“ bedeutet day-evening-night, also 06:00 bis 19:00 – 19:00 bis 22:00 – 22:00 bis 06:00) sowie der Nachtlärmindex Lnight erhoben, um die jeweils über ein Jahr gemittelte Lärmbelastung während der einzelnen Tageszeitabschnitte abzubilden. Diese physikalischen Größen werden – abgeleitet aus dem sogenannten energieäquivalenten Dauerschallpegel und angegeben in Dezibel (dB) – für das hochrangige Straßen- und Schienennetz und Flughäfen sowie für Ballungsräume (>100.000 Einwohner:innen) errechnet.

Zielwert

Ein Ziel „Null-Belastung“ ist unmöglich. Die in der Tabelle angegebenen Schwellenwerte sind in der Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung (BGBL. II 144/2006) festgelegt: Sie legen die Bereiche fest, für die Aktionspläne auszuarbeiten sind; im Straßenverkehr sind das 60dB/50dB (Lden/Lnight), im Eisenbahnverkehr 70dB/60dB, im Flugverkehr 65dB/55dB. Sie korrelieren mit den im Neubau und in der Bestandsanierung in Österreich üblichen Grenzwerten. Demnach wohnen 2023 allein in Salzburg fast 55.000 Menschen (Ö: 1 Mio.) über den Tag-Abend-Nacht-Schwellenwert für Straßenlärm bzw. 2.600 Menschen (Ö: 56.000) über den Nacht-Schwellenwerten für Eisenbahnen.

Die WHO empfiehlt für den vorbeugenden Gesundheitsschutz 45 dB nachts und 55 dB tagsüber, wie in den Raumordnungsvorschriften der Länder als Richtwert für Wohnen verankert. In den daraus sich ergebenden Konfliktzonen – über dem Vorsorgewert, aber unter dem Grenzwert – wohnen zusätzlich z. B. in Salzburg 42.600 oder in Österreich 1 Mio. Menschen bezogen auf den Nachtwert Straße.

Die 2018 veröffentlichten WHO-Leitlinien für Umgebungslärm für die Europäische Region zeigen im Unterschied zur bisherigen Ansicht auch, dass Schienenlärm nicht als „weniger belästigend“ als Straßenverkehrslärm erlebt wird. Die von der WHO empfohlenen Grenzwerte liegen daher für Schienenlärm mit 54dB/44 dB und mit 45 dB/40 dB deutlich unter den österreichischen Werten. Die Dosis-Wirkungsbeziehung, also die Frage, welcher Pegel wie sehr belästigt bzw. krank macht, ist ein eigenes komplexes Forschungsfeld. Dessen Ergebnisse zeigen bspw., dass mit zunehmendem Lden bzw. Lnight der Prozentsatz von hoch belästigten Personen zunimmt. Ähnliches gilt auch für die Krankheitswirkungen (insbesondere Herzkreislauf, Depression ...). Nach der Umgebungslärm 2022 Betroffenauswertung kann durch die Lärmbelastung von Straße und Schiene bei 12.000 Salzburgern von starken Schlafstörungen ausgegangen werden.

Unabhängig von den fachlich diskutierten Grenzwerten, die Dimension des Gesamtproblems ist jedenfalls größer. Denn bei der in Österreich angewandten Betrachtungsweise werden in den Aktionsplänen Lärmprobleme im niederrangigen Straßen- und Schienennetz und Probleme aus dem Zusammenwirken mehrerer Quellen ausgeblendet. Alleine ersteres würde die Anzahl der Lärmbetroffenen rund um ein Drittel erhöhen.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die neuen Daten 2023 zeigen eine anhaltend hohe Belastung. Ein direkter Vergleich mit der letzten Erhebung ist wegen Änderungen im Verfahren nicht möglich. Hinsichtlich der Anzahl der Lärmbetroffenen – das gilt auch im Vergleich mit den Nachbarstaaten – ist der Stand der Problembewältigung als durchaus adäquat einzustufen. Sichtbar mit den Lärmschutzwänden im hochrangigen Verkehrsnetz werden Maßnahmen gesetzt. Wir bewerten daher die aktuelle Situation und die kurzfristige Dynamik weiterhin neutral.

Allerdings ist eine tiefgreifende Kompetenzzersplitterung in Österreich festzustellen. Die Sanierung von Bestandstrecken ist durchwegs nicht geregelt. Lärmbetroffene haben keinerlei Ansprüche. In den vorgelegten Aktionsplänen wird der Sanierungsbedarf nicht analysiert, konkrete Maßnahmen fehlen. Sanierung findet nach Maßgabe budgetärer Bedeckung und als Ergebnis politischer Absprachen statt. Positiv und richtungsweisend wirkt als zentrales Element für Lärmschutz und Lärmvorsorge in Salzburg die Richtlinie Immissionsschutz in der Raumordnung.

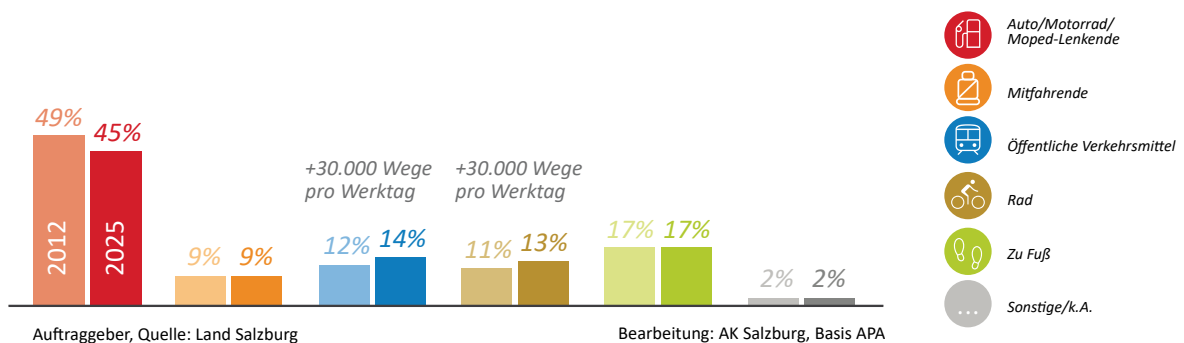


Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Eine wohlstandsorientierte Lärm-minderungs- und Lärmvorsorgepolitik erfordert einen am Vorsorge- und Verursacherprinzip orientierten Rechtsrahmen mit bundeseinheitlich verpflichtenden, am Gesundheitsschutz orientierten Grenzwerten. Infrastrukturbetreiber:innen sind zur laufenden Lärm-minderung (Lärm-minderungsmanagement) zu verpflichten. Die Bund-Länder-Zusammenarbeit bei Raumordnung und Verkehrsplanungen sowie eine fortschrittliche Lärm-minderungsplanung auf Länderebene müssen gesetzlich verankert werden. Aktionspläne haben wirksame und konkrete Lärmschutz-Maßnahmen für die nächsten fünf Jahre und klare Prioritäten transparent zu benennen. Bevölkerung und Fachöffentlichkeit sind an der Aktionsplanung effektiv zu beteiligen. Aktionspläne müssen gerichtlich überprüfbar, Individualrechte einklagbar sein.

4.6 Öffentlicher Verkehr

Abbildung 21: Verkehrsmittelwahl in Salzburg



Beschreibung des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil insbesondere des öffentlichen Verkehrs (ÖV), aber auch des Umweltverbundes (öffentliche Verkehrsmittel, Rad, zu Fuß) am gesamten Personenverkehr, gemessen in Personenkilometern bzw. Wege pro Werktag an. Der ÖV bzw. der Umweltverbund ist aus drei Gründen relevant für die Beurteilung des Wohlstands einer Gesellschaft: Erstens sichert er den allgemeinen Zugang zu Mobilität. Zweitens trägt er zur Reduktion klimaschädlicher Verkehrsemissionen bei. Drittens sind die Öffis bzw. der Umweltverbund im Vergleich zum Auto sehr günstig.

Zielwert

Auf der Basis einer umfassenden Mobilitätserhebung 2012 wurde im Salzburger Landesmobilitätskonzept (LMK) 2016-2025²⁵ der Zielwert (siehe Grafik) auf das sogenannte „Zwei plus Zwei Prozent – Ziel“ festgelegt. Dieses beinhaltet die Verlagerung von insgesamt vier Prozentanteilen, das sind 60.000 Wege pro Werktag, weg vom motorisierten Individualverkehr (MIV) bzw. Auto und hin zu den öffentlichen Verkehrsmitteln und zum Radverkehr. ÖV und Rad sollen bis 2025 jeweils 30.000 Wege pro Werktag, also 60.000 Wege pro Werktag insgesamt vom MIV/Auto übernehmen. Vorarlberg erreichte etwa mit ambitionierten Maßnahmen im Zeitraum 2003 bis 2013 ein derartiges Verlagerungs-Ziel.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die Klimaschutzvorgaben sehen vor, dass die verkehrsbedingten THG in Österreich von 24,1 Mio. Tonnen bis zum Jahr 2030 um ein Drittel und in Salzburg von 1,46 Mio. Tonnen sogar um die Hälfte sinken müssen.²⁶ Um das Salzburger Verlagerungsziel bis 2025 zu erreichen wurden zusammen mit den Stakeholdern im LMK 2016-2025 10 Leitprojekte und 84 Einzelmaßnahmen mit klaren Zeithorizonten für die Umsetzung fixiert.

Leider wurde die schon seit dem vorherigen Landesmobilitätskonzept 2006-2015 versprochene und im aktuellen LMK 2016-2025 zum Leitprojekt Nr. 1 erhobene Fahrplanangebotsausweitung durch einen integralen Salzburg-Takt für Bahn und Bus bis jetzt noch immer nicht in Angriff genommen. Auch der angekündigte Ausbau des Mikro-ÖV kommt nicht voran.

Dagegen fokussiert die gesamte verkehrspolitische Diskussion im Bundesland auf die Umsetzung des „S-Link“ (Verlängerung der Salzburger Lokalbahn unterirdisch vom Hauptbahnhof durch das Stadtzentrum und weiter oberirdisch bis Hallein), so als ob dieses Projekt die Verkehrsprobleme des ganzen Bundeslandes lösen könnte. Im Jänner 2023 wurden auch die Kostenschätzungen aus dem Jahre 2020 für den S-Link von 650 Mio. Euro²⁷ auf rd. 2 bis 3 Mrd. Euro enorm nach oben revidiert.²⁸

Relativ rasch umsetzbare, vergleichsweise günstige und längst überfällige, aber hoch verkehrswirksame Maßnahmen aus dem LMK 2016-2025 wie der Salzburg-Takt samt Mikro-ÖV geraten damit unverständlicher Weise offensichtlich ins Hintertreffen.

²⁵ salzburg.mobil 2025, Salzburger Landesmobilitätskonzept 2016-2025 (2016), S.9

²⁶ Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 1990–2018, Umweltbundesamt (2020), S. 88 und Land Salzburg, Masterplan Klima+Energie 2030, 19.3. 2021, S.6

²⁷ Stefan Knittel, Geschäftsführer, Salzburger Regionalstadtbahn Projektgesellschaft mbH, Präsentationsunterlage Sitzung Stadtssenat, 8. Juni 2020.

²⁸ Salzburger Nachrichten, 27.1.2023, Online-Ausgabe

Bereits im Jänner 2020 gab es eine Tarifreform („myRegio“ Zeitkarten), die der langjährigen AK-Forderung nach einem 365 Euro-Jahresticket wie in Wien sehr nahe kam. Mit der Netzkarte um 595 Euro statt rd. 1.550 Euro wurde die Jahreskarte 2020 nicht nur um bis zu 70 Prozent billiger und von Streckenkarten auf eine für das ganze Land gültige Netzkarte umgestellt, was einen enormen Qualitätsgewinn brachte. Im Oktober 2021 wurde schließlich mit der Einführung des österreichweit gültigen „Klimaticket Österreich“ und in Salzburg mit dem „Klimaticket Salzburg Classic“ um 365 Euro eine langjährige AK-Forderung erfüllt – die Jahreskarte wurde damit gegenüber dem Jahr 2019 bis zu 80 Prozent oder rd. 1.200 Euro billiger und die Klimaticketpreise wurden vom Land Salzburg auch 2022 und 2023 entgegen dem allgemeinen Teuerungstrend nicht erhöht.

Damit hat die Jahresnetzkarte in Salzburg „Klimaticket Salzburg“ seit Herbst 2021 denselben Preis wie in Wien, allerdings hat Wien als dicht besiedelte Stadt naturgemäß ein deutlich besseres Fahrplanangebot. Umso wichtiger ist, dass das Bundesland Salzburg endlich den integralen „Salzburg-Takt“ für Bahn und Bus samt Mikro-ÖV wie in den LMKs schon lange angekündigt, endlich umsetzt, damit möglichst viele Menschen im Bundesland vom Klimaticket um 365 Euro profitieren können, denn was nützt den Menschen abseits der ÖV-Hauptachsen ein günstiges Ticket, wenn ein entsprechendes Fahrplanangebot und dichte Taktverkehre samt Mikro-ÖV fehlen.

Zwar stiegen die Fahrgastzahlen bis 2019 im öffentlichen Verkehr im Salzburger Verkehrsverbund seit dem LMK-Referenzjahr 2012 um rd. 16 Prozent oder 6,8 Mio. auf 48,6 Mio./Jahr an. In den Pandemie Jahren beginnend mit 2020 verzeichneten alle Bahn- und Buslinien bedingt durch Lockdowns (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Homeoffice und Schließung der Schulen und Universitäten etc.) und der anfänglichen Angst vor der Ansteckung im ÖV starke Verluste. Bereits während der Pandemie und jetzt „nach“ der Pandemie zeichnet sich aber eine Normalisierung ab und der ÖV liegt durch die Einführung des österreich- und salzburgweit gültigen und sehr günstigen Klimatickets seit Oktober 2021 voll im Trend und erfreut sich erheblichen zusätzlichen Zuspruchs, was man an den Klimaticket-Verkaufszahlen sieht. Allerdings sind bei den Pendlern die Zuwächse bei den Verkaufszahlen beim Klimaticket nicht mit Umsteigern vom Auto gleichzusetzen, da viele mit der Tarifreform von den Monatstickets auf Jahrestickets umgestiegen sind und viele ÖV-Fahrten wurden zusätzlich generiert, weil die landesweit gültige Netzkarte wohl zu zusätzlichen Freizeitfahrten motiviert.

Daher zeichnet sich nun am Ende des LMK 2016 bis 2025 ab, dass bei der derzeitigen Dynamik das angestrebte Verlagerungsziel aus dem LMK von plus 30.000 Wege/Werktag zum ÖV bei weitem nicht erreicht werden wird. Allerdings wundert dies wohl niemanden, solange die zentrale LMK-Maßnahme integraler Salzburg-Takt für Bahn und Bus samt Mikro-ÖV nicht endlich angegangen wird. Auch zeigen die Straßenverkehrszählstellen auf Landesstraßen und Autobahnen im Bundesland im selben Zeitraum bis 2019 Zuwächse um rd. 15 Prozent, ehe auch auf der Straße 2020 durch die Lockdowns ein Rückgang zu verzeichnen war, obwohl bei Pendlern am Beginn der Pandemie wohl aufgrund des geringeren Ansteckungsrisikos ein Trend zum Auto feststellbar war. Nun, nach der Pandemie zeigt sich auf Salzburgs Straßen wieder eine Zunahme auf hohem Niveau. Das angestrebte LMK-Ziel einer Abnahme von 60.000 Wegen pro Werktag zwischen 2012 und 2025 im MIV bzw. Auto wird daher bei weitem verfehlt.²⁹

Die Aktuelle Situation bewerten wir – aufgrund der Tarifreform – daher neutral (= 0 Punkte).



²⁹ Eigene Berechnungen, Statistisches Handbuch Salzburg, Ausgabe 2017, 2019 und 2021, S. 126f.

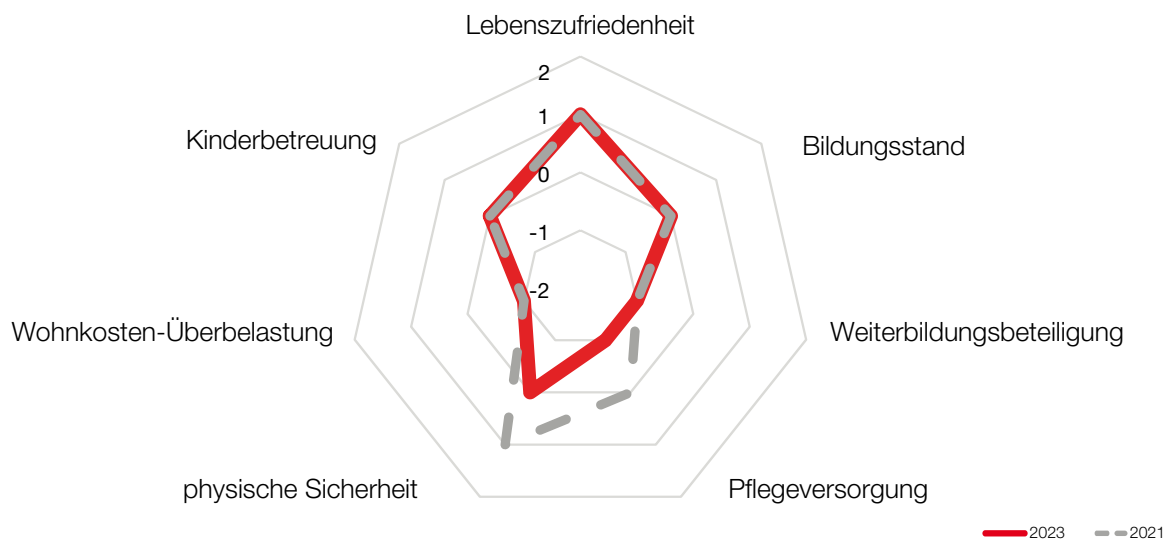
Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Salzburgs ÖV-Angebot liegt im Österreich-Vergleich im Mittelfeld. Durch die 10 LMK-Leitprojekte könnte es gelingen, den ÖV-Anteil am gesamten Personenverkehr nachhaltig zu erhöhen. Dafür braucht es einen Mix von „Push & Pull“-Instrumenten:

- Endlich einen Salzburg-Takt für Bahn und Bus nach Schweizer Modell und eine flächendeckende Ausrollung des Mikro-ÖV.
- Weiterer Infrastrukturausbau für öffentliche Verkehrsmittel: damit die längst überfällige Umsetzung des S-Bahn 15- bzw. 30-Minutentaktes auf den ÖBB-Y-Ästen im Zentralraum Wirklichkeit wird.
- Übertragung der S-Bahnkonzepte des Zentralraums auf Pongau und Pinzgau samt wohnortnahen zusätzlichen Haltestellen sowie die Neuaufstellung des „Lungau-Taktes“.
- Oberirdische Lokalbahnverlängerung in die Stadt Salzburg und weiter bis Hallein auf der Schiene und/oder den O-Bus.
- Dort, wo das ÖV-Angebot sehr gut ist, muss der (fossile) Autoverkehr im Sinne einer modernen Push & Pull-Verkehrspolitik zurückgedrängt werden, weil der Straßenraum für den Umweltverbund (ÖV, Rad und Fußgeher) benötigt wird.
- Raumplanerische Maßnahmen zur Reduzierung von Mobilitätszwängen (Siedlungsentwicklung entlang von ÖV-Achsen und in regionalen Zentren). Aktive Bodenpolitik z. B. zum Ankauf geeigneter Baulandflächen und insbesondere von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken zum Erwerb von Tauschgrundstücken für günstig gelegenes Bauland).
- Wenn mehr Menschen den öffentlichen Verkehr nutzen, stellt das für diese – aufgrund der geringeren Mobilitätskosten – einen spürbaren Wohlstandsgewinn dar. Aber auch die Volkswirtschaft insgesamt profitiert, weil ein Rückgang des motorisierten Verkehrs dessen ungedeckte externe Kosten (für Luftverschmutzung, Klimawandel, Unfälle, Krankheiten, Lärm, CO₂-Zertifikate usw.) senkt und gleichzeitig der Ausbau des ÖV-Fahrplanangebots neue Arbeitsplätze schafft. Ohne einen entschiedenen Ausbau des Fahrplanangebots (Salzburg-Takt und Mikro-ÖV) wird eine deutliche Erhöhung des ÖV-Anteils nicht zu erreichen sein.

Kapitel 5

Dimension 4: Lebensqualität



In der Dimension „Lebensqualität“ kommt die Multidimensionalität von nachhaltigem Wohlstand am breitesten zum Ausdruck. Thematisch spannen wir in dieser Dimension einen weiten Bogen, der von Bildung über Pflege bis zum Wohnen, der Kinderbetreuung über die Selbsteinschätzung der Lebenszufriedenheit bis zur physischen Sicherheit reicht. Methodisch kommen dabei subjektive Bewertungen und objektive Daten zum Einsatz. Auf subjektiver Einschätzung durch die Befragten beruht die Messung der allgemeinen Lebensqualität ebenso wie die Einschätzung der physischen Sicherheit.

Für die Lebensqualität ist es wichtig, sich in seiner Wohngegend nicht durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus unsicher zu fühlen. Im letzten Beobachtungszeitraum ist in Salzburg das subjektive Unsicherheitsgefühl rückläufig, dagegen steigen Gewalt- und Eigentumsdelikte (Bewertung: 0 Punkte).

Die subjektive Lebensqualität ist in Österreich im internationalen Vergleich hoch, in Salzburg ist sie noch einmal etwas höher. Zwar ist der Wert gegenüber den Vorjahren etwas rückläufig, auf der international üblichen Skala von 0 (niedrigster Wert) bis 10 (höchster Wert) bewerten die Salzburger:innen ihre persönliche Lebensqualität mit 8.

Beim Thema Wohnen haben wir uns entschieden, die politisch höchst brisante Frage der Leistbarkeit in den Vordergrund zu rücken. Wir ziehen zwei Indikatoren heran: einmal den Anteil der durch ihre Wohnkosten überbelasteten Personen, wenn ihre gesamten Wohnkosten mehr als 40 Prozent ihres Haushaltseinkommens ausmachen. In Salzburg liegt der gemessene Anteil bei rund 5 Prozent und liegt im Bereich der vorangegangenen Messperioden. Dies ist angesichts der

Entwicklung der Mietkosten – unserem zweiten Indikator – überraschend. Die Mietkosten in Salzburg steigen seit Jahrzehnten und liegen stets deutlich über dem österreichischen Durchschnitt. Bei der Entlastung von zu hohen Wohnkosten ist kein Fortschritt zu sehen, weshalb unsere Bewertung mit -1 negativ ausfällt.

Bildung – in modernen Gesellschaften ein zentraler Bestandteil des ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitals – widmen wir zwei Indikatoren. Einerseits den formalen Bildungsstand, andererseits die Weiterbildungsbeteiligung als Indikator für das lebensbegleitende Lernen.

In Salzburg hat zum Zeitpunkt 2021 knapp jeder 5. Jugendliche im Alter von 20 bis 24 keine berufliche oder allgemeinbildende Ausbildung auf Sekundarniveau oder darüber. Diese Zahl stagniert seit mehreren Jahren. Die Tertiärquote der 25- bis 64-Jährigen – unser zweiter Indikator – lag 2021 bei 31,3 Prozent und damit sowohl unter dem europäischen Zielwert als auch dem nationalen Vergleichswert. In Würdigung der vielen Maßnahmen in den vergangenen Jahren (z. B. Ausbildungspflicht bis 18, Ausbildungsgarantie bis 25) bewerten wir den formalen Bildungsstand mit 0 Punkten.

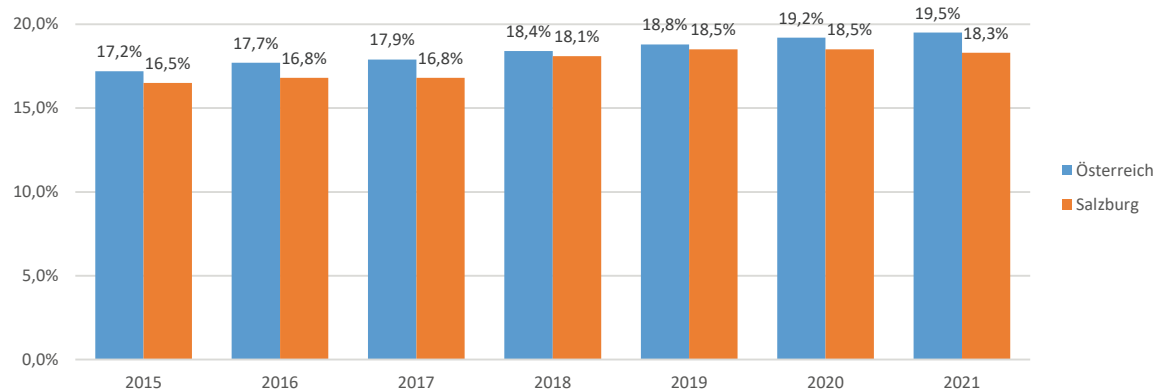
Bei der Weiterbildungsbeteiligung (Indikator lebensbegleitendes Lernen) hat es in den vergangenen Jahren zwar ebenfalls Fortschritte gegeben, die Salzburger Quote von 13 Prozent (Teilnahme an einer Bildungsveranstaltung in den vergangenen 4 Wochen) liegt aber weiter hinter dem nationalen als auch dem europäischen Durchschnitt. Die Bewertung fällt mit -1 negativ aus.

Kinderbetreuung haben wir als Indikator aufgenommen, weil sie einen großen Einfluss auf die chancengleiche Entwicklung und Förderung der Kinder hat, andererseits für eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit von Frauen entscheidende Bedeutung hat. Insgesamt gehen vier Messgrößen in die Gesamtbewertung des Indikators Kinderbetreuung ein: diese umfassen den Anteil und die Qualität der Betreuungsquoten der unter 3-jährigen und der 3-6-jährigen Kinder sowie die schulische Nachmittagsbetreuung. Auch in Salzburg hat sich im Bereich der Kinderbildung und -betreuung in den letzten Jahren viel getan, dennoch sind wir teils noch beträchtlich von den internationalen Zielwerten entfernt, weshalb die Bewertung auf der 5-teiligen Skala von -2 bis +2 auf 0 fällt.

Aufgrund der Alterung der Gesellschaft steigt auch der Bedarf an guter Pflegeversorgung. 35 Prozent der Pflege werden bei uns von Angehörigen übernommen, weit überwiegend durch weibliche nahe Angehörige. Informelle Pflege ist jedoch aus mehreren Gründen rückläufig, weswegen es flächendeckende, leistbare und professionelle Pflegeangebote, insbesondere eine gute Versorgung mit mobilen Diensten braucht. Im Bundesland Salzburg liegen diese nahezu unverändert aber nach wie vor deutlich unter dem Bedarf.

5.1 Bildungsstand

Abbildung 22: Allgemeine Pflichtschule als höchster Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 Jahren 2015 bis 2021



Anmerkung: Die Daten beinhalten auch Personen ohne Pflichtschulabschluss. Dies betrifft bspw. Im Jahr 2021 2,1 Prozent (Österreich) und 2,2 Prozent (Salzburg) der 20- bis 24-Jährigen, Quelle: Statistik Austria (Bildungsstandregister).

Beschreibung

Der Bildungsstand gibt Auskunft über das formale Bildungsniveau der Wohnbevölkerung. Bildung ist zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Studien zeigen, dass Personen mit geringem Bildungsniveau deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung betroffen sind als jene mit formal höherem Bildungsniveau. Aufgrund der schnell wandelnden Gesellschaft und Arbeitswelt und der damit verbundenen verändernden Professionsanforderungen besteht deshalb Interesse an der Steigerung mittlerer und höherer Bildungsabschlüsse. Denn Bildungsabschlüsse unterhalb des Sekundarbereichs II bereiten nicht ausreichend auf diese Veränderungen vor.

Zielwert

Ein zielkonformer Bildungsstand in unserer Gesellschaft ergibt sich, wenn alle 20- bis 24-Jährigen über einen Abschluss der Sekundarstufe II oder darüber verfügen und somit keine 20- bis 24-Jährigen ohne Pflichtschulabschluss dastehen.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Der Anteil der Jugendlichen im Alter von 20 bis 24, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, liegt mit 18,3 Prozent in Salzburg unter dem Bundesschnitt von 19,5 Prozent. Damit hat zum Zeitpunkt 2021 knapp jeder 5. Jugendliche dieser Altersgruppe keine berufliche oder allgemeinbildende Ausbildung auf Sekundarniveau oder darüber. Diese Zahl stagniert seit mehreren Jahren. In den 18,3 Prozent sind auch jene Personen im Alter von 20 bis 24 Jahren enthalten, die keine Pflichtschule abgeschlossen haben. Das waren 2021 683 junge Frauen und

Männer in Salzburg. Der Prozentuelle Anteil der 20- bis 24-Jährigen ohne Pflichtschulanteil lag somit bei 2,2 Prozent und damit leicht über dem Bundesschnitt von 2,1 Prozent. Auch in den Jahren zuvor lag der Wert in Salzburg stets über dem Bundesschnitt.

Ein weiterer Indikator ist die Tertiärquote mit einem europäischen Zielwert von 45 Prozent bei den 25- bis 34-Jährigen. Österreichweit liegt dieser Wert derzeit bei 42,4 Prozent im Vergleich zu 32,4 Prozent bei den 25- bis 64-Jährigen. Tendenziell steigt die Tertiärquote – mit Ausnahme von 2020 – stetig an. Auch in Salzburg – wo die Tertiärquote der 25- bis 64-Jährigen 2021 bei 31,3 Prozent lag. Sie lag damit – wie bereits in den Jahren zuvor – unter dem Bundesschnitt.

Auf unserer 5-teiligen Skala von -2 bis 2 bewerten wir den Indikator „Höchster Bildungsstand“ daher mit 0 Punkten.



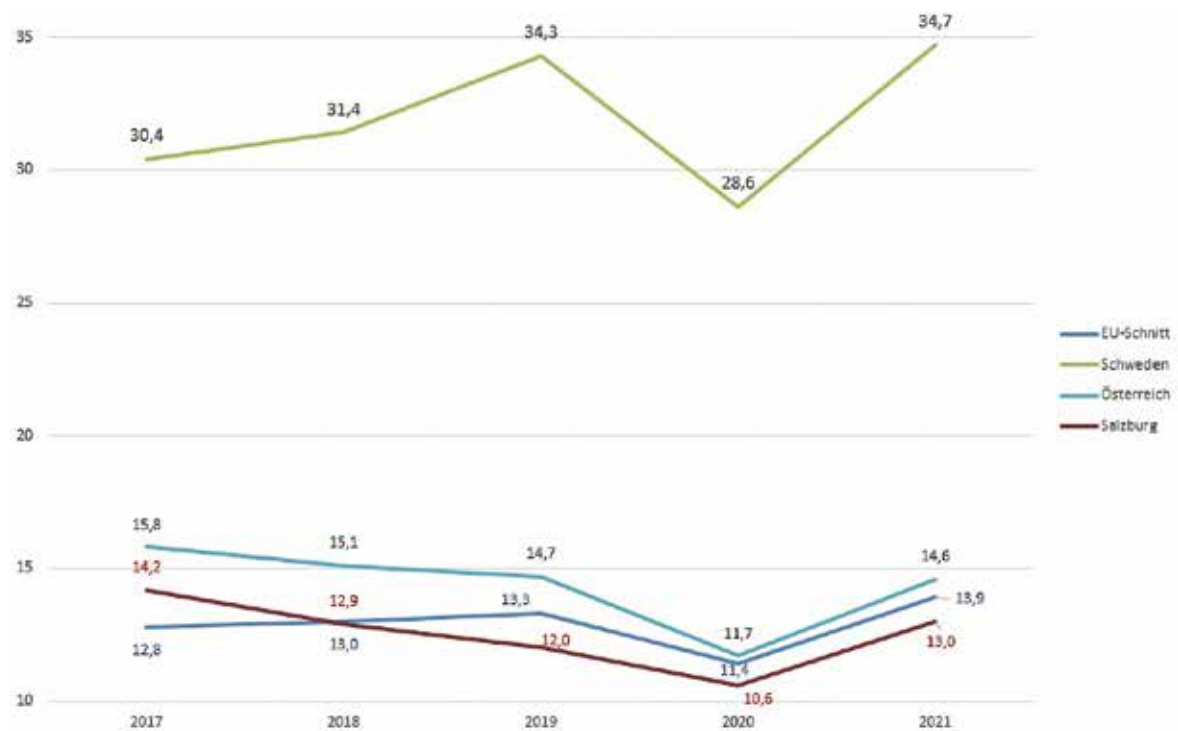
Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

In den vergangenen Jahren waren viele Maßnahmen zur Steigerung des Bildungsniveaus auf die Gruppe der 15- bis 25-Jährigen abgezielt, etwa die „Ausbildungspflicht bis 18“ oder die „Ausbildungsgarantie bis 25“. Tatsächlich haben sich Bildungsabschlüsse biografisch nach hinten verschoben, sodass viele Jugendliche und junge Erwachsene noch bis Mitte 20 im Schulsystem verbleiben. Dennoch bleibt der Wert jener, die eine formal geringe Bildung erworben und sich nicht mehr im Schulsystem befinden, deutlich zu hoch. Es zeigt sich daher, dass die Maßnahmen zu kurz greifen, weil die bestehenden Probleme im Bildungswesen bereits davor virulent sind. Von einer chancengerechten, kostenlosen, inklusiven Schule sind wir nach wie vor weit entfernt. So benötigen 3 von 10 Kinder in Salzburg Nachhilfe, das sind rund 19.000 Schüler:innen. Nicht jede Familie kann sich die damit zusätzlich entstehenden Ausgaben leisten. Das verdeutlicht, dass der Bildungserfolg weiterhin vom Bildungsniveau der Eltern, der zu Hause gesprochenen Sprache, dem sozio-ökonomischen Hintergrund und der Schulwahl abhängt.

Es benötigt ein ganzheitlich gedachtes, zukunftsorientiertes Bildungssystem, das Rücksicht auf das lebensbegleitende Lernen nimmt und sowohl Kinder im frühen Alter, als auch Erwachsene miteinbezieht. Ein wesentlicher Beitrag wäre eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen. Durch diese ließen sich faire Bildungschancen für alle Kinder schaffen. Salzburg könnte hier als Modellregion voranschreiten. Gleichzeitig braucht es einen Ausbau einer qualitätsvollen schulischen Tages- und Ferienbetreuung, idealerweise in verschränkten Schulformen mit kostenfreiem, hochwertigem Mittagessen. Zudem sind langfristige finanzielle Mittel für alle Schulen mit großen Herausforderungen nötig. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist das Forschungs- und Entwicklungsprojekt „100 Schulen – 1000 Chancen“. Dieses müsste jedoch nach dem Chancen-Index-Modell ausgerollt werden. Bis dahin braucht es temporär zusätzliche kostenlose Nachhilfe.

5.2 Weiterbildungsbeteiligung

Abbildung 23: Aus- und Weiterbildung in Prozent der Bevölkerung (25-64 Jahre) in den letzten vier Wochen im internationalen Vergleich



Quelle: Bildung in Zahlen 2017/19 bis 2021/2022, Statistik Austria

Beschreibung

Lebensbegleitendes Lernen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Bildungswege werden durch die Veränderungen in der Arbeitswelt flexibles und beständiges, lebensbegleitendes Lernen gewinnt an Bedeutung. Dieses umfasst laut Definition des Europäischen Rates „alles Lernen während des gesamten Lebens, das der Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen dient und im Rahmen einer persönlichen, bürgergesellschaftlichen, sozialen bzw. beschäftigungsbezogenen Perspektive erfolgt.“ Als Indikator für lebensbegleitendes Lernen gilt der Besuch von Bildungsveranstaltungen in den vier Wochen vor der Befragung durch Personen zwischen 25 und 64 Jahren.

Zielwert

Als Zielwert für den Indikator für Weiterbildungsbeteiligung oder lebensbegleitendes Lernen legen wir weiterhin das bisher (nach wie vor nicht erreichte) EU-Ziel 2020 von 15 Prozent fest.³⁰

³⁰ Mit der Zieldefinition der Europäischen Union für 2030 wird der Indikator insofern abgeändert, als dass die Teilnahme an Bildungsangeboten der Erwachsenen im Alter von 25 bis 64 Jahren in den letzten 12 Monaten betrachtet wird. Für diesen Indikator liegen in Österreich allerdings noch keine Daten vor, sodass weiterhin die Zieldefinition 2020 betrachtet wird.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die Weiterbildungsbeteiligung liegt in Salzburg bei 13,0 Prozent. Im Bundesländervergleich hat Salzburg damit zwar im Vergleich zu 2019 einige Plätze gutgemacht, jedoch bleibt Salzburg damit sowohl hinter dem österreichischen Schnitt von 14,6 Prozent, also auch hinter dem EU-Schnitt von 13,9 Prozent zurück. Damit ist die Weiterbildungsbeteiligung in Salzburg weit entfernt von den europäischen Spitzenreitern wie Schweden oder Dänemark, die beide eine Weiterbildungsbeteiligung von über 30 Prozent aufweisen.

Auf unserer 5-teiligen Skala von -2 bis +2 bewerten wir daher den Indikator Weiterbildungsbeteiligung daher mit -1 Punkten.



Um die Weiterbildungsbeteiligung in Salzburg anzuheben, muss auf mehrere Faktoren geachtet werden. Von besonderer Relevanz sind hierbei vor allem die Möglichkeit, formale Bildungsabschlüsse nachzuholen, ein ausreichendes Angebot an zeitlich, inhaltlich und räumlich passenden Weiterbildungsangeboten, die Anerkennung der informell und non-formal erworbenen Kompetenzen sowie die Finanzierung der Anerkennungsverfahren und der Aus- und Weiterbildungen – sowohl in Bezug auf die direkten Kosten als auch auf die Lebenshaltungskosten.

Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

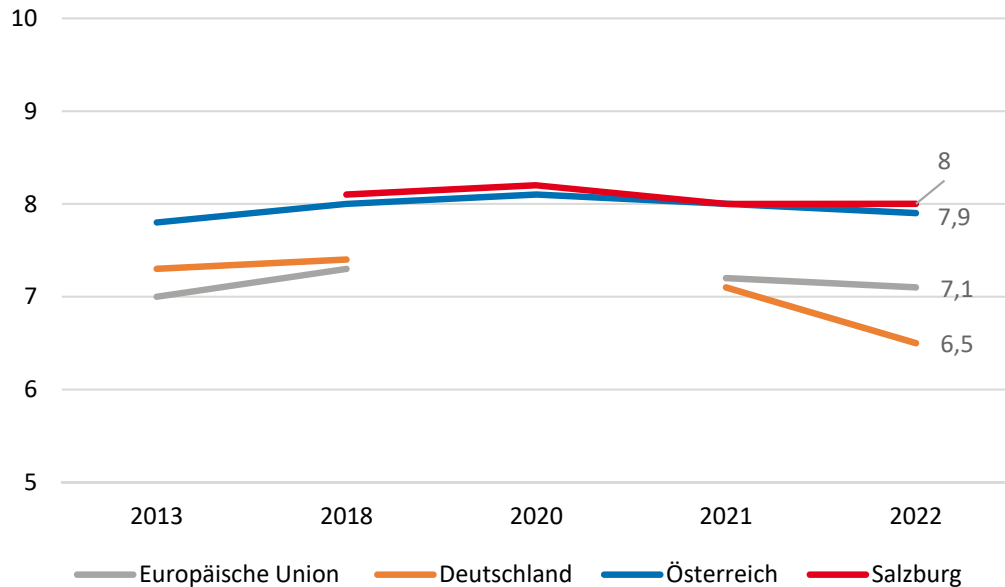
In der heutigen Gesellschaft muss Bildung als Aufgabe gesehen werden, die den gesamten Lebenszyklus der Menschen umfasst. Dabei ist die bisherige Strategie zum lebensbegleitenden Lernen, die auf Freiwilligkeit und Privatinitiative beruht, nicht ausreichend. Neben adäquaten Weiterbildungsangeboten und einem öffentlichen Erwachsenenbildungswesen braucht es ein Recht auf berufliche Um- und Weiterqualifizierung für Arbeitssuchende und Beschäftigte nach dem AK-Modell eines Qualifizierungsgeldes. Da es oftmals an den finanziellen Mitteln für die Aus- und Weiterbildung scheitert, muss darauf geachtet werden, dass Bildungszeit samt existenzsicherndem Einkommen zur Verfügung gestellt wird.

Die Anerkennung von Kompetenzen betreffend soll ein weiterer Ausbau des Erfolgsmodells „Du kannst was“ forciert werden und Validierung in anderen Bildungsbereichen verankert und umgesetzt werden. Ein weiterer Blick muss zudem auf die betriebliche Weiterbildung gelegt werden. In den letzten zehn Jahren hat sich der Anteil der Unternehmen an der Finanzierung von Weiterbildung in Österreich von 41 auf 31 Prozent reduziert.³¹ Es ist daher notwendig, auch die Betriebe in die Pflicht zu nehmen, in die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter:innen zu investieren.

31 Vgl. IHS Studie 2022 „Finanzierung von Erwachsenen- und Weiterbildung in Österreich und in ausgewählten Vergleichsländern“.

5.3 Lebenszufriedenheit

Abbildung 24: Lebenszufriedenheit in Salzburg, Österreich, Deutschland und der EU



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, eigene Darstellung

Beschreibung

Der Bevölkerung ein „gutes Leben“ zu ermöglichen, ist ein zentrales Ziel der Politik. Der Indikator Lebenszufriedenheit misst, wie eine Person ihr Leben als Gesamtes bewertet. Wir orientieren uns mit diesem Indikator an „Wie geht’s Österreich“ der Statistik Austria, die seit 2013 die Lebenszufriedenheit der Österreicher:innen befragt. Die Frage lautet: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt?“ Statistik Austria misst die Antworten auf einer Skala von 0 „überhaupt nicht zufrieden“ bis 10 „vollkommen zufrieden“. Für Salzburg wurden zur Erhöhung der Stichprobenqualität jeweils 3-Jahresdurchschnitte gebildet.

Die Beurteilung der Lebenszufriedenheit ist ein komplexer Prozess: In der psychologischen Forschung wird davon ausgegangen, dass Bewertungen der Lebenszufriedenheit auf der Grundlage persönlicher Erwartungen, Ansprüche, Wünsche und Werte einer Person stattfinden. Eine Lebenszufriedenheitsbewertung kann daher nicht einfach als Ausdruck der eigenen objektiven Realität interpretiert werden, sondern es ist zu berücksichtigen, dass beim Abgleich von Erwartungen, Wünschen usw. und der wahrgenommenen Realität soziale Vergleichsprozesse („Wie geht’s mir im Vergleich zu anderen?“) sowie vielfältige Anpassungsprozesse (etwa an als unveränderbar eingeschätzte Situationen) eine Rolle spielen. Die Forschung zeigt auch, dass Menschen nicht unter ein Zufriedenheitsgleichgewicht fallen wollen, wobei der „Normbereich“ der Lebenszufriedenheit in der empirischen Lebensqualitätsforschung regelmäßig bei 70 Prozent bis 80 Prozent des Maximalwerts angelegt wird (Cummings 1995). Werte unter 70 Prozent des Maximalwerts sind daher bereits als kritisch zu sehen.

Wenn die Bewertung der subjektiven Lebensqualität auch ein komplexer Prozess ist und sich einer einfachen kausalen Erklärung entzieht, so gibt es doch einige statistische Zusammenhänge, die die Bedeutung der Rahmenbedingungen für ein gutes Leben erhellen. Ist die Lebenszufriedenheit in einem Land insgesamt niedrig, so steht dies häufig mit objektiv messbaren Faktoren wie einer hohen sozialen Ungleichheit, niedrigem Einkommen oder einem schlechten Gesundheits- und Sozialsystem in Verbindung.

Ziel

Grundsätzlich gilt es, ein möglichst hohes und stabiles Niveau an Lebenszufriedenheit in einem Land zu erreichen, idealerweise bewerten alle SalzburgerInnen ihre Lebenszufriedenheit mit hoch. Die Entwicklung schätzen wir dann als positiv ein, wenn sich eine kontinuierliche Verbesserung der Lebenszufriedenheit oder ein gleichbleibend hohes Zufriedenheitsniveau zeigt.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Österreich liegt hinsichtlich der Lebenszufriedenheit in allen Erhebungswellen an der Spitze der europäischen Länder. Im Durchschnitt aller EU-Länder und besonders stark in Deutschland ist die Lebenszufriedenheit seit der Corona-Krise 2020 rückläufig. Das trifft auch für Österreich und Salzburg in deutlich geringerem Ausmaß zu, wo der Wert von 8,1 (Salzburg: 8,2) im Jahr 2020 um 0,2 Prozentpunkte im Jahr 2022 zurückgegangen ist.

Ursächlich für den Rückgang dürfte das Zusammenspiel mehrerer Krisen (Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, anhaltende Teuerung mit stark gestiegenen Lebenshaltungskosten) und verstärktem Unsicherheitsgefühl sein. Sowohl Belastungen durch negative Auswirkungen der Corona-Pandemie³² wie die Erwartung sinkender Haushaltseinkommen³³ waren wesentliche Unsicherheitsfaktoren. Besonders große Sorgen bereitet laut Eurobarometer-Umfragen 2023 die Teuerung, für 27 Prozent der Menschen in der EU gehört sie zu den beiden Hauptproblemen. In Österreich (und Salzburg) erreichte die Teuerung 2023 europäische Spitzenwerte. Auffällig in Österreich ist besonders auch das Auseinanderdriften der bekundeten Lebensqualität zwischen städtischen und ländlichen Regionen, wobei die Werte in Kleingemeinden um 10 Prozentpunkte besser als in größeren Städten liegen.

Bewertung: Trotz der zuletzt etwas gesunkenen Werte bewerten wir den Indikator angesichts der im nationalen wie vor allem auch im internationalen Vergleich sehr positiven Werte mit 1.



Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Eine hohe Lebenszufriedenheit ist nicht nur ein allgemeines politische Ziel, sie ist auch von kaum zu überschätzender Bedeutung für eine stabile Demokratie. Um die subjektive Lebenszufriedenheit auf hohem Niveau zu stabilisieren, ist es angesichts der wachsenden Unsicherheiten besonders wichtig, dass der österreichische Sozialstaat beibehalten und weiterentwickelt wird.

32 BMSGPK (2023): So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im ersten Quartal 2023. Ergebnisse einer Statistik Austria, S.6

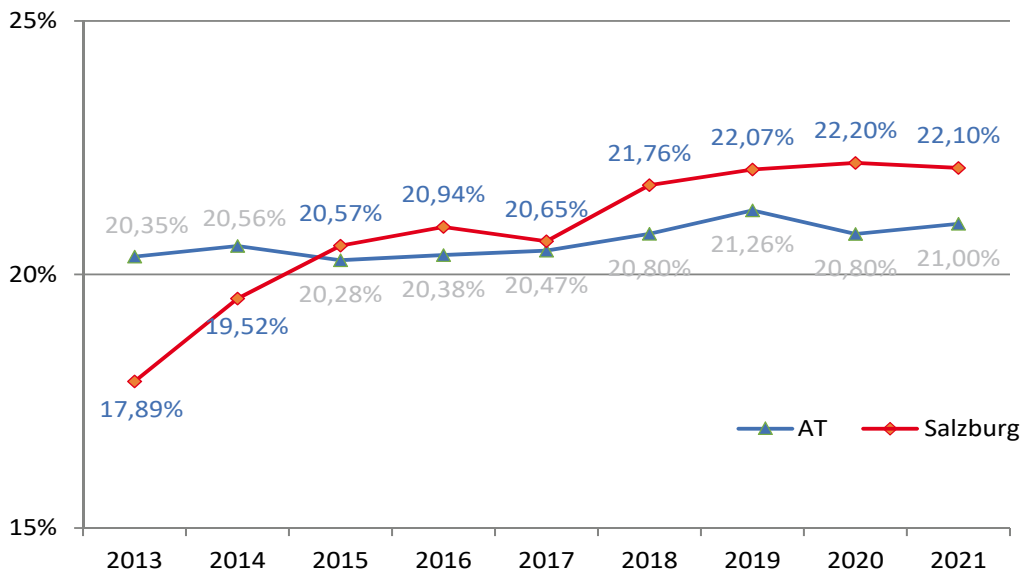
33 BMSGPK (2023): So geht's und heute: die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2023, Statistik Austria, S.16

Besonders wichtig sind dafür:

- die Reduktion der Zahl der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen über einen armutsfesten Sozialstaat,
- eine möglichst geringe Arbeitslosenquote sowie gute, kollektivvertraglich abgesicherte Arbeitsverhältnisse und faire Löhne,
- wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung, insbesondere mit Blick auf die Grundbedürfnisse für ein gutes Leben, wie Energie, Lebensmittel und Wohnen.

5.4 Pflegeversorgung

Abbildung 25: Versorgungsgrad mit mobilen Diensten



Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung und Berechnung

Beschreibung

Pflegebedürftig zu werden ist ein soziales Risiko, das gesellschaftlich an Bedeutung gewinnt. Die Menschen in unserer Gesellschaft werden älter. Seit dem Jahr 2021 leben mehr Personen im Alter von 65 Jahren und älter als unter 20-Jährige in Österreich. Der Anteil der 80-Jährigen und Älteren wird bis zum Jahr 2030 voraussichtlich auf 6,7 Prozent und bis zum Jahr 2050 auf 11,1 Prozent der Bevölkerung ansteigen.³⁴

Heute werden rund 35 Prozent der Pflege allein durch nahe Angehörige übernommen, 34 Prozent in Kombination mit sozialen Diensten, 12 Prozent erhalten ausschließlich formelle Unterstützung und 19 Prozent gar keine Unterstützung.³⁵

³⁴ Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2020

³⁵ Angehörigenpflege in Österreich, Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Juni 2018.

Die informelle Pflege ist jedoch rückläufig. Denn neben der demografischen Entwicklung haben auch gesellschaftliche Faktoren, wie die Entwicklung der Haushaltsstruktur und der Erwerbsquote, insbesondere jene von Frauen, einen Einfluss auf die Erbringung von informeller Pflege. So hat sich die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen in Österreich stark erhöht.³⁶

Flächendeckende und leistbare professionelle Pflegeangebote sind notwendig, um das Risiko der Pflegebedürftigkeit adäquat abzusichern.

Unser Indikator Inanspruchnahme mobiler Dienste basiert auf den Daten der Pflegedienstleistungsstatistik der Statistik Austria, des Pflegevorsorgeberichtes des BMSGPK und eigenen Berechnungen. Der Versorgungsgrad gibt an, wie viele Pflegegeldbezieherinnen und Pflegegeldbezieher einen mobilen Pflege- und Betreuungsdienst in Anspruch nehmen.

Informelle Pflege ist überwiegend weiblich (73 Prozent).³⁷ Sie führt in den meisten Fällen zur Reduktion oder gänzlichen Aufgabe der Erwerbsarbeit und in weiterer Folge zu finanziellen und späteren pensionsrechtlichen Einbußen. Mit flächendeckenden und leistbaren mobilen Pflegeangeboten werden Angehörige von der unbezahlten Pflegearbeit entlastet. Eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen bedingt auch eine bessere Existenzsicherung.

Zielwert

Angesichts der Alterung der Bevölkerung, des prognostizierten Anstiegs von Pflegebedürftigkeit sowie des Rückgangs bei der informellen Pflegearbeit erscheint die Zielsetzung einer 40-prozentigen Inanspruchnahme von mobilen Pflegedienstleistungen als 1. Schritt zur Abdeckung der Bedarfe realistisch.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Derzeit leben in Österreich rund 465.814 Pflegegeldbezieherinnen und Pflegegeldbezieher (ca. 5,2 Prozent der österreichischen Bevölkerung).³⁸ In Salzburg gab es 2021 26.558 Pflegegeldbezieherinnen und Pflegegeldbezieher. Mehr als 70 Prozent davon beziehen die 3 unteren Pflegegeldstufen. Laut WIFO-Prognosen wird die Zahl jener, die eine professionelle Betreuung benötigen, bis zum Jahr 2050 auf 650.000 Personen in Österreich ansteigen. Für das Bundesland Salzburg wird laut Landesstatistik ein Anstieg alleine der über 85-Jährigen von derzeit etwa 13.500 auf 40.000 Personen bis zum Jahr 2050 prognostiziert.³⁹

In Europa gehört Österreich zu den Ländern mit dem geringsten Anteil an pflegebedürftigen Personen, die professionelle Pflege und Betreuung in Anspruch nehmen. Österreich setzt nach wie vor verstärkt auf informelle Pflege und Betreuung. Der Anteil der professionellen häuslichen Pflege ist besonders niedrig, er liegt mit 1,2 Prozent weit unter dem europäischen Durchschnitt von 2,1 Prozent. Bei der stationären Pflege liegt Österreich mit 0,7 Prozent knapp unter dem Durchschnitt von 0,9 Prozent.⁴⁰

36 Statistik Austria, Erwerbstätigenquoten nach Alter und Geschlecht seit 1994.

37 Angehörigenpflege in Österreich, Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Juni 2018.

38 Statistik Austria, Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher 2014-2022, Jahresdurchschnitt.

39 Landesstatistik, Bevölkerung im Land Salzburg, Prognose und Ausblick 2020 bis 2060.

40 WIFO, Aktuelle und künftige Versorgungsfunktion der mobilen Pflege- und Betreuungsdienste in Österreich, 2018.

Im Bundesland Salzburg ist die Inanspruchnahme mobiler Dienste in den letzten Jahren annähernd gleich geblieben. Im Jahr 2021 fand sogar ein leichter Rückgang um 0,1 Prozent statt. Der Wert liegt deutlich unterhalb des Bedarfs und unseres Zielwerts. Der Blick auf den Versorgungsgrad in anderen Bundesländern zeigt auch deutlichen Spielraum nach oben innerhalb des gegebenen rechtlichen Rahmens: Im Vergleich der österreichischen Bundesländer lag Salzburg im Jahr 2021 mit 22,1 Prozent an 4. Stelle, knapp über den Österreichdurchschnitt von 21 Prozent.⁴¹ Auffallend hoch ist die Inanspruchnahme mobiler Dienste in Vorarlberg mit 45,3 Prozent und Tirol mit 37 Prozent im Jahr 2021.

Bei der Inanspruchnahme stationärer Dienste sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern nicht ganz so hoch. Hier lag Salzburg im Jahr 2021 mit 21,6 Prozent über dem Österreichschnitt von 20,7 Prozent. Besonders niedrig lagen Niederösterreich mit 14,6 Prozent und Vorarlberg mit 15,8 Prozent.

Auf unserer 5-teiligen Skala von -2 bis +2 bewerten wir den Indikator angesichts der Tatsache, dass seit den letzten Jahren keine Verbesserung der Situation erkennbar ist und der nach wie vor deutlichen Abweichung vom Zielwert – mit -1.



Indikatoren spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Die Pflegeversorgung muss als zentrale öffentliche Aufgabe wahrgenommen werden. Steigt der Bedarf in der Gesellschaft, muss auch das Angebot erweitert werden. Flächendeckende, qualitätsvolle und leistbare mobile Pflegedienstleistungen sind einerseits entscheidende Voraussetzungen für die bestmögliche Pflege und Betreuung von Pflegebedürftigen, aber auch eine wesentliche Rahmenbedingung dafür, dass ein Pflegefall in der Familie nicht automatisch den Austritt oder die Reduktion von Erwerbsarbeit für zumeist weibliche Familienangehörige bedeutet.

Künftig braucht es eine gesamthafte Neustrukturierung unseres Pflege- und Betreuungssystems. Aktuelle Forschungsergebnisse des WIFO zeigen, dass mobile und stationäre Pflege- und Betreuungsdienste dabei weniger als Substitute, sondern vielmehr als komplementäre, einander ergänzende Angebote gesehen werden müssen. Neben einem Ausbau mobiler Pflegedienstleistungen braucht es auch einen Ausbau von alternativen Pflegeangeboten wie teilstationären Diensten, alternativen Wohnformen, größeren Kapazitäten an Betten zur Kurzzeit- und Übergangspflege, aber auch Plätzen in stationären Einrichtungen.

Berechnungen der AK Salzburg zeigen, dass eine Erhöhung der Inanspruchnahme mobiler Dienstleistungen unter der Annahme eines gleichbleibenden Betreuungsstundenausmaßes keineswegs unfinanzierbar ist, sondern es zu beträchtlichen Rückflüssen kommt.⁴² Der Beschäftigungsanstieg unter dieser Annahme beträgt bis 2025 1.400 Arbeitsplätze, davon direkt 800 in der mobilen Pflege.⁴³

41 Statistische Nachrichten 2/2023, Betreuungs- und Pflegedienste der Bundesländer im Jahr 2021, Kurt Pratscher. Statistik Austria, Bundespflegegeldbezieherinnen und -bezieher nach Bundesländer 2014-2022, Jahresdurchschnitt.

42 AK Salzburg (2017): Prekäre Arbeit im Bundesland Salzburg.

43 Den Berechnungen wurde als Ausgangswert ein Versorgungsgrad von 22 Prozent zugrunde gelegt. Datenquellen: Statistik Austria, Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher Ende 2016, Land Salzburg (2017), Sozialbericht 2016, Jahresdurchschnittswert der betreuten Personen

Der restliche Beschäftigungszuwachs verteilt sich einerseits auf eine positive Wirkung in der Arbeitslosigkeit, zusätzliche Beschäftigung durch den zusätzlichen privaten Konsum und die potenziell für Erwerbsarbeit freiwerdenden Ressourcen der Pflegenden. Die zusätzlichen Kosten von rd. 28 Mio. Euro fließen fast zur Gänze über geringere Arbeitslosigkeit, Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge an den Staat zurück.

5.5 Wohnkostenüberbelastung

Abbildung 26: Mietkosten brutto in Euro je m²

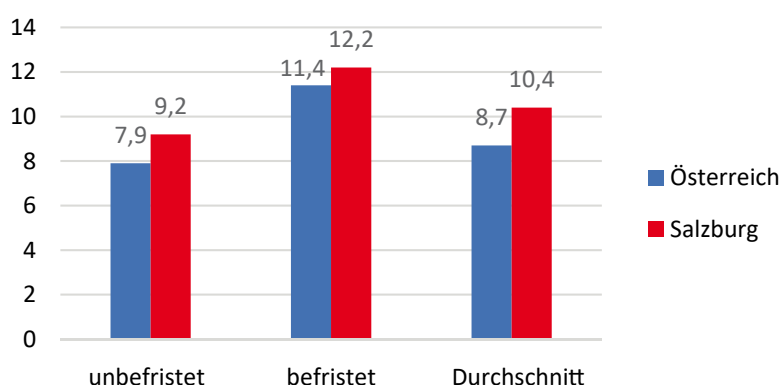
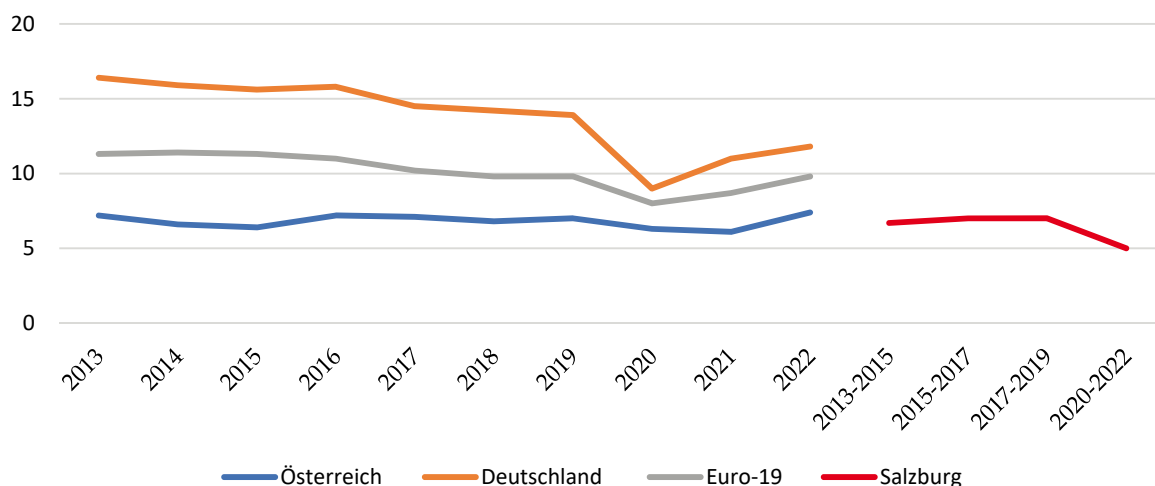


Abbildung 27: Anteil der durch Wohnkosten überbelasteten Personen



Beschreibung

Wohnen ist ein wichtiger Faktor für das Wohlergehen. Der Indikator zur Überbelastung durch Wohnkosten gibt an, welcher Anteil der Bevölkerung mehr als 40 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für die gesamten Wohnkosten (inkl. Strom und Heizung) aufwenden muss. Als Quelle dient eine repräsentative Haushaltsbefragung für Österreich (EU-SILC). Seit 2018 verwendet die Statistik Austria in „Wie geht’s Österreich?“ ebenfalls diese Daten als Schlüsselindikator.

40 Prozent des verfügbaren Einkommens sind dabei ein sehr hoher Anteil. Sinnvoller wäre es, Belastung von mehr als 25 Prozent bzw. einem Drittel als übermäßig zu beurteilen.⁴⁴ Für Salzburg werden zusätzlich die Entwicklung der Wohnpreise einbezogen.

Zielwert

Der Bevölkerungsanteil, welcher durch seine Wohnkosten überbelastet ist, sollte stetig sinken.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Zuletzt waren sieben Prozent der Bevölkerung von einer Überbelastung durch Wohnkosten betroffen. In Salzburg lag der Wert im Dreijahresschnitt 2020 – 2022 bei fünf Prozent. Aufgrund der geringen Stichprobenzahl für das Bundesland Salzburg und der großen Schwankungsbreite ist der Wert allerdings nur bedingt aussagekräftig. Er liegt im Bereich der letzten Jahre.

Dieser relativ stabile Anteil ist insofern überraschend, da die Preise für Wohnimmobilien und die Mieten bei Neuverträgen im privaten Segment seit Jahrzehnten überproportional steigen. Ein Grund dafür könnte sein, dass bei kreditfinanzierten Eigenheimen und Eigentumswohnungen nicht alle laufenden Zahlungen als Wohnkosten im Indikator berücksichtigt sind. Da Tilgungszahlen die Vermögensposition des Haushalts verändern, werden sie nicht als Wohnkosten erfasst. Dennoch müssen aber dennoch aus dem verfügbaren Einkommen bestritten werden.

Die subjektiv wahrgenommene Wohnkostenbelastung in Österreich ist gestiegen. Dreizehn Prozent der Österreicher:innen empfinden die Wohnkosten als starke Belastung, 52 Prozent als eine gewisse Belastung.

Im Vergleich mit dem Euroraum und insbesondere mit Deutschland zeigt sich, dass die österreichische Wohnpolitik mit gutem Grund als internationales Best-Practice Beispiel bezeichnet wird. Im Euroraum waren zuletzt acht Prozent durch ihre Wohnkosten überbelastet, in Deutschland waren es sogar über zehn Prozent. Österreich hat sich anders als Deutschland nicht von der Wohnungsgemeinnützigkeit verabschiedet und setzt in der Wohnbauförderung nach wie vor überwiegend auf objektorientierte, investitions- generierende Finanzierungsinstitute anstelle von subjektorientierten Beihilfen. Die österreichische Bevölkerung ist überwiegend adäquat mit bezahlbarem und qualitätsvollem Wohnraum versorgt, dies gilt nur mit Einschränkungen auch für Salzburg. Dennoch ist vor allem im städtischen Raum eine Verschärfung der Problematik zu beobachten.

Salzburg hat im österreichweiten Vergleich sehr hohe Wohnkosten. Die im Mikrozensus 2022 erhobene Miete inkl. Betriebskosten pro Quadratmeter liegt in Salzburg bei 10,4 Euro, im österreichischen Durchschnitt bei 8,7 Euro. Augenscheinlich ist in Salzburg mit 12,2 Euro die überdurchschnittliche Belastung bei befristeten Mietverträgen, die den Bereich der privaten Wohnungsvermietung prägen. Die AK-Wohnpreiserhebung für Salzburg hat eine Mietpreissteigerung von 83,5 Prozent seit 2000 gezeigt, die Preise für Eigentum sind um 143,5 Prozent gestiegen. Diese Steigerungen liegen damit deutlich über der Inflationsrate.

⁴⁴ BMASK (Hg., 2011): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Sozialpolitische Studienreihe Band 8, <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=210>

Insgesamt sehen wir keinen Fortschritt beim Ziel der sinkenden Wohnkostenüberbelastung, bei den Wohnpreisen in Salzburg ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Wir bewerten daher auf unserer Skala von -2 bis +2 mit -1. Sorgen bereitet der geringe Anteil an neu gebauten geförderten Wohnungen in Salzburg in den letzten Jahren. Die aktuell sehr hohen Baukosten sowie das geringe Flächenangebot dämpfen die ohnehin geringen Erwartungen hinsichtlich neuer leistbarer Wohnungen.



Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

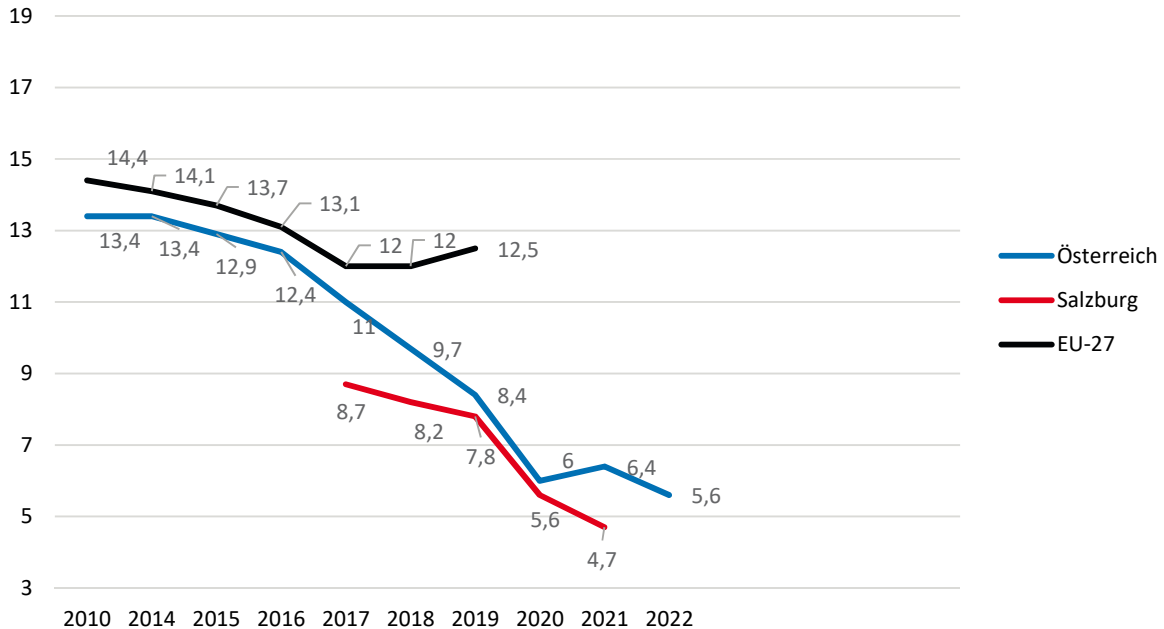
Für die Politik gibt es viele Möglichkeiten auf die angespannte Lage am Wohnungsmarkt zu reagieren, etwa indem man mehr sozialen Wohnbau ermöglicht und eine Mietrechtsreform in die Wege leitet. Wie eine neue Studie des WIFO zeigt, haben gemeinnützige Wohnbauten eine preisdämpfende Wirkung auf den gesamten Wohnungsmarkt.⁴⁵ Zentrale Voraussetzung für mehr sozialen Wohnbau sind bezahlbare Grundstücke und Langfristfinanzierungen mit stabil niedrigen Zinsen. Öffentliche Liegenschaften, die nicht mehr benötigt werden, sollten verstärkt für geförderte Wohnbauprojekte zur Verfügung gestellt werden. Ferner sollte es den Ländern durch eine Kompetenzänderung in der Verfassung ermöglicht werden, im Zusammenhang mit Wohnbauförderungsaktivitäten eine durchsetzungsfähige Bodenpolitik zu betreiben. In Salzburg sollte die Widmungskategorie „förderbarer Wohnbau“ in „geförderten Wohnbau“ geändert werden und mindestens 50 Prozent des neu gewidmeten Wohnbaulandes sollte in der Kategorie „geförderter Wohnbau“ ausgewiesen werden.

Eine Mietrechtsreform müsste insbesondere eine Vereinheitlichung des Anwendungsbereiches des Mietrechtsgesetzes enthalten, um die mangelnde Verständlichkeit und Nutzer:innenfreundlichkeit zu erhöhen. Für Wohnen in Häusern, welche vor 30 Jahren errichtet wurden, sollten taugliche Mietzinsbegrenzungen eingeführt werden. Die aktuelle Teuerungskrise hat gezeigt, wie wichtig auch eine Begrenzung der laufenden Mietzinserhöhung ist. Um eine Miet-Preis-Spirale zu verhindern, sollte diese grundsätzlich auf zwei Prozent pro Jahr begrenzt werden. Unbefristete Mietverträge sollten wieder der Regelfall werden und befristete Mietverträge nur noch in Ausnahmefällen möglich sein. Ebenso sollten die Anspruchsvoraussetzungen für den Zugang zum sozialen Wohnbau harmonisiert und gelockert werden, um nicht jene Wohnungssuchende auszuschließen, die ohnehin bereits von prekären Wohnsituationen bedroht und betroffen sind.

⁴⁵ WIFO (Hg., 2023): Die preisdämpfende Wirkung des gemeinnützigen Wohnbaus. <https://non-profit-housing.wifo.ac.at/>

5.6 Physische Unsicherheit

Abbildung 28: Unsicherheit in der Wohnumgebung



Quelle: Statistik Austria

Beschreibung

Für eine Gesellschaft ist es wichtig, dass sich die Menschen sicher fühlen. Ihre physische Integrität gilt es stets zu wahren. Das Ziel, dass sich Menschen in ihrer Wohnumgebung sicher fühlen und keine Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus wahrnehmen, ist nur subjektiv erfassbar. Der Indikator „Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Umgebung“ beruht auf EU-SILC Daten und bringt zum Ausdruck, wie hoch der Anteil in der Bevölkerung ist, der sich durch die genannten äußeren Einflüsse unsicher in der Wohnumgebung fühlt. Die Frage lautet: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?“.

Der Indikator spiegelt eine persönliche Wahrnehmung über die Sicherheit bzw. Unsicherheit in der Wohnumgebung wider, die nicht zwingend auf (positiven/negativen) Erfahrungen der Person selbst beruht. Dieses Empfinden ist vielmehr dahingehend zu interpretieren, ob ein entsprechendes Sicherheits-/Unsicherheitsempfinden für sämtliche Haushalts-/Familienmitglieder gegeben ist. Auch kann der Indikator – muss aber nicht – mit den Trends in der offiziellen Kriminalstatistik korrespondieren.

Zielwert

Wir definieren als Ziel, dass dieser Indikator stetig sinken soll. Im nationalen Indikatorenbericht verweist die Statistik Austria ebenfalls auf den hier verwendeten Indikator, der in der Tendenz sinkt und besser als im EU-Durchschnitt ausfällt (Statistik Austria 2020a: 89).

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Seit 2014 zeigt sich für Österreich ein klarer Trend zu einem verbesserten Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung. Hatten 2014 noch über 13 Prozent der Bevölkerung ein negatives Sicherheitsgefühl in ihrer Wohnumgebung, waren es 2020 nur 6 Prozent. Im EU-Raum verlief die Entwicklung bis 2017 ähnlich, hat sich aber seither auf rd. 12 Prozent eingependelt.

Auch in Salzburg bekundet die Bevölkerung stetig geringere Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohnumgebung. Der Anteil, der über die genannten Probleme berichtet, ist von 8,7 im Dreijahreszeitraum 2016-2018 auf 4,7 im Dreijahreszeitraum 2020-2022 gesunken.

Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik scheint mit dem subjektiven Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung nur teilweise zu korrespondieren. Die polizeiliche Kriminalstatistik⁴⁶ weist für 2022 einen Anstieg der Zahl der Anzeigen im Vergleich zum Jahr 2021 um 22,7 Prozent auf insgesamt 31.664 Delikte auf. Sie blieb jedoch um 4,1 Prozentpunkte unter dem Wert des Jahres 2019, wo 33.007 Anzeigen erstattet wurden.

2022 wurden 6.055 Gewaltdelikte bei der Polizei zur Anzeige gebracht, ein Plus von 23,4 Prozent im Vergleich zu 2021. Dabei entfielen 1.209 Straftaten auf den Bereich Gewalt in der Privatsphäre. Bei 54,6 Prozent der begangenen Gewaltdelikte ging eine Beziehung zwischen Täter und Opfer voraus (3.602 Täter-Opfer-Beziehungen). Zwölf vollendete Morddelikte wurden verzeichnet. 147 Raubdelikte wurden 2021 zur Anzeige gebracht. 8.806 Eigentumsdelikte wurden 2022 zur Anzeige gebracht, eine Steigerung von 37,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Im Bereich der Wirtschaftskriminalität wurden 5.284 Straftaten zur Anzeige gebracht, eine Zunahme von 23,3 Prozent. Die Internetkriminalität ist weiter ansteigend. 2022 wurden 3.651 Straftaten zur Anzeige gebracht, ein Zuwachs von 35,6 Prozent.

Angesichts des Trends zu einem sinkenden Unsicherheitsgefühl bei aber steigenden Gewalt- und Eigentumsdelikten bewerten wir den Indikator mit 0.



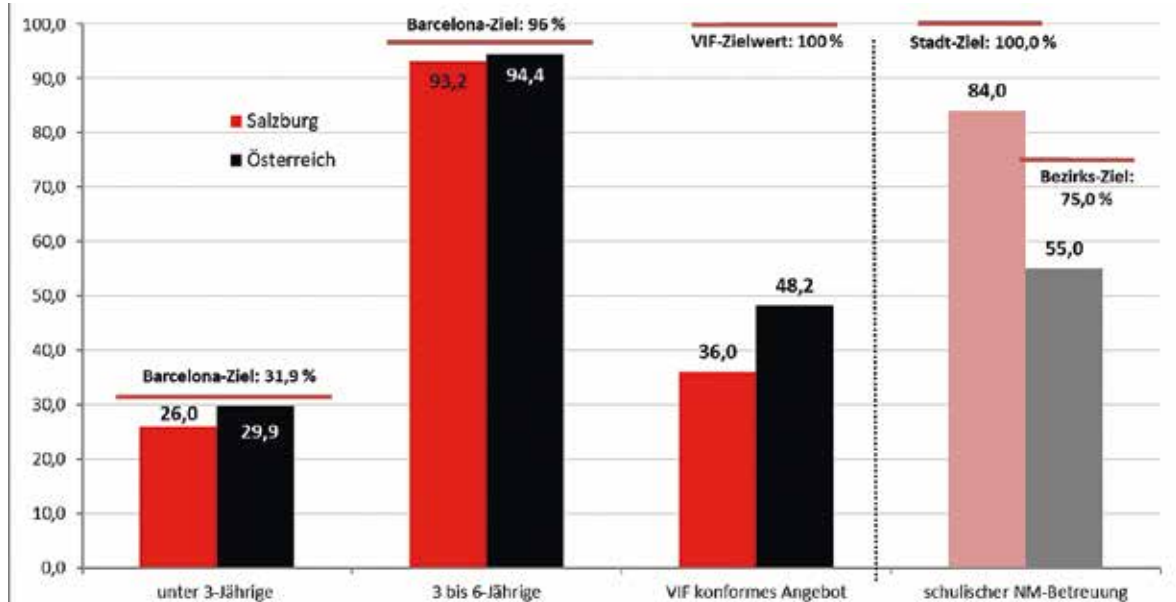
Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Neben einer ausreichenden personellen und technischen Ausstattung der Strafverfolgungseinrichtungen ist die Weiterentwicklung der Einrichtungen der kommunalen wie überörtlichen Daseinsvorsorge für das Sicherheitsempfinden wichtig. Im Bereich der Gewaltprävention sind umfassende Maßnahmen gegen häusliche Gewalt und Femizide dringend notwendig. Dazu ist eine Aufstockung der finanziellen und personellen Mittel erforderlich, um entsprechend der Istanbul-Konvention ausreichend Präventionsangebote, Beratungs- und Interventionszentren sowie Plätze in Opferschutzeinrichtungen sicherzustellen.

⁴⁶ Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist eine Anzeigenstatistik. Das bedeutet, dass nur die der Polizei angezeigten und an das Gericht übermittelten Straftaten erfasst werden. Das Dunkelfeld der Kriminalität wird ebenso nicht erfasst wie der Ausgang der Gerichtsverfahren.

5.7 Kinderbetreuung

Abbildung 29: Betreuungsquoten BL Salzburg im Vergleich



Quelle: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik 2022/2023, Landesstatistik zur Kinderbetreuung im BL Salzburg (2022/2023), Bildungscontrolling Land Salzburg SJ 2022/2023

Beschreibung

Flächendeckende, qualitätsvolle und für die Eltern leistbare Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen sind entscheidende Voraussetzungen für die bestmögliche Entwicklung und Förderung aller Kinder sowie eine wesentliche Rahmenbedingung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit auch für die Teilhabe am Erwerbsleben, was wiederum ausschlaggebend für ein existenzsicherndes Leben ist. Die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebotes hat somit auch und vor allem für Frauen einen entscheidenden Einfluss auf das Ausmaß der Arbeitsmarktintegration und die Möglichkeit einer eigenständigen finanziellen Existenzsicherung.

Der Indikator Kinderbetreuung basiert auf den Daten der Landesstatistik zur Kinderbetreuung im Bundesland Salzburg (Betreuungsjahr 2022/23) und der Kindertagesheimstatistik (2022/2023) der Statistik Austria. Die Kinderbetreuungsquote gibt Auskunft darüber, wie viele Kinder einer Altersgruppe im Bundesland Salzburg das Angebot einer institutionellen Betreuungseinrichtung in Anspruch nehmen.

Zielwert

Der Zielwert für den Indikator Kinderbetreuung besteht aus 4 Messgrößen, die in die Gesamtbewertung einfließen:

- Die Zielwerte für die Betreuung der unter 3-Jährigen sowie der 3- bis 6-Jährigen betragen 31,9 Prozent bzw. 96 Prozent. Beide Werte beziehen sich auf die 2022 vom Europäischen Rat neu festgelegten Barcelona-Ziele.⁴⁷
- Bei der Betreuung der unter 6-Jährigen wird zudem das Angebot an VIF-konformen Betreuungsangeboten berücksichtigt. Der Zielwert liegt hier bei 100 Prozent – d. h. alle Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen entsprechen den VIF-Kriterien.⁴⁸
- Der 3. Zielwert bezieht sich auf die schulische Nachmittagsbetreuung von schulpflichtigen Kindern. Zielwert ist laut Eigendefinition der Ausbau der (kostenfreien) Ganztagschulen in der Stadt Salzburg auf 100 Prozent sowie in den Bezirken auf 75 Prozent bis zum Jahr 2025. Diese Ziele wurden von der Arbeiterkammer Salzburg definiert und beziehen sich auf den Ausbau der (kostenfreien) Ganztagschulen in der Stadt Salzburg auf 100 Prozent sowie in den Bezirken des Landes Salzburg auf 75 Prozent bis zum Jahr 2025.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

In den letzten Jahren hat sich im Bereich der Kinderbildung und -betreuung auch im Bundesland Salzburg viel getan, die Erreichung des Barcelona-Ziels aus dem Jahre 2010 liegt in Salzburg bei den unter 3-Jährigen allerdings noch in weiter Ferne, denn die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen liegt im Jahr 2022/23 bei 26 Prozent. Im Längsschnittvergleich zeigt sich zwar eine stetige, aber sehr langsame Zunahme (2007: 11,3 Prozent). Salzburg liegt damit aber deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 29,9 Prozent und noch weiter unter dem Barcelona-Zielwert von 33 Prozent.

Bei der Betreuungsquote der 3- bis 6-Jährigen zeigt sich ein besseres Bild. Im Betreuungsjahr 2022/23 lag die Betreuungsquote dieser Altersgruppe in Salzburg bei 93,2 Prozent, im Österreichschnitt bei 94,4 Prozent. Beide Werte liegen hinsichtlich der neuen Zielvorgaben unter den vorgegebenen Zielwerten von 96 Prozent.

Die bloße Existenz von Kinderbetreuungseinrichtungen sagt noch nichts darüber aus, ob ein solches Angebot die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch tatsächlich ermöglicht. Dazu müssen auch Qualität und Öffnungszeiten stimmen, die mit den 5 sogenannten VIF-Kriterien erfasst werden. In Salzburg entsprechen 36 Prozent (2022/23) der Einrichtungen den VIF-Kriterien, was insgesamt einen Rückgang um 3,8 Prozentpunkte im Vergleich zum letzten Wohlstandsbericht bedeutet. Salzburg liegt damit immer noch unter dem Österreichschnitt von 48,2 und ist mit dem nunmehrigen Rückgang auch noch weit vom Zielwert (100 Prozent) entfernt.

Schulische Tagesbetreuung – die 4. Maßzahl unseres Indikators – wurde im Schuljahr 2022/23 im Bundesland Salzburg von 184 der 306 Pflichtschulen (inkl. AHS-Unterstufe) angeboten. Das entspricht einer Quote von 60 Prozent. Dabei entfallen 84 Prozent auf die Schulen in der Stadt Salzburg und 55 Prozent auf Schulen in den Bezirken. Der Großteil davon bietet Tagesbetreuung in Form von Nachmittagsbetreuung an, die verschränkte Schulform spielt nach wie vor eine untergeordnete Rolle.

⁴⁷ Ende 2022 hat der Europäische Rat die Barcelona-Ziele erhöht, da die bisher festgelegten Ziele im Durchschnitt der EU erreicht wurden. Die neuen Ziele legen fest, dass bis 2030 für 45 Prozent der unter 3-jährigen Kinder ein Platz in der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung vorhanden sein muss. Für Österreich, welches das bisherige Ziel von 33 Prozent noch nicht erreicht hat, wurde ein geringerer Zielwert von 31,9 Prozent festgelegt. Bei Kindern zwischen 3 und 6 Jahren wurde die Betreuungsquote von 90 auf 96 Prozent angehoben.

⁴⁸ 1) Kinderbetreuung durch qualifiziertes Personal; 2) mindestens 45 Stunden wöchentliche Öffnungszeit, werktags Montag bis Freitag; 3) an 4 Tagen pro Woche mindestens 9,5 Stunden geöffnet; 4) Angebot Mittagessen; 5) maximal 5 Wochen im Jahr geschlossen.

Während die Betreuungsquote der 3- bis 6-Jährigen in Salzburg – vor dem Hintergrund der neuen Zielwerte – beinahe erfüllt ist, liegt die Quote bei den unter 3-Jährigen nach wie vor weit unter dem (für Österreich verminderten) Zielwert.

36 Prozent der Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen in Salzburg entsprechen den VIF-Kriterien und ermöglichen damit eine Vollzeitbeschäftigung für beide Eltern – was einen Rückgang zur letzten Erhebung bedeutet. Erst gut die Hälfte aller Pflichtschulen bietet Tagesbetreuung an. Da es noch viel Entwicklungsbedarf gibt, aber die bereits erzielten Fortschritte der vergangenen Jahre berücksichtigt werden, bewerten wir die Bildung und Betreuung von Kindern im Bundesland Salzburg mit 0 Punkten.

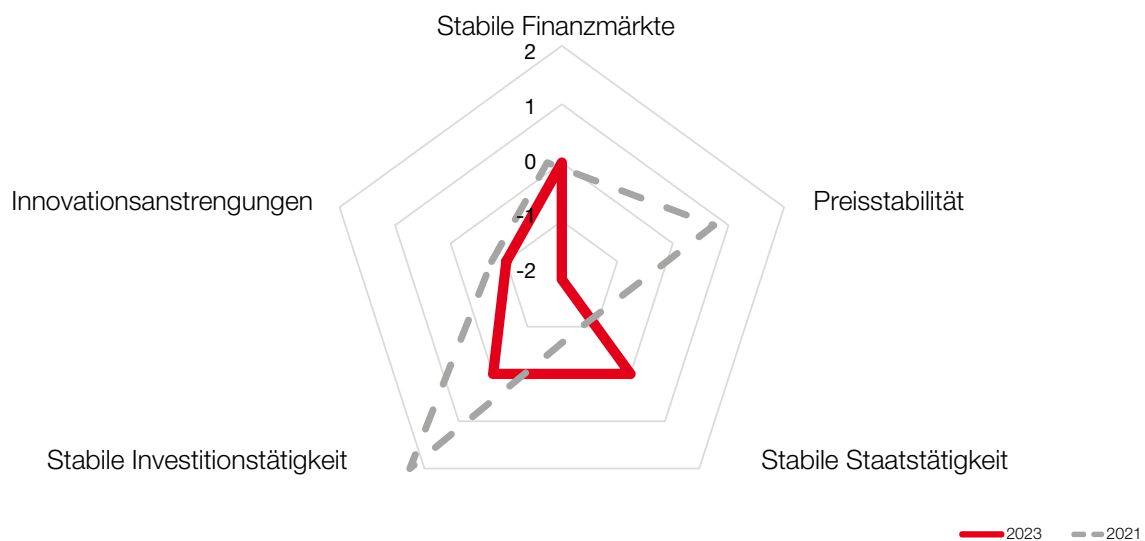


Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Um die angestrebten Betreuungsquoten zu erreichen, braucht es flächendeckende, qualitätsvolle und für die Eltern leistbare (elementare) Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen. Hierfür ist eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung von Bund, Länder und Gemeinden nötig. Die Mittel dafür müssen zumindest auf den EU-Schnitt von 0,98 Prozent des BIP angehoben werden. Österreichweit bedeutet das ein Plus von 1 Mrd. Euro jährlich. Zudem braucht es eine Bundeskompetenz beim Bildungsressort und österreichweite, hohe Mindeststandards bei der Qualität (u. a. Gruppengrößen, Betreuungsschlüssel, Ausbildungsstandards), bessere Arbeitsbedingungen und Rahmenbedingungen (Einkommen, bezahlte Zeit für Vor- und Nachbereitungen etc.) für die Pädagoginnen und Pädagogen sowie einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungs- bzw. betreuungsplatz. Diese Aspekte sind entscheidende Voraussetzungen für die bestmögliche Entwicklung und Förderung aller Kinder sowie eine wesentliche Rahmenbedingung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und für eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit der Frauen.

Kapitel 6

Dimension 5: Ökonomische Nachhaltigkeit



Wirtschaftliche Stabilität stellt eigentlich nur eine Vorbedingung für Wohlstand und Lebensqualität dar. Manche Instrumente der Wirtschaftspolitik, wie die Geldpolitik, wirken zudem indirekt und sind damit selten unmittelbar erfahrbar. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2009 und nicht zuletzt die wirtschaftlichen Verwerfungen rund um die Covid-19-Krise haben jedoch bedrohlich gezeigt, dass ökonomische Stabilität eine zentrale Voraussetzung für einen geordneten Wirtschaftsablauf, materielle Sicherheit und für ein stabiles Funktionieren demokratischer Politik sind.

In der Dimension Ökonomische Nachhaltigkeit stützen wir uns auf 5 Indikatoren, die stabile Preise, eine stabile und nachhaltige Staatstätigkeit, hohe und stabile Investitionen, stabile Finanzmärkte und hohe Innovationsanstrengungen umfassen. Gegenüber dem Salzburger Wohlstandsbericht 2021 zeigen sich in zwei Bereichen deutliche Verschlechterungen: bei der Stabilität der Preise sowie bei der schwachen Investitionsnachfrage. Die Beurteilung der Stabilität der Finanzmärkte sowie der Innovationen bleibt unverändert, bei der stabilen Staatstätigkeit sehen wir einen Fortschritt.

Noch vor Kurzem kaum vorstellbare Stabilisierungspakete sind in Österreich zur Abfederung der Covid-Krise zum Einsatz gekommen, womit noch größere wirtschaftliche und soziale Verwerfungen vermieden werden konnten. Beim Salzburger Wohlstandsbericht 2021 haben wir an dieser Stelle geschrieben, dass es mittelfristig notwendig sein wird, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Diese Situation ist inzwischen – nicht zuletzt durch massive zweifelhafte und nicht zielführende Überförderungen – eingetreten. In der aktuellen Situation multipler Herausforderungen

ist Sparen auf breiter Front allerdings nicht zielführend. Denn die Bekämpfung der Klimakrise, die Energiewende, der Ausbau der materiellen und sozialen Infrastruktur bedingen große Investitionen. Weil davon auch zukünftige Generationen profitieren, sind sie auch langfristig – das bedeutet hier nachhaltig! – zu finanzieren. Wo öffentliche Ausgaben der sozialen Sicherheit und Lebensqualität heutiger Generationen dienen, sind sie aus den Erträgen der gegenwärtigen Wirtschaftsleistung zu finanzieren. Und hier wird sich zeigen, wer die größeren Beiträge für die Krise und die nötigen Investitionen zahlen wird: die breite Bevölkerung oder die kleine Gruppe von Menschen mit größeren finanziellen Möglichkeiten.

Hohe Inflation oder Deflation führen zu ökonomischen und sozialen Verwerfungen. Die enormen Preisanstiege ab Mitte 2022 durch den Energiepreisschock im Gefolge des russischen Überfalls auf die Ukraine federte die Bundesregierung zwar ab, blieb bei der direkten Inflationsbekämpfung jedoch viel zu zögerlich und verzichtete auf preissenkende direkte Markteingriffe. Die Inflationsraten waren daher in Österreich und in Salzburg höher als nötig und deutlich höher als im europäischen Durchschnitt. Vom Ziel der Preisstabilität (2 Prozent Inflation jährlich) blieb Österreich mit 8,6 Prozent im Jahr 2022 und 7,8 Prozent 2023 meilenweit entfernt, was die sehr schlechte Bewertung nach sich zieht.

Hohe private und öffentliche Investitionen sind notwendig, um den Kapitalstock – also das produktive Vermögen der Volkswirtschaft – zu erneuern und um den ökologischen Umbau der Wirtschaft zu schaffen. Die Investitionsquote misst den Anteil der gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen am BIP. Darunter fallen öffentliche und private Ausgaben für Ausrüstungen (Maschinen, Elektrogeräte, Fahrzeuge etc.), Bauten und sonstige Anlagen (F&E, geistiges Eigentum). Salzburg verzeichnete bis 2019 eine stetige Aufwärtsentwicklung des Investitionsanteils, der 2020 jäh unterbrochen wurde. Mit einem Investitionsanteil von 27,7 Prozent (Bruttoanlageinvestitionen) am BIP lag Salzburg 2021 (letzter verfügbarer Wert) nur im hinteren Drittel der österreichischen Bundesländer. Aufgrund der zuletzt negativen Entwicklung der Investitionsnachfrage bei langfristig aber steigendem Trend verschlechtert sich unsere Beurteilung des Indikators auf 0.

Die Erhöhung des Mitteleinsatzes für F&E ist zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und für Zukunftsinvestitionen unumgänglich und auch nötig, um im globalisierten Wissenswettbewerb bestehen zu können. 2021 lag die österreichische Forschungsquote bei 3,26 Prozent und weist einen kontinuierlichen Anstieg aus. In Salzburg lag die Forschungsquote bei 1,75. Trotz auch hier gestiegener Quote ist das Niveau der Forschungsausgaben in Salzburg insgesamt zu gering und die Forschungsquote nach F&E-Standortkonzept liegt noch deutlich hinter dem österreichischen Durchschnitt. Die Bewertung fällt daher nach wie vor negativ aus.

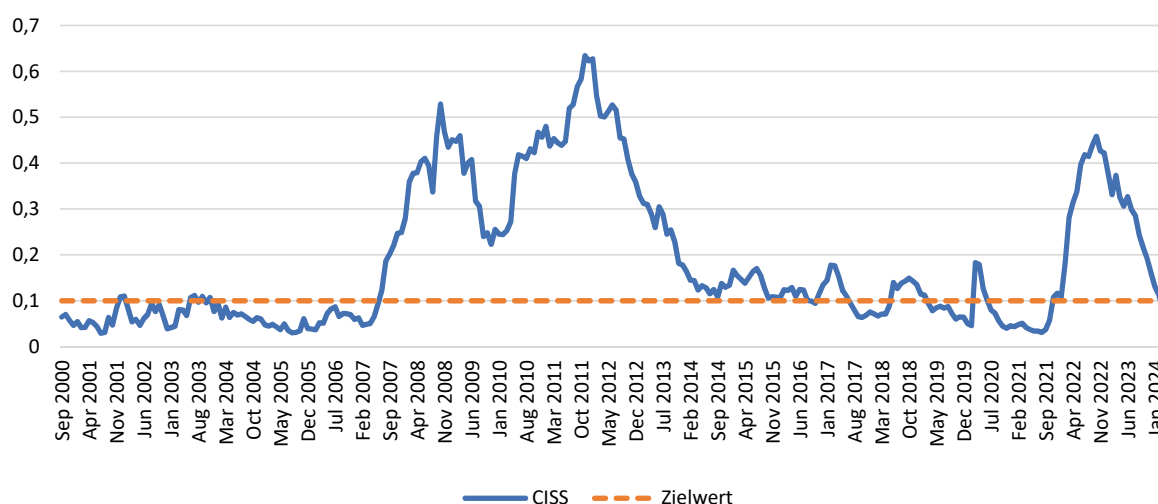
Wirtschaftliche Krisen, die ihren Ursprung im Finanzmarkt mit seinen systemimmanenten Unsicherheiten haben, gehören nicht der Vergangenheit an. Die Finanzkrise (2008/2009) verursachte in Österreich fiskalische Kosten in einer Größenordnung von rund 10 Mrd. Euro bzw. 3 Prozent des BIP. Zudem haben Finanzkrisen häufig gravierende politische und gesellschaftliche Folgen. Die EZB misst den „Stress“ im Finanzsystem mit dem Indikator „CISS“, der 15 Stresskennzahlen umfasst. Für den Euroraum haben sich die Schwachstellen für die Finanzstabilität nach Einschätzung der EZB 2024 verringert. Risiken bestehen durch steigende Schuldendienstkosten für Haushalte und Unternehmen. Gestiegen ist dagegen das geopolitische Risiko. Unsere Bewertung ist daher unverändert bei 0.

Eine stabile Staatstätigkeit umfasst einerseits eine verlässliche Erbringung öffentlicher Leistungen auf hohem Niveau und andererseits nachhaltige Finanzen. Im Bundesland Salzburg war das primäre haushaltswirtschaftliche Ziel der Landesregierung die Reduktion der Schulden. Erkauft wurde das Ziel zulasten der Investitionen sowie auf Kosten der Substanz des Landesvermögens.

Im Jahr 2022 wuchs die Substanzerhaltungsquote durch deutlich steigende Investitionen an und war 2023 immerhin leicht positiv. Angesichts der zwar zunehmend angespannten, aber im Österreich-Vergleich guten Fiskalsituation des Landes und der Gemeinden sowie vor allem der seit einigen Jahren steigenden Nettoinvestitionen des Landes und bewerten wir den Indikator auf der Skala von -2 bis +2 mit 0.

6.1 Stabile Finanzmärkte

Abbildung 30: Indikator für Stress im Finanzsystem



Beschreibung

Finanzstabilität ist ein „öffentliches Gut“, was Regeln und Kontrolle zur Sicherung der Finanzstabilität und zur Begrenzung der Auswirkungen von Instabilität erforderlich macht. Denn von Finanzmärkten gehen systemische Risiken aus. Sie können das gesamte Finanzsystem oder Teile davon stören und somit schwerwiegende negative Auswirkungen im Finanzsystem, aber auch in der Realwirtschaft nach sich ziehen. Gefahren bestehen etwa regelmäßig darin, dass Finanzinstitutionen prozyklisch agieren und nicht nachhaltige Kredite vergeben. Die starke Vernetzung zwischen den Finanzinstitutionen erhöht zudem die Ansteckungsgeschwindigkeit in einem Krisenfall mit negativen Auswirkungen auf die Realwirtschaft.

Untersuchungen haben gezeigt, dass eine Finanzkrise zu einem Wohlfahrtsverlust von durchschnittlich 33 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) führt. In Österreich wären das rund 131 Mrd. Euro⁴⁹. Diese Kosten treten nicht in einem Jahr auf, sondern summieren sich über viele Jahre, da es oft sehr lange dauert, bis die Wirtschaftsleistung nach einer Krise wieder jenes Niveau erreicht, das ohne Krise zu erwarten gewesen wäre. Zudem haben Finanzkrisen häufig gravierende politische und gesellschaftliche Folgen. Die Finanzkrise (2008/2009) verursachte in Österreich fiskalische Kosten in einer Größenordnung von rund 10 Mrd. Euro bzw. 3 Prozent des BIP.

49 <https://www.oenb.at/finanzmarkt/makroprudenzielle-aufsicht.html>, abgerufen am 12.5.2024

Die Messung der Finanzstabilität mit rein österreichischen Indikatoren hat wenig Sinn, da Finanzgeschäfte international vernetzt sind und sowohl die konkreten Verlustrisiken österreichischer Gläubiger:innen als auch das Funktionieren des österreichischen Finanzmarkts insgesamt im Euroraum entschieden werden. Der hier verwendete Indikator CISS für „Systemic Stress“ der Europäischen Zentralbank zeigt die Gefahr neuer systemischer Krisen im Finanzsektor als Teil einer umfassenden Stabilitätsbewertung für den Euroraum. Der Indikator umfasst 15 finanzielle Stresskennzahlen, die zu gleichen Teilen in fünf Kategorien unterteilt sind, nämlich den Finanzintermediärsektor, die Geldmärkte, die Aktienmärkte, die Anleihemärkte und die Devisenmärkte. Der Wert des Indikators kann zwischen 0 und 1 liegen. Geringere Werte zeigen eine geringere Finanzmarktunsicherheit an. Zudem wird bei der Zusammenstellung berücksichtigt, ob sich die Risiken ausgleichen oder verstärken.

Zielwert

Das wirtschaftspolitische Ziel in diesem Bereich lautet stabile Finanzmärkte – heute, 2030 und darüber hinaus. Wir bewerten den Indikator als positiv, wenn er nahe der Nulllinie liegt.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Der Prüfbericht des IWF vom Frühjahr 2024 stellt dem österreichischen Finanzmarkt insgesamt ein gutes Zeugnis aus⁵⁰ und hebt die Widerstandsfähigkeit des österreichischen Finanzsystems hervor.

Die steigenden Energiepreise im Gefolge des russischen Überfalls auf die Ukraine haben zu historisch hohen Inflationsraten weit über dem Zielwert geführt. Mittlerweile gehen die Inflationsraten im Euroraum zurück, verharren jedoch in Österreich aufgrund mangelnder Preisregulierung der betroffenen Märkte im Vergleich der Euro-Länder auf sehr hohem Niveau. Erreicht wurde der Rückgang der Inflation durch die schnelle Anhebung der Leitzinsen, die die wirtschaftliche Dynamik deutlich gebremst haben. Profiteure dieser Entwicklung waren die Banken, die ihre Ertragslage massiv verbessern konnten, indem sie Kreditzinsen sofort, Zinsen für Sparer und Sparerinnen aber nur sehr langsam angehoben haben. Das hat ihre Risikotragfähigkeit verbessert, allerdings auf Kosten der Wohlfunktionsfunktion für die breite Bevölkerung.

Große Risiken für die Finanzstabilität gehen traditionell vom Immobiliensektor aus. Auf den exorbitanten Preisanstieg bei Immobilien in Österreich – Verdopplung der Immobilienpreise zwischen 2010 und 2021 – und die lockere Immobilienkreditvergabe der heimischen Banken reagierte die Finanzmarktaufsicht 2022 mit einer Verschärfung der Wohnkreditregeln, um sicherzustellen, dass Immobilienkredite auch bei verschlechterten wirtschaftlichen Bedingungen leistbar bleiben.

Für den Euroraum haben sich die Schwachstellen für die Finanzstabilität nach Einschätzung der EZB 2024 verringert. Risiken bestehen durch steigende Schuldendienstkosten für Haushalte und Unternehmen. Gestiegen ist dagegen das geopolitische Risiko. Sollten sich die politischen und militärischen Spannungen weiter verschärfen, könnte dies das Angebot an Energierohstoffen beeinträchtigen, das Vertrauen in die Realwirtschaft untergraben und die Inflation anheizen. Weiterhin unvollständig sind Regulierung und Monitoring des internationalen Finanzsystems. Wir bewerten den Indikator stabile Finanzmärkte auf der 5-teiligen Skala von -2 bis +2 mit 0.



50 IWF-Länderprüfbericht Österreich 2024

Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Lücken in der Regulierung und Durchsetzung von Transparenzanforderungen und Aufsichtspflichten bei Unternehmen, die durch die Signa-Pleiten offenbar wurden, müssen geschlossen werden.

Die Widerstandsfähigkeit des Bankensystems muss weiter gestärkt werden und das Aufsichtsinstrumentarium verstärkt werden.

Der Nichtbanken-Sektor wurde zu einer immer wichtigeren Finanzierungsquelle für die Realwirtschaft. Die Regulierung, der Ausbau und das Monitoring der Widerstandsfähigkeit (Kapital- und Liquiditätspuffer, Aufsichtsrechte etc.) des Nichtbanken-Sektors ist systemweit zu verbessern.

Die Finanzstabilitätsvorsorge muss um Klima- und weitere Nachhaltigkeitsrisiken erweitert werden.

6.2 Stabile Staatstätigkeit

Abbildung 31: Substanzerhaltungsquote Land Salzburg

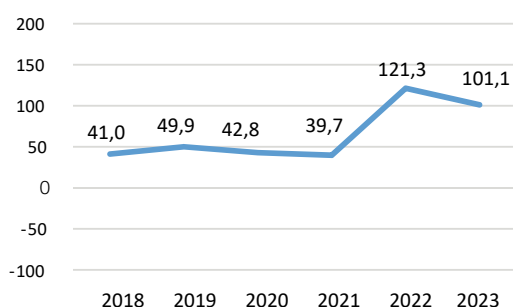
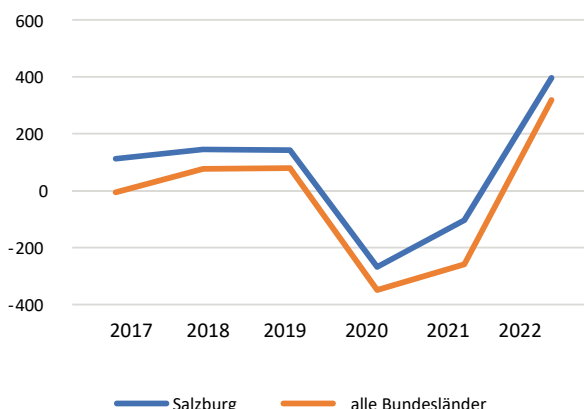


Abbildung 32: Finanzierungssaldo Länder und Gemeinden pro Kopf



Quelle: Fiskalrat, Fiskalberichte; eigene Berechnungen

Beschreibung

Eine stabile Staatstätigkeit umfasst einerseits eine verlässliche Erbringung öffentlicher Leistungen auf hohem Niveau und andererseits nachhaltige Finanzen. Sie ist essenziell für viele andere Indikatoren des Wohlstandsberichts und damit insgesamt für Wohlstand und Wohlergehen. Im föderalen österreichischen Bundesstaat ist die Erbringung öffentlicher Leistungen und deren Finanzierung zwischen den Gebietskörperschaften vielfältig geteilt. Wichtige Leistungen (Schulen, Kindergärten, Pflege- und Sporteinrichtungen ...) werden in den Gemeinden erbracht, die Finanzierung erfolgt meist durch den Bund bzw. über die Länder.

Ein umfassender, eindeutiger Indikator für nachhaltige öffentliche Haushalte existiert nicht. Wir stellen mit diesem Indikator darauf ab, ob die finanzielle Lage der Salzburger Gebietskörperschaften eine nachhaltige Erbringung öffentlicher Leistungen zu gewährleisten kann.

Wir erachten einen öffentlichen Haushalt dann als nachhaltig, wenn der Überschuss der laufenden Gebarung ausreichend groß ist, um erforderliche Investitionen im Rahmen einer vertretbaren Verschuldung und unter Erhaltung der Substanz des öffentlichen Vermögens zu finanzieren.

Für die Messung ziehen wir einerseits den Finanzierungssaldo gemäß Fiskalbericht heran, weil dieser sowohl das Land als auch die Salzburger Gemeinden umfasst. Wir verwenden dabei die Pro-Kopf-Quote, der auch einen Vergleich mit anderen Bundesländern ermöglicht. Ob die Investitionen ausreichen messen wir – bei aller methodischen Problematik – mit dem Indikator Substanzerhaltungsquote des KDZ. Er gibt an, in welchem Ausmaß die getätigten Investitionen die Vermögenssubstanz erhalten. Er steht nur für das Land zur Verfügung.

Zielwert

Die Investitionen sollen mittelfristig die Vermögenssubstanz des Landes zumindest erhalten (z. B. Straßen), besser noch in wichtigen Infrastrukturbereichen (Sportplätze, Pflegeheime, Schulen ...) vergrößern. Der Finanzierungssaldo von Land und Gemeinden soll bei tragbarer Verschuldung mittelfristig positiv sein.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Das primäre haushaltswirtschaftliche Ziel der Salzburger Landesregierung war in den vergangenen Jahren die Reduktion der Schulden. Dieses Ziel wurde erreicht, indem Landesvermögen veräußert und zur Schuldentilgung verwendet wurde (v. a. Wertpapiere, Wohnbaufondsauflösung, Wohnbauförderungsbeiträge). Daraus resultierte eine sinkende Schuldendienstquote. Erkauft wurde das aber zulasten der Investitionen sowie auf Kosten der Substanz des Landesvermögens.

Im Jahr 2022 wuchs die Substanzerhaltungsquote durch deutlich steigende Investitionen an und war 2023 immerhin leicht positiv.

Der Finanzierungssaldo pro Kopf war in Salzburg 2017-2019 positiv. Wie in den anderen Bundesländern sank er durch die Maßnahmen in den Jahren der Covid-Pandemie. Im letztverfügbaren Jahr 2022 war er wieder positiv. Langfristig liegen die Salzburger Werte stabil über dem Durchschnitt der Bundesländer. Auch hinsichtlich anderer wichtiger Fiskalindikatoren wie der Schulden stehen die Salzburger Gemeinden als auch das Land Salzburg im Österreich-Vergleich sehr gut da.

Zwar hat sich die finanzielle Lage der Salzburger Gemeinden sowie des Landes in jüngster Zeit – nicht zuletzt durch den Konjunkturerinbruch 2023 – verschlechtert, dennoch ist die Fiskalsituation im Bundesländervergleich nach wie vor gut. Aufgrund der seit einigen Jahren steigenden Nettoinvestitionen des Landes bewerten wir den Indikator auf der Skala von -2 bis +2 neutral mit 0.



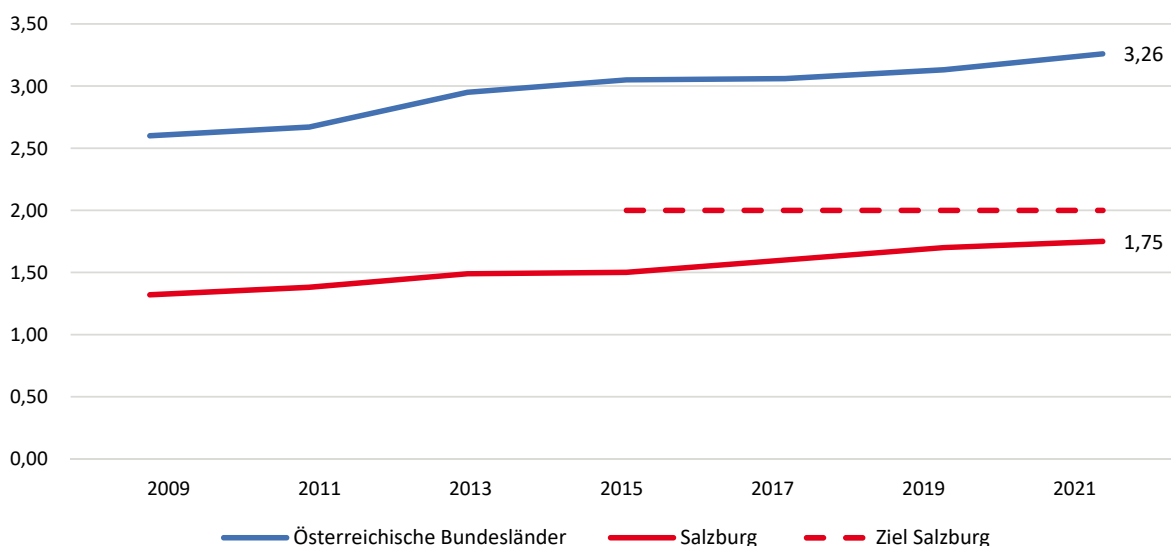
Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientiert Politik

Eine ausreichende Finanzierung der Gebietskörperschaften eröffnet diesen den notwendigen Raum für eine wohlförderungsfördernde Politik auf regionaler und kommunaler Ebene. Wohlstand und Lebensqualität werden hier unmittelbar in Form hochwertiger Einrichtungen erfahrbar. Investitionen erhalten nicht nur die Substanz des öffentlichen Vermögens, sondern sind auch konjunkturell bedeutsam, denn die Gemeinden sind in Österreich die größten Investoren.

Die Liste notwendiger Maßnahmen ist lang: Investitionen in den öffentlichen Verkehr, eine aktive Bodenpolitik und eine kontinuierliche, deutlich ausgeweitete Wohnbaupolitik, Ausbau der Infrastruktur für öffentliche Bildungsangebote, Ausbau der Kinderbetreuungs- und Pflegeinfrastruktur. Zur Bewältigung der Klimakrise ist eine starke Ausweitung zielgerichteter Investitionen notwendig. Vor allem bei öffentlichen Investitionen besteht hoher Bedarf im Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der thermischen Sanierung öffentlicher Gebäude, der Nutzung öffentlicher Flächen für die nachhaltige Energieproduktion, der Energienetze, der Umstellung auf nachhaltige Antriebe im eigenen Fuhrpark, der Forschung und vielem mehr.

6.3 Innovationsanstrengungen

Abbildung 33: F&E-Quoten Salzburg und Österreichische Bundesländer



Beschreibung

Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) haben eine große Bedeutung für hoch entwickelte Volkswirtschaften mit hohem Lebensstandard und hohem Lohnniveau. Zukünftige Fortschritte in der Arbeitsproduktivität werden u.a. über Zukunftsinvestitionen in F&E erreicht. Insbesondere in den Industrieländern gilt die Erhöhung des Mitteleinsatzes für F&E als unumgänglich, um im globalisierten Wissenswettbewerb bestehen zu können.

F&E wird definiert als „schöpferische Tätigkeit, welche auf systematische Weise unter Verwendung wissenschaftlicher Methoden mit dem Ziel durchgeführt wird, den Stand des Wissens zu vermehren sowie neue Anwendungen dieses Wissens zu erarbeiten“⁵¹.

Aus einem Vergleich der nationalen F&E-Ausgaben mit dem nominellen Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergibt sich die sogenannte Forschungsquote. Die Forschungsquote kann als wichtigste Maßzahl für Forschung in einer Volkswirtschaft angesehen werden, da sie Forschungsausgaben unabhängig von Preis- und Gehaltsentwicklungen der gesamten Wirtschaftsleistung eines Landes gegenüberstellt. Die Kennzahl lässt aber keine Aussage über die Qualität des Outputs, die Effizienz der Aktivitäten oder darüber zu, ob die gewonnenen Erkenntnisse auch verwertet wurden. Für die Bundesländer werden die Ausgaben entsprechend am Bruttoregionalprodukt gemessen.

Die Erhebung der F&E-Quote erfolgt im Rahmen einer primärstatistischen Vollerhebung bei F&E durchführenden Einrichtungen und Unternehmen durch Statistik Austria.

Zielwert

Der F&E-Quote kommt wegen der europäischen Zielsetzung, bis zum Jahr 2020 drei Prozent der gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung für Forschung und Entwicklung aufzuwenden, hohe politische Bedeutung zu. Einzelne Länder haben mitunter auch Ziele formuliert, die über dieses „3 Prozent-Ziel“ hinausgehen. Die Salzburger Landesregierung hat sich im Arbeitseinkommen 2013 bis 2018 das Ziel gesetzt, eine F&E-Quote von 2 Prozent zu erreichen. Diese klare Zielsetzung fehlte im Koalitionsvertrag (2018-2023), im aktuellen Regierungsübereinkommen 2023-2028 wird ebenfalls lediglich eine weitere Erhöhung der Forschungsquote angestrebt. Die Wissenschafts- und Innovationsstrategie Salzburg 2030 aus dem Jahr 2023 hält am Ziel der 2-Prozent-Marke fest. Wir beurteilen den Indikator F&E-Quote an der Erreichung des 2 Prozent-Ziels.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Gemäß der letzten Globalschätzung von Statistik Austria werden die F&E-Aufwendungen 2024 einen Wert von 3,34 Prozent des nominellen BIP betragen. 2021 lag die österreichische Forschungsquote bei 3,26 Prozent. Das ist deutlich höher als die 3,13 Prozent von 2019 und die 3,06 Prozent von 2017 – zwei Jahre, über die aus F&E-Erhebungen genaue Werte über Forschungsausgaben vorliegen.

Die im Juli 2023 von der Statistik Austria veröffentlichten Detaildaten zu Forschung und Entwicklung (F&E) der F&E-Erhebung 2021 zeigen, dass sich die interregionalen Unterschiede vergrößert haben und den höchsten Stand seit 2007 erreichen. An der Spitze liegt wie jedes Jahr die Steiermark mit einer Forschungsquote (= Ausgaben für F&E als Anteil am regionalen BIP) von 5,17 Prozent, an zweiter Stelle Wien mit 4,04 Prozent. Im Großraum Wien und der Obersteiermark plus Graz-Umgebung haben sich regionale Forschungscluster herausgebildet, in denen bspw. auch wagniskapitalfinanzierte Start-ups und universitäre Spin-offs überproportional häufig ihre Standorte haben.

51 F&E-Statistik, Frascati-Handbuch 2015

In Salzburg lag die Forschungsquote bei 1,75 Prozent. Das war nach dem Burgenland der zweitniedrigste Wert aller österreichischen Bundesländer.⁵² Im Jahr 2021 waren im Bundesland Salzburg im Bereich Forschung und Entwicklung rd. 4000 Personen in 280 erfassten Einheiten tätig. Etwas über 2700 Personen davon waren im privaten Unternehmenssektor beschäftigt. Insgesamt wurden in Salzburg rd. 471 Mio. Euro an F&E-Ausgaben getätigt, davon rd. 283 Mio. Euro im Unternehmenssektor.

Positiv ist zu sehen, dass die F&E-Ausgaben und die Zahl der F&E-Beschäftigten in Salzburg stärker als in Österreich gewachsen sind (F&E-Beschäftigte 2015-2021 Salzburg: +26,8 Prozent, Österreich: 22,5 Prozent). Die F&E-Beschäftigten (Köpfe) im Unternehmenssektor weisen zwischen 2011 und 2021 sogar die vergleichsweise höchste Zuwachsrate in Österreich auf (Salzburg +43 Prozent, Österreich: +15 Prozent). Trotz dieser positiven Tendenz konnte Salzburg mit dem Anteil der Forschungsausgaben der Wirtschaft 2021 nicht den österreichischen Durchschnitt erreichen (Salzburg: 66 Prozent, Österreich: 69 Prozent).

Trotz gestiegener Quote ist das Niveau der Forschungsausgaben in Salzburg insgesamt noch zu gering und die Forschungsquote nach F&E-Standortkonzept liegt deutlich hinter dem österreichischen Durchschnitt. Wir bewerten den Indikator auf unserer 5-teiligen Skala von -2 bis +0 mit -1.



Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

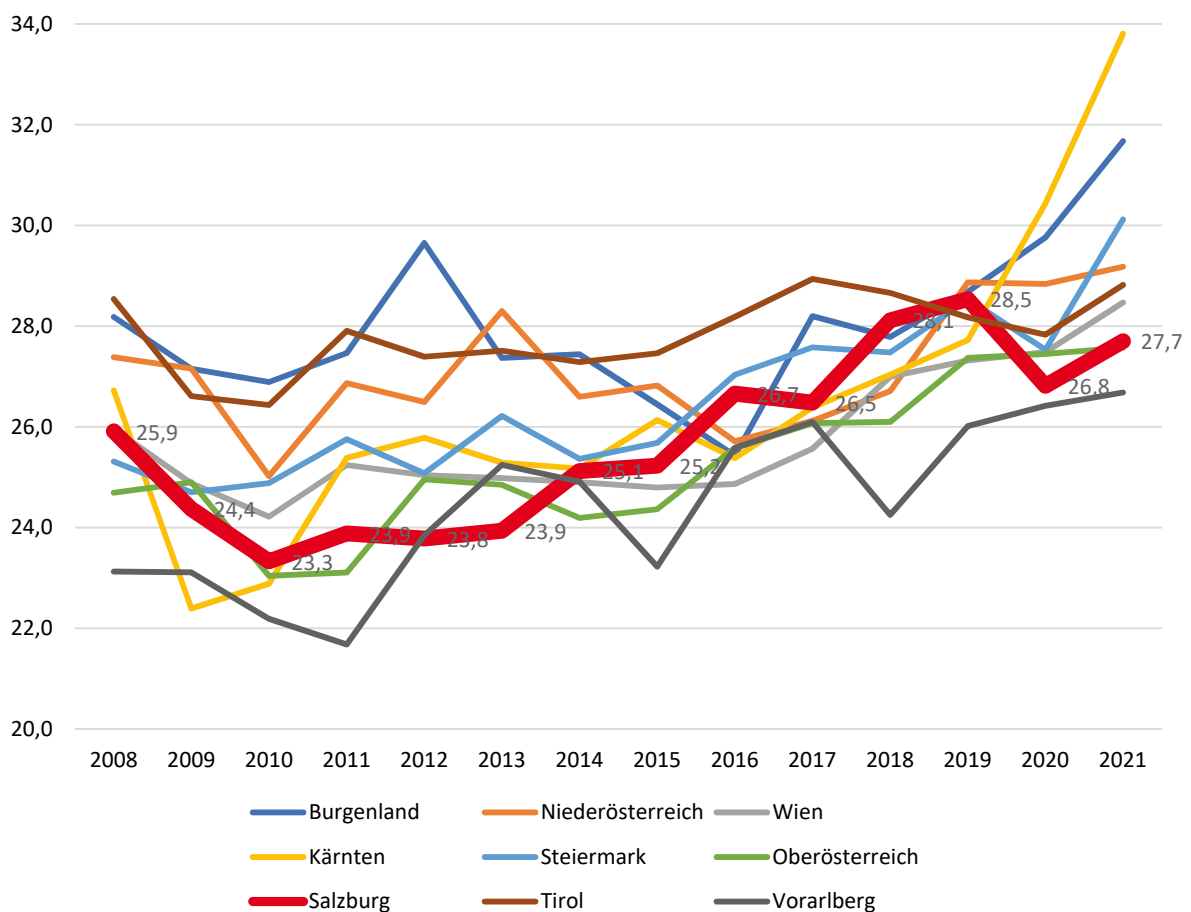
- Klimakrise, gesellschaftliche Spaltungstendenzen, Digitalisierung gehören zu den großen aktuellen Herausforderungen und erfordern Anpassungsprozesse, die unsere Lebens- und Wirtschaftsweise fundamental verändern. Diese dürfen nicht isoliert betrachtet werden, sondern brauchen integrative und systemische Zugänge. Forschung ist ein wesentlicher Ansatz zur Bewältigung der Herausforderungen. Dazu müssen öffentliche und private Anstrengungen verstärkt werden.
- Empirische Analysen zeigen, dass sich F&E-aktive Unternehmen deutlich positiver entwickeln als nicht F&E-aktive Unternehmen und wichtige Treiber für Wachstum und Beschäftigung sind, und Salzburg hier weiteren Aufholbedarf hat. Nach wie vor sind F&E-intensive Branchen in Salzburg unterrepräsentiert.
- Die Struktur der Investitionstätigkeit verlangt mehr Aufmerksamkeit: Die öffentliche Hand darf sich – im Sinne der Ökonomin Mariana Mazzucato – nicht auf das Setzen von Rahmenbedingungen und den Ausgleich von Marktversagen durch direkte und indirekte Förderungen beschränken, sondern muss auch eigenständige Impulse durch Investitionen in F&E und F&E-Infrastruktur setzen.
- Um die heimische Forschungs- und Innovationslandschaft weiter zu verbessern, braucht es vor allem ein besseres Verhältnis zwischen Input- und Output-Größen sowie einen starken Fokus auf die „Missionen“ Klimaschutz, Dekarbonisierung und Digitalisierung.
- Die Salzburger Hochschulentwicklung (Forschung, Bildung und Innovation) ist besser aufeinander abzustimmen. Interdisziplinarität, Internationalisierung und Digitalisierung sind zu forcieren. Der Wissens- und Technologietransfer zwischen Bildungs- und Forschungseinrichtungen und Unternehmen muss professionalisiert werden.

⁵² Statistik Austria, Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) 2021

- Wissen und dessen erfolgreiche Anwendung entsteht durch Menschen und an Orten, wo dafür gute Rahmenbedingungen bestehen. So wird ein Standort auch interessant für junge Leute, Fachkräfte, Talente, Start-ups und Investitionen. Bei hoher Lebensqualität sind die sehr hohen Lebenshaltungskosten (insb. Wohnkosten) ein Hemmschuh für die Entwicklung Salzburgs als innovativer Wissenschafts- und Forschungsstandort.

6.4 Stabile Investitionstätigkeit

Abbildung 34: Investitionsquoten österreichische Bundesländer



Quelle: Statistik Austria, Regionale Gesamtrechnungen

Beschreibung

Die Investitionsquote misst den Anteil der gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen am BIP. Darunter fallen öffentliche und private Ausgaben für Ausrüstungen (Maschinen, Elektrogeräte, Fahrzeuge etc.), Bauten und sonstige Anlagen (F&E, geistiges Eigentum). Über die Jahre bilden die Investitionen den Kapitalstock bzw. das Nettoanlagevermögen. Andere ökonomische Tätigkeiten mit Investitionscharakter – wie insbesondere Bildungs- und Qualifizierungsaktivitäten – werden nicht erfasst.

Hohe private und öffentliche Investitionen sind notwendig, um den Kapitalstock – also das produktive Vermögen der Volkswirtschaft – zu erneuern und um den ökologischen Umbau der Wirtschaft zu schaffen. Sie sind zudem eine Voraussetzung für Vollbeschäftigung.

Zielwert

Es gibt kein ökonomisch begründbares numerisches Zielniveau der Investitionstätigkeit. Generell sollen die gesamtwirtschaftlichen Investitionen so hoch sein, dass die Volkswirtschaft Vollbeschäftigung erreicht und die allgemeinen Wohlstandsziele, insbesondere der ökologische Umbau unserer Wirtschaftsweise, erreicht werden.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Prinzipiell entscheiden Kapazitätsauslastung und Absatzerwartungen über die tatsächliche Umsetzung geplanter Investitionsprojekte. Die wichtigste Triebkraft der Investitionen ist die technologische Entwicklung, vor allem im Dienstleistungssektor, aber auch im Sachgüterbereich, im für Salzburg wichtigen Fremdenverkehr spielen auch Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen eine bedeutende Rolle.

Staatliche Investitionsförderung kann dabei eine wichtige Rolle spielen. In den Vorjahren tat sie das im besonderen Maße in Form der üppigen Investitionsprämie sowie indirekt durch die COVID-19-Hilfen und zusätzlichen öffentlichen Aufträge. Diese Maßnahmen wirken auch wesentlich besser als allgemeine Steuersenkungen für Unternehmen, die kaum einen Zusammenhang mit der Investitionstätigkeit der Unternehmen zeigen. Investitionsprämien führen zu Vorzieheffekten, wodurch in den Folgejahren Investitionen entfallen.

Der Investitionsanteil am BIP erreichte in Österreich 2021 mit über 26 Prozent den höchsten Wert seit 20 Jahren, was einen Beleg für das im europäischen Vergleich hohe wirtschaftliche Niveau und die hohe Qualität des Wirtschaftsstandorts darstellt. Salzburg verzeichnete bis 2019 eine stetige Aufwärtsentwicklung des Investitionsanteils, der 2020 jäh unterbrochen wurde. Mit einem Investitionsanteil von 27,7 Prozent (Bruttoanlageinvestitionen) am BIP lag Salzburg 2021 (letzter verfügbarer Wert) nur im hinteren Drittel der österreichischen Bundesländer.

Im Lauf des Jahres 2022 dämpfte sich infolge des Konjunkturerinbruchs und des Anstiegs des Zinsniveaus zur Bekämpfung der Inflation sowie der Energiepreisschocks auch die Investitionsnachfrage ab. Besonders betroffen war die Bauwirtschaft. 2023 entwickelten sich die Investitionen entsprechend der verschlechterten Auftragslage, hoher Energie- und Finanzierungskosten österreichweit negativ. Bei steigender Wertschöpfung sank die gesamte Investitionsnachfrage in Salzburg nach vorläufigen Zahlen 2023 deutlich.

Aufgrund der zuletzt negativen Entwicklung der Investitionsnachfrage auch im Vergleich der österreichischen Bundesländer, bei langfristig aber steigendem Trend der Investitionsquote, beurteilen wir den Indikator auf der Skala von -2 bis +2 mit 0.



Schlussfolgerungen für eine wohstandsorientierte Politik

Makroökonomisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik spielt eine zentrale Rolle für die Investitionstätigkeit: Antizyklische und aktive Konjunktur- und Nachfragepolitik sind deshalb von besonderer Bedeutung, so wie auch stabile und handlungsfähige Institutionen und eine an langfristigen Zielen ausgerichtete Wirtschaftspolitik.

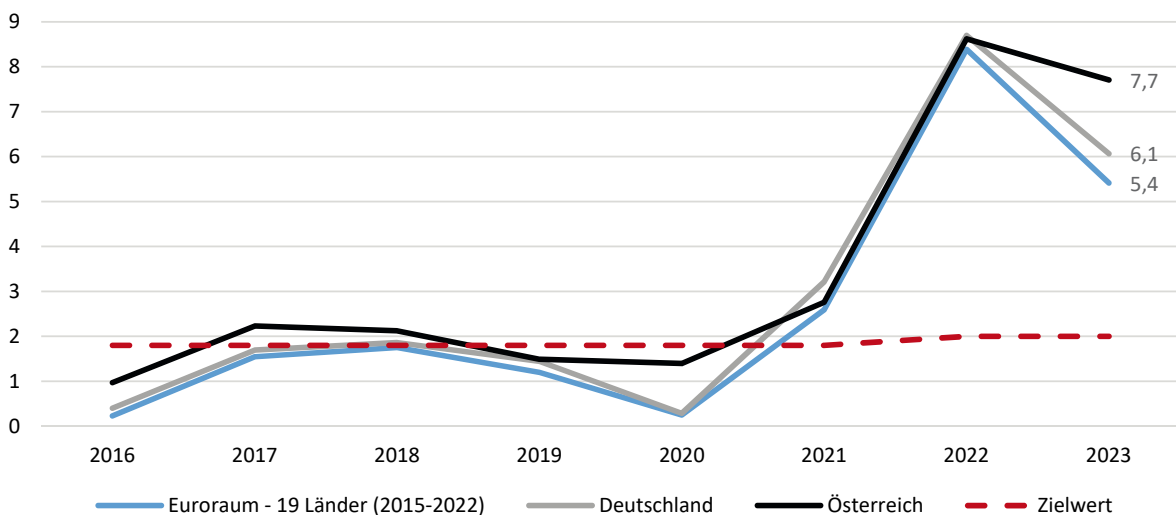
Eine aktive antizyklische Investitionspolitik ist nicht nur konjunkturell, sondern auch für eine an langfristigen Zielen ausgerichtete Wirtschaftspolitik von besonderer Bedeutung. Zur Bewältigung der Klimakrise ist eine starke Ausweitung zielgerichteter Investitionen notwendig.

Die Höhe der Gewinnsteuern hat einen relativ geringen Einfluss auf die Investitionstätigkeit. Zweckmäßiger ist eine direkte Förderung über Investitions- oder Forschungsprämien.

Von der öffentlichen Hand sollten weiterhin stärkere Investitionsimpulse ausgehen, gerade auch in Salzburg (z. B. öffentlicher Verkehr, Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur). Im Bereich des sozialökologischen Umbaus der Wirtschaft bestehen vielfältige und ökonomisch nachhaltige Investitionsmöglichkeiten. Auf europäischer Ebene gilt es die fiskalischen Spielräume dafür zu nutzen.

6.5 Preisstabilität

Abbildung 35: Harmonisierter Verbraucherpreisindex



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Beschreibung

Spricht man von Inflation bzw. von Preisstabilität, so ist in aller Regel die Stabilität der Verbraucherpreise gemeint. Man kann davon ausgehen, dass sämtliche Preisbewegungen – so z. B. die Preise für Investitionsgüter, für Bauten, von Großhandelsprodukten usw. – sich über kurz oder lang in den Verbraucherpreisen niederschlagen und damit die Kaufkraft der real verfügbaren Einkommen tendenziell schwächen. Die Analyse von Preisbewegungen auf der Ebene der Konsument:innen ist demnach besonders sinnvoll.

EU-weit wird die Preisentwicklung anhand eines statistisch abgesicherten Warenkorbes beobachtet. Die Basisdaten dazu liefern regelmäßig stattfindende Erhebungen zum Konsumverhalten der privaten Haushalte. Die Warenkorbpositionen werden monatlichen Preisbeobachtungen unterzogen. So entstehen im Zeitablauf Preisindizes, die Auskunft über die Preisentwicklung sowohl einzelner Produkte/Dienstleistungen als auch über die Gesamtteuerung (Inflationsrate) geben.

Der nationale VPI gelangt v. a. in den Bereichen Wertsicherung von Miet- und Versicherungszahlungen, bei Lohnverhandlungen und vielem mehr zum Einsatz, wohingegen der HVPI für internationale Vergleiche und die Geldpolitik der EZB herangezogen wird. Beide Indizes unterliegen Anpassungen.

Preisindizes werden fast immer auf Ebene der Nationalstaaten berechnet. Obwohl bekannt ist, dass die Preise bestimmter Warengruppen in einigen Regionen wie auch in Salzburg höher als im österreichischen Durchschnitt sind (z. B. Wohnkosten, persönliche Dienstleistungen usw.), gibt es keine verlässlichen Messungen der Teuerung etwa für einzelne Bundesländer. Auch Berechnungen der regionalen Kaufkraft sind methodisch mit vielen Problemen behaftet, aufwendig und fachlich umstritten (Kosfeld, Eckey 2004).

Ziel

Stabile Preise schaffen Vertrauen, stabilisieren die Erwartungen und machen die wirtschaftlichen Aktivitäten planbar. Hohe Inflation oder Deflation führen hingegen zu ökonomischen und sozialen Verwerfungen. Anzustreben ist ein den wirtschaftlichen Strukturwandel begleitendes leicht und stetig steigendes Preisniveau. Die Europäische Zentralbank als Organ der Europäischen Union sieht es als ihre Hauptaufgabe an, die Preisstabilität im Euroraum zu gewährleisten, um die Erwartungen der Wirtschaftsakteure zu stabilisieren und damit für mehr Planungssicherheit, z. B. punkto Zinsen, Kredite, Investitionen, Einkommensentwicklung oder langfristige Konsumentscheidungen, zu schaffen. Bei der Operationalisierung dieses Ziels orientieren wir uns am mittelfristigen Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB), die Mitte 2021 ihren Zielwert für die Inflation auf einen Wert um die 2 Prozent etwas angehoben hat.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Der Energiepreisschock infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine führte zu Inflationsraten im gesamten Euroraum, die deutlich über dem Inflationsziel von rd. 2 Prozent lagen.

Die EZB bekämpfte die Inflation durch eine restriktive Geldpolitik mit mehreren Zinsrunden. Die Bundesregierung federte die Inflationsfolgen zwar ab, blieb bei der direkten Inflationsbekämpfung jedoch viel zu zögerlich und verzichtete auf preissenkende direkte Markteingriffe. Auch eine Reihe von Gewinn-Preis-Spiralen entstanden in einigen Wirtschaftsbereichen wie in der Energieerzeugung, der Land- oder der Bauwirtschaft. Zweitrundeneffekte stabilisierten die hohen Preise in vielen Bereichen (Mieten, Versicherungen usw.), was 2023 zu deutlich höheren Inflationsraten geführt hat als im europäischen Durchschnitt.

Weil nicht substituierbare Warengruppen wie Mieten, Nahrungsmittel und Energie zu den Inflationstreibern gehörten, gerieten insbesondere einkommensschwache Haushalte in Schwierigkeiten. Weil Lohnsteigerungen in Österreich der Teuerung nachhinken ist zeitweise auch das mittlere real verfügbare Einkommen geschrumpft. Erst mit der Lohnrunde beginnend im Herbst 2023 konnte der Kaufkraftverlust durch die Teuerung kompensiert werden.

Der wirtschaftliche Schaden der hohen Inflation ist dennoch enorm. Die vielfache Anhebung der Leitzinsen hat die Inflationsraten zwar sinken lassen, aber um den Preis eines kräftigen Konjunkturabschwungs mitsamt sinkenden Investitionen. Die im internationalen Vergleich sehr hohen Inflationsraten verschlechtern zudem die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Bis das Inflationsziel wieder weitgehend erreicht wird, dauert es gemäß WIFO noch bis 2027. Wir bewerten den Indikator Preisstabilität auf der 5-teiligen Skala von -2 bis +2 mit -2.



Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Die hohe Inflation belastet sowohl Haushalte als auch Unternehmen und reduziert den materiellen Wohlstand. Dank der hohen Abdeckungsquote der Kollektivverträge werden im Rahmen der gewerkschaftlichen Lohn- und Gehaltsverhandlungen die temporären Realeinkommenseinbußen spätestens 2024 wieder ausgeglichen. Eine wohlstandsorientierte Politik sollte die Inflation durch gezielte Preiseingriffe zurückführen.

Wirksame Mietpreis- und Wärmepreisbremsen wären wichtige Elemente einer wohlstandsorientierten Politik mit doppelter Dividende. Eine Begrenzung der jährlichen Mieterhöhung auf 2 Prozent dämpft einerseits die Inflation und mindert zudem die Belastungen für Mieter:innen. Ähnlich wirkt auch die Wärmepreisbremse. Viele Energieversorgungsunternehmen erwirtschafteten hohe Übergewinne zulasten der Konsument:innen und trugen damit zur Gewinn-Preis-Spirale bei. Diese gezielten Preiseingriffe wirken direkt auf die Inflation, entlasten Haushalte bei der Finanzierung von Grundbedürfnissen und reduzieren die wirtschaftlichen Zweitrundeneffekte, die mit hohen Inflationsraten einhergehen. Wirksame Wettbewerbsbehörden und unabhängige Preiskontrollen sollten volkswirtschaftlich schädliche Preiserhöhungen sanktionieren und präventiv verhindern.

Kapitel 7

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Gesamtbewertung der fünf Dimensionen	8
Abbildung 2: Nachhaltigkeitsziele in der Europäischen Union	10
Abbildung 3: Fünf-Jahres-Fortschritt der EU-27 bei den SDGs 2023; Sustainable development in the European Union 2023 edition, Eurostat	11
Abbildung 4: Österreichs Position bei den SDG-Zielen	12
Abbildung 5: Reales medianes Haushalts- und Personeneinkommen in Euro	17
Abbildung 6: Median des Nettovermögens in Tausend Euro	20
Abbildung 7: Gender-Pay-Gap (Ganzjährig Vollzeitbeschäftigte)	22
Abbildung 8: S80/S20: Verhältnis zwischen oberstem und untersten Einkommensfünftel	24
Abbildung 9: Anteil der nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen	27
Abbildung 10: Erwerbstätigenquote	32
Abbildung 11: Anteil von Normalarbeitsverhältnissen in Prozent (unselbstständig Beschäftigte)	35
Abbildung 12: Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wegen Kinderbetreuung in Tagen	37
Abbildung 13: Unterschiedliche Dimensionen arbeitsbedingter Belastungen	40
Abbildung 14: Entwicklung der realen Arbeitsproduktivität je Stunde 2000-2022	42
Abbildung 15: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	45
Abbildung 16: Treibhausgasemissionen in Salzburg	49
Abbildung 17: Energetischer Endverbrauch in Salzburg	52
Abbildung 18: Baulandausweisung im Bundesland Salzburg in HA	54
Abbildung 19: Luftgüte in Salzburg	56
Abbildung 20: Lärmbetroffene in Salzburg und Österreich 2022 über den Schwellenwerten für die Aktionsplanung	58
Abbildung 21: Verkehrsmittelwahl in Salzburg	60
Abbildung 22: Allgemeine Pflichtschule als höchster Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 Jahren 2015 bis 2021	66
Abbildung 23: Aus- und Weiterbildung in Prozent der Bevölkerung (25-64 Jahre) in den letzten vier Wochen im internationalen Vergleich	68
Abbildung 24: Lebenszufriedenheit in Salzburg, Österreich, Deutschland und der EU	70
Abbildung 25: Versorgungsgrad mit mobilen Diensten	72
Abbildung 26: Mietkosten brutto in Euro je m ²	75
Abbildung 27: Anteil der durch Wohnkosten überbelasteten Personen	75
Abbildung 28: Unsicherheit in der Wohnumgebung	78
Abbildung 29: Betreuungsquoten BL Salzburg im Vergleich	80
Abbildung 30: Indikator für Stress im Finanzsystem	85
Abbildung 31: Substanzerhaltungsquote Land Salzburg	87
Abbildung 32: Finanzierungssaldo Länder und Gemeinden pro Kopf	87
Abbildung 33: F&E-Quoten Salzburg und Österreichische Bundesländer	89
Abbildung 34: Investitionsquoten österreichische Bundesländer	92
Abbildung 35: Harmonisierter Verbraucherpreisindex	94

#deineStimme macht uns alle stärker



Verlass dich drauf: Die AK ist #deineStimme für soziale
Gerechtigkeit und Zusammenhalt in Salzburg.

www.ak-salzburg.at